

**Entwicklungs- und  
Konsolidierungskonzept der  
Stadt Chemnitz für die Jahre  
2011 bis 2015**

# **Bereich OB**



**Dezernat:** OBM

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 14/01

**Amt:** 14

**Maßnahmebezeichnung:** Nichtbesetzung einer Stelle in der Finanzwirtschaftlichen Prüfung (derzeit Abteilung Verwaltungsprüfung)

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1114000

Bezeichnung: Rechnungsprüfung

**Kurzbeschreibung:**

Personalabbau Finanzwirtschaftliche Prüfungen

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 80.937

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	40112000		33.724	80.937	80.937	80.937
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Mit Einführung der kommunalen Doppik (NKR) in der SVC und im Zusammenhang mit der Notwendigkeit des Personalabbaus ist eine Neustrukturierung des RPA vorgesehen. Hierbei werden die Abt. Verwaltungsprüfungen und die Abt. Betriebswirtschaftliche Prüfungen zur Abt. Finanzwirtschaftliche Prüfungen zum 01.02.2011 zusammengefasst. Gleichzeitig wird auf Grund des gestiegenen Koordinierungsbedarfes der Prüfungsaktivitäten und der erhöhten Komplexität der Prüfungsvorgänge eine Stabsstelle erforderlich, die aus dem Bereich der Finanzwirtschaftlichen Prüfungen herausgelöst wird.

Mit Zusammenfassung der beiden Abteilungen entfällt eine Abteilungsleiterstelle.

Die Stelleninhaberin der Abteilungsleiterstelle Abt. Verwaltungsprüfungen beginnt zum 01.02.2011 im Rahmen der ATZ die Ruhephase. Das Einsparungspotential wird somit erst zum 01.08.2012 wirksam.

**Umsetzungsbedingungen:**

- Umsetzung der Strukturveränderungen im RPA durch Zusammenfassung der Abt. 14.1 und 14.2 sowie Bildung einer Stabsstelle
- Neuordnung der Prüfungs- und Leitungsaufgaben
- Einsatz der Prüfungssoftware

**Umsetzungsfolgen:**

- Beschränkung auf die Pflichtaufgaben des RPA
- Reduzierung des Prüfungsumfanges und der Prüfungstiefe im Bereich der Pflichtaufgaben des RPA, z. B. bei Prüfungen im sozialen Bereich, Kassenprüfungen
- Reduzierung der "Kann"-Aufgaben des RPA auf ein Minimum (Organisation und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, Betätigungsprüfungen, Prüfung von Zweckverbänden).



**Dezernat:** OBM

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 14/02

**Amt:** 14

**Maßnahmebezeichnung:** Personalabbau  
Streichung der Stelle Mitarbeiterin Sekretariat

**Produktuntergruppe:**  
Nr. : 1114000  
Bezeichnung: Rechnungsprüfung

**Kurzbeschreibung:**  
Personalabbau der Stelle Mitarbeiterin Sekretariat

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 38.361

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	40121000				38.361	38.361
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Streichung der Stelle Mitarbeiterin Sekretariat

**Umsetzungsbedingungen:**

- durchgängige Einführung des e-Gouvernement
- Wegfall aufwändiger Vervielfältigungs- und Registrartätigkeiten
- Nutzung eines Mitarbeiterpools in Stoßzeiten
- Sicherstellung der Besetzung des Sekretariates bei Abwesenheit

**Umsetzungsfolgen:**

- Verlagerung von Sekretariatstätigkeiten



**Dezernat:** OBM

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 15/01

**Amt:** 15

**Maßnahmebezeichnung:** Einsparung einer Stelle im Bürgerbüro

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1111100

Bezeichnung: Gemeindeorgane Rat

**Kurzbeschreibung:**

Einsparung einer Stelle im Bürgerbüro.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 52.582

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	SN 1			52.582	52.582	52.582
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Das Bürgerbüro hat die Aufgabe, die Bürgersprechstunden und Einwohnerversammlungen vor- und nachzubereiten sowie Bürgeranfragen zu beantworten. Dem Bürgerbüro sind derzeit 2,55 AE zugeordnet.

Im Bürgerbüro werden 0,9 AE konsolidiert.

**Umsetzungsbedingungen:**

Umsetzung einer Mitarbeiterin innerhalb der Verwaltung

**Umsetzungsfolgen:**

- kein ausführliches Protokoll der Einwohnerversammlungen
- ständige Besetzung des Bürgerbüros im Einzelfall nicht mehr gewährleistet
- ggf. qualitative Einbußen bei Vor- und Nachbereitung der Einwohnerversammlungen
- Verlängerung der Bearbeitungsfrist für Bürgeranliegen

Die Umsetzung eines Mitarbeiters/einer Mitarbeiterin mit 0,9 AE ist erst in 2013 möglich, da einer Mitarbeiterin des Bürgerbüros die Projektleitung zum Projekt "Bürgerbeteiligung" (siehe Maßnahme 15/10) übertragen wird.



**Dezernat:** OBM

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 15/03

**Amt:** 15

**Maßnahmebezeichnung:** Publikationen - Dezentralisierung der Fach- und Ressourcenverantwortung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1112400

Bezeichnung: Öffentlichkeitsarbeit

**Kurzbeschreibung:**

Die Pressestelle ist derzeit die Vergabestelle für alle Publikationen der Stadtverwaltung. Hierfür werden 2 AE benötigt. Bei Dezentralisierung kann eine AE reduziert werden.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 58.425

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge						
Personalkosten	SN 1	58.425	58.425	58.425	58.425	58.425
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Bislang fungierte die Pressestelle als Vergabestelle für alle Publikationen und Werbemaßnahmen der Stadtverwaltung. Dies umfasste nach Zuarbeit der Ämter zum Inhalt den gesamten Prozess von Vergabe der Leistungen (Gestaltung, Druck) über Redaktion, Gestaltung und Lektorat. Da die Budgets für Öffentlichkeitsarbeit und damit die Planung der einzelnen Werbemaßnahmen schon jetzt bei den Fachämtern liegen, wird eine Dezentralisierung der Fach- und Ressourcenverantwortung für Publikationen vorgeschlagen. Die Fachämter sind damit künftig selbst für die oben genannten Leistungen verantwortlich. Die Pressestelle steht nunmehr für Beratung zur Verfügung und erteilt die abschließende Freigabe. Mit dieser Maßnahme wird 1 AE in der Pressestelle konsolidiert.

Interkommunaler Vergleich: Halle: Vergabe Publikationen dezentral  
 Magdeburg: Vergabe Publikationen dezentral  
 Rostock: Vergabe Publikationen dezentral  
 Leipzig: Vergabe Publikationen dezentral  
 Dresden: Vergabe Publikationen zentral

**Umsetzungsbedingungen:**

Konzept zur Umsetzung der Maßnahme (Gestaltungsrichtlinie, Rahmenvertrag, Formatvorlagen, jährliche Auswertung)  
 jährliche Mediaplanung im 4. Quartal für das Folgejahr, Anpassung der DA 1012, Einhaltung des Corporate Designs wird weiter von Pressestelle geprüft

**Umsetzungsfolgen:**

Umsetzung einer AE innerhalb der Verwaltung



**Dezernat:** OB

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 15/04

**Amt:** 15

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung Ausgaben für Marketing

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1112400  
 Bezeichnung: Öffentlichkeitsarbeit

**Kurzbeschreibung:**

Die Ausgaben für Marketingmaßnahmen werden von 40 T€ auf 20 T€ p.a. reduziert. Die Verwaltung übernimmt lediglich konzeptionelle bzw. steuernde Funktion. Projekte werden nur im Ausnahmefall selbst betreut. Marketingaufgaben, insbesondere in der operativen Umsetzung, werden vor allem durch die CMT realisiert.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 20.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	42713100	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Marketingmaßnahmen, die der Außendarstellung der Stadt Chemnitz und dem Aufbau eines positiven Images dienen, sind notwendig. Die Stadtverwaltung beschränkt sich hierbei jedoch auf Kernaufgaben wie konzeptionelle, gesamtstädtische Ausrichtung und Steuerung. Eigene Projekte sollen nur im Ausnahmefall realisiert werden. Stattdessen wird die Umsetzung geeigneter Marketingmaßnahmen an die städtische Tochtergesellschaft CMT übergeben. Ein finanzieller Ausgleich hierfür an die CMT ist nicht vorgesehen, da das städtische Budget für diese Aufgabe vor der nun erfolgten Reduzierung bereits begrenzt war.

**Umsetzungsbedingungen:**

Abstimmung der wesentlichen Inhalte und Schwerpunkte zum Marketing mit der CMT.  
 Einordnung des Marketingplans der CMT in die gesamtstädtische Strategie, jedoch keine Zuschusserhöhung an CMT

**Umsetzungsfolgen:**

es können weniger Marketingprojekte umgesetzt werden



**Dezernat:** OBM

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 15/05

**Amt:** 15

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung der Sachausgaben im Bürgermeisteramt

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1111100 1112400  
 Bezeichnung: Gemeindeorgane Rat Öffentlichkeitsarbeit

**Kurzbeschreibung:**

Die Ausgabeansätze wurden auf ihre unbedingte Notwendigkeit geprüft und mit dem vorläufigen Rechnungsergebnis 2009 verglichen.

**Konsolidierungsbeitrag in €: 38.900**

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten						
	1112400 44315100	7.400	7.400	7.400	7.400	7.400
	1111100 44316100	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	1111100 42311000	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
	1111100 42313000	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000
	1111100 42711000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000

**Darstellung der Maßnahme:**

	Reduzierung um:	
Wegfall Türmerhonorar (neu: Ehrenamt)	(IST: 7,4 T€)	7,4 T€
Wegfall Weihnachtsmarkt Akron	(IST: 10,0 T€)	10,0 T€
Red. Mieten Transporte zu Ausstellungen	(IST: 5,0 T€)	2,5 T€
Reduzierung Übernahme Miete Stadthalle	(IST: 19,0 T€)	16,0 T€
Reduzierung Geschenke/Blumen	(IST: 10,0 T€)	3,0 T€
Gesamt		38,9 T€

Der Türmer der Stadt wird mit der Fertigstellung des Stavo-Saals seine Honorartätigkeit für die SVC beenden. Das ist sein ganz persönlicher Beitrag für die Konsolidierung des Haushalts. Repräsentative Führungen für Gäste der SVC führt er zukünftig im Ehrenamt aus.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Mietkostenübernahme Stadthalle: es verbleibt die Mietkostenübernahme für die jährliche Personalversammlung; es fällt weg die kostenfreie Nutzung der Stadthalle für die jährliche Immatrikulationsfeier der TU sowie für eine weitere Veranstaltung

Wegfall der finanziellen Unterstützung des Weihnachtsmarktes in Akron (die amerikanische Seite hatte ihre Unterstützung bereits mit Ausbruch der Finanzkrise gestrichen, 2009 fand kein Weihnachtsmarkt statt).



**Dezernat:** OBM

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 15/06

**Amt:** 15

**Maßnahmebezeichnung:** Einnahmen durch Werbung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11124000  
Bezeichnung: Öffentlichkeitsarbeit

**Kurzbeschreibung:**

Der städtische Internetauftritt sowie die städtischen Publikationen werden künftig auch zur Erzielung von Werbeeinnahmen genutzt.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 30.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge			30.000	30.000	30.000	30.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Internetwerbung wird in zunehmendem Maße von Kommunen zur Einnahmeerhöhung genutzt. Kalkulieren lässt sich zunächst mit jährlichen Einnahmen zwischen 10.000 und 15.000 Euro für die Kommune. Diese Summe versteht sich abzüglich der anteiligen Einnahmen für den Dienstleister, der im Auftrag der Stadt die Akquise übernimmt, da dies mit eigenem Personal nicht leistbar ist. Schrittweise ist die Summe steigerbar. Je nach Vertragsabschluss sind die Anteile städtischer Einnahmen variabel, aufgrund der Vertragsgestaltung liegen sie bei den genannten Beispielen zum Teil bei nur 10 Prozent des Gesamterlöses.

[Beispiele: Rostock: mind. 10.000 Euro p.a., Magdeburg: 12.000 Euro p.a., Mannheim: 14.400 p.a.]

In gleichem Umfang können Annoncen in städtischen Publikationen zugelassen werden. Vorteil ist die besondere Zielgruppenorientierung. Hierfür bedarf es ebenfalls eines Partners zur Umsetzung der Akquiseleistungen.

Zu prüfen ist, ob die Bündelung der Vermarktung für Internet und Publikationen an einen Dienstleister weitere Synergieeffekte und damit Mehreinnahmen verspricht.

Bei der Vergabe an den Dienstleister ist vertraglich zu regeln, welche Bedingungen erfüllt werden müssen, um Publikationen und Internetauftritt weiterhin die Seriosität eines Verwaltungsauftritts zu garantieren.

**Umsetzungsbedingungen:**

CMS für Bereich Internet, um Dienstleister Zugriff auf ausgewählte Bereiche des Internetauftritts zur ermöglichen; jährliches Werbekonzept (für Publikationen); Vertrag mit Dienstleister; ggf. Gründung BgA (sofern Grenzwerte überschritten)

**Umsetzungsfolgen:**

Überfrachtung der Inhalte durch Werbung nicht in jedem Fall auszuschließen



**Dezernat:** OBM

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 15/07

**Amt:** 15

**Maßnahmebezeichnung:** Wegfall eines Dezernates nach dem Ende der Amtszeit eines Bürgermeisters

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1111100

Bezeichnung: Gemeindeorgane Rat

**Kurzbeschreibung:**

Ein Dezernat wird nach dem Ende der Amtszeit des Bürgermeisters aufgelöst. Die Aufgaben werden insgesamt neu geordnet.

Im § 55 SächsGemO sind lediglich Höchstgrenzen für die Anzahl der Beigeordneten festgeschrieben:

- bis 400.000 EW höchstens fünf Beigeordnete

- bis 200.000 EW höchstens vier Beigeordnete.

Bei 240.000 EW ist ein Unterschreiten dieser Höchstgrenze vertretbar.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 115.348

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015	2016
SN 1					109.000	218.000
42320000					1.656	3.312
42511000					2.467	4.933
42613000					79	157
44311000					671	1.342
44312100					80	160
44313000					116	232
44312300					28	56
44314100					834	1.667
44317300					417	833
gesamt					115.348	230.692

**Darstellung der Maßnahme:**

Ab Mitte 2015 umfasst die Stadtverwaltung nur noch vier Dezernate. Damit entfallen Personalkosten für einen Bürgermeister, zwei AE Personal sowie die Sachkosten. Die verbleibenden Dezernate werden mit dieser Zielrichtung bis dahin neu geordnet. Zwei AE aus dem wegfallenden Dezernat werden den verbleibenden Dezernaten zugeordnet.

Die Stadtverwaltung ist derzeit in fünf Dezernate gegliedert.

Amtszeiten:	Bürobesetzung	
D 1: Juli 2015	2 Ref., 2 Sekr.	= 4 AE
D 2: Aug. 2015	1 Ref., 1 MA, 1 Sekr.	= 3 AE
D 3: Juli 2015	1 Ref., 2 MA, 1 Sekr.	= 4 AE
D 5: Jan. 2012	3 Ref., 2 Sekr.	= 5 AE
D 6: Juli 2016	2 Ref., 2 Sekr.	= 4 AE

In der Folge reduzieren sich auch die Sachkosten für Büro, Dienstfahrzeuge u. ä.

**Umsetzungsbedingungen:**

Stadtratsbeschluss, Änderung der Hauptsatzung

Die Änderung der Dezerantsstruktur sollte erst im Jahr 2015 erfolgen, da eine Aufteilung des Dezernates 5 im Jahr 2012 aufgrund der Größe und der fachlichen Geschlossenheit auf andere Dezernate nicht zielführend ist.

**Umsetzungsfolgen:**

Möglichkeit, Aufgaben nach fachlichen Gesichtspunkten neu zu ordnen und Arbeitsbelastung ausgewogen zu gestalten



**Dezernat:** OBM

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 15/08

**Amt:** 15

**Maßnahmebezeichnung:** Veränderungen in der Stadtratsarbeit und in der politischen Steuerung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1111100

Bezeichnung: Gemeindeorgane Rat

**Kurzbeschreibung:**

Neukonzeption der Stadtratsarbeit

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 50.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten					50.000	50.000
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Am 28.04.2010 fand eine Beratung mit den Fraktionsgeschäftsführern statt. In dieser Beratung wurden durch Amt 15 Vorschläge unterbreitet, mit welchen Maßnahmen/Kosten der Konsolidierungsbeitrag erreicht werden könnte. Es bestand Einvernehmen, dass vorerst nur die Höhe des Konsolidierungsbeitrages beschlossen wird. Die Untersetzung mit Einzelmaßnahmen erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

**Umsetzungsbedingungen:**

ist abhängig von den konkreten Maßnahmen, z. B.:

Wegfall Wortprotokoll:

- Änderung des § 30 der Geschäftsordnung des Stadtrates, Umsetzung einer AE

**Umsetzungsfolgen:**

sind abhängig von den konkreten Maßnahmen



**Dezernat:** OB

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 15/09

**Amt:** 15

**Maßnahmebezeichnung:** Redaktionssystem für Internetauftritt

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1112400  
Bezeichnung: Öffentlichkeitsarbeit

**Kurzbeschreibung:**

Einführung eines dezentralen Redaktionssystems zur Pflege des Internetauftritts

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 58.425

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten			58.425	58.425	58.425	58.425
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Derzeit werden die einzelnen Seiten des Internetauftritts [www.chemnitz.de](http://www.chemnitz.de) in der Pressestelle von zwei Mitarbeiterinnen vergleichsweise aufwändig von Hand per HTML programmiert. Nur für einzelne, ausgewählte Inhalte wie Pressemitteilungen oder den Veranstaltungskalender existieren Lösungen, die Redaktionssystemen ähneln, aber keine vernetzte Komplettlösung ersetzen.

Fachämter liefern die jeweiligen Inhalte zu. Diese Organisation führt zu teilweise unnötig langen Bearbeitungsfristen. Beim Relaunch der Seite [www.chemnitz.de](http://www.chemnitz.de) im Oktober 2008 konnten aus finanziellen Gründen lediglich die Optik des Auftritts und die Navigation überarbeitet werden, da beides nicht mehr den Anforderungen der Internetnutzer entsprach. Mit der Einführung eines universalen Redaktionssystems (CMS), das für den Betrieb eines Auftritts wie [www.chemnitz.de](http://www.chemnitz.de) inzwischen Standard ist, wäre es möglich, dass die Ämter ihre Inhalte selbst einpflegen. Durch die Pressestelle würde lediglich eine Freigabe erfolgen. In der Pressestelle selbst könnte damit eine AE konsolidiert werden. Zugleich könnte sich die Pressestelle auf die Umsetzung aufwändigerer Projekte im Internet sowie konzeptionelle Weiterentwicklung des Webauftritts (Startseite, Themenseiten, Web 2.0 etc.) konzentrieren.

**Umsetzungsbedingungen:**

Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für Beschaffung eines dezentralen Redaktionssystems (möglichst in 2010), Implementierung und Schulung der MA in den Ämtern

	Maßnahme- nummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen		-170.000				
Zuschüsse						

**Umsetzungsfolgen:**

Der Internetauftritt der Stadt wäre wesentlich aktueller, weil die Ämter selbst Korrekturen vornehmen und Inhalte einpflegen könnten.

# **Bereich Dezernat 1**



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 10/01

**Amt:** 10

**Maßnahmebezeichnung:** Druckkonzept

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1116100

Bezeichnung: Zentrale Verwaltungsdienste

**Kurzbeschreibung:**

Bereitstellung von Drucksystemen (Multifunktions-Printer [MFP], Kopierer, Arbeitsplatzdrucker) für alle Organisationseinheiten.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 290.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	1116100		250.000	250.000	290.000	290.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Stadtverwaltung Chemnitz unterhält eine Vielzahl von Kopierern/Multifunktionsgeräten und Arbeitsplatzdruckern. Hinzu kommen zwei Druckzentren (Verwaltungsdruckerei und Verfahrensdruck).

Die Kopierer/Multifunktionsgeräte werden zum überwiegenden Teil gemietet.

Arbeitsplatzdrucker befinden sich grundsätzlich im Eigentum der Stadt. Zudem existiert eine enorm hohe Gerätevielfalt, welche einen erhöhten Betreuungsaufwand (Anbieter Vielfalt, Treiber Vielfalt) bedingt.

Auf Grund des Auslaufens einiger Mietverträge bei den Multifunktionsgeräten ist geplant, deren Einsatz mit den Arbeitsplatzdruckern, Faxgeräten und Scannern weiter zu verzahnen/abzustimmen. Dazu wird eine verwaltungsweite Analyse über das Druckverhalten/-aufkommen durchgeführt, um Einsparungen bei den Druck-/Kopierkosten zu erreichen.

Das Projekt Druckkonzept wurde ins Leben gerufen, da die Stadt auf dem Gebiet des Druckmanagements hohe Einsparpotentiale sieht. Im Bereich der MFP-Geräte ist man seit langem auf dem Stand, die Geräte zu mieten und den Service zeitgemäß auszulagern. Für Drucker ist dies noch nicht der Fall und soll in Folge des Druckkonzeptes geändert werden. Zudem kann die Gerätevielfalt/-anzahl reduziert und die zum Teil alten Arbeitsplatzgeräte abgebaut werden.

Ziele sind:

- einheitl. Koordinierung sämtlicher Druckausgabegeräte einschl. eines Überblicks zum Gesamtdruckaufkommen in Beeinflussung des Druckverhaltens durch die Verwaltungsdruckerei

- Administration und Support zentralisieren
- deutliche Reduzierung der Gerätelandschaft im Bereich Arbeitsplatzdrucker durch Bildung von zentralen Druckbereichen über MFP
- Senkung von Geräte- und Prozesskosten
- Kostentransparenz (Zuweisung der Outputkosten nach Verursacherprinzip)
- Zentralisierung von Massendruckern
- Reduzierung der Anschaffungskosten für MFP durch EU-weite Ausschreibung

**Umsetzungsbedingungen:**

Auswertung des Projektergebnisses „Druckkonzept“ zum III. Quartal 2010.

**Umsetzungsfolgen:**

Reduzierung der bisherigen Geräteanzahl mit möglicher Zusammenfassung von Druckbereichen. Reduzierung der direkten (z. B. Sachkosten) und indirekten (z. B. AP-Kosten, Abschreibungen) Kosten im Zusammenhang mit Dokumentenerzeugung. Verstärkte Nutzung des zentralen Druckbereiches (Verwaltungsdruckerei).



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 10/02

**Amt:** 10

**Maßnahmebezeichnung:** Zentrale Vergabe- und Beschaffungsstelle

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1116100  
 Bezeichnung: Zentrale Verwaltungsdienste

**Kurzbeschreibung:**

Zusammenführung aller Vergabe- und Beschaffungstätigkeiten aus 24 VOL-Vergabestellen in eine Zentrale Vergabe- und Beschaffungsstelle

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 258.425

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1116100 noch unklar - 4 AE			58.425 € 100.000 €	58.425 € 150.000 €	58.425 € 200.000 €
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Gemäß DA 1031 Anlage 2 existieren 24 VOL-Vergabestellen. In den einzelnen Vergabestellen finden z. T. sehr wenige Vergaben pro Jahr statt, demzufolge wird in den einzelnen Vergabestellen ein unverhältnismäßig hoher Anteil an Arbeitskraft gebunden, um den ständig neuen Anforderungen an Rechtssicherheit und Wirtschaftlichkeit im Vergabeprozess zu entsprechen.

- breiter Schulungsbedarf aufgrund permanenter Änderungen von Gesetzlichkeiten und Regelungen
- langwierige Vergabeprozesse

Der Service der ZVD zur Durchführung von Vergabeverfahren (formell) wird von vielen Organisationseinheiten bereits genutzt.

Ziel:

Reduzierung des Vergabe- und Beschaffungsaufwandes durch Bildung einer stadtweiten Zentralen Vergabe- und Beschaffungsstelle.

**Umsetzungsbedingungen:**

bislang keine bekannt

**Umsetzungsfolgen:**

Zusammenlegung der ZVS und dem Sachgebiet Vergabe, Beschaffung der ZVD. Die strukturelle Zuordnung ist noch zu klären.



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 10/03

**Amt:** 10

**Maßnahmebezeichnung:** Fuhrparkmanagement

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1116100

Bezeichnung: Zentrale Verwaltungsdienste

**Kurzbeschreibung:**

Fahrzeugverwaltung und Fahrzeugbeschaffung

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 45.740

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1116100	45.740	45.740	45.740	45.740	45.740
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Durch das „Teilen“ der Fahrzeuge konnte die wirtschaftliche Nutzung optimiert werden. Auslastungsgrad und Inanspruchnahmezeiten sind im Vergleich zum dezentralen Einsatz gestiegen. Die Akzeptanz bei den Organisationseinheiten ist hoch.

Schwachpunkt des Fahrzeugpools ist die veraltete Software (seit 2002 im Einsatz).

Notwendige Funktionen zum optimalen Betrieb des Fahrzeugpools fehlen in der derzeitigen Version. Dadurch besteht momentan ein erhöhter Betreuungsaufwand. Eine Erneuerung ist dringend erforderlich.

Ein weiterer Schwachpunkt ist die Kostenverrechnung. Diese erfolgt derzeit nur auf einer Teilkostenkalkulation. Den Nutzern werden nur die Fahrzeugsachkosten berechnet auf Grundlage der Inanspruchnahmezeit. Eine digitale Erfassung der Fahrtstrecke erfolgt nicht.

Ziele:

- Betreuung des Fahrzeugpools durch SVC – Betreiberform analog Verwaltungsdruckerei (Betriebsform)
- Kostenberechnung auf Vollkostenbasis i. V. m. Aktualisierung der Hard- und Software
- Verringerung des Betreuungsaufwands durch Einsatz neuer Software --> Einsparung 1,0 AE

**Umsetzungsbedingungen:**

Einführung einer neuen Hard- und Software

	Maßnahme- nummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen	1116100	30000				
Zuschüsse						

**Umsetzungsfolgen:**

- wirtschaftlichere Nutzung der Fahrzeuge (besserer Auslastungsgrad)
- Erleichterung im Abrechnungssystem



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 10/04

**Amt:** 10

**Maßnahmebezeichnung:** Telefonvermittlung SVC

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1116100  
 Bezeichnung: Zentrale Verwaltungsdienste

**Kurzbeschreibung:**

Ablösung des Schichtsystems auf Grund gestrafter Geschäftszeiten der Telefonvermittlung

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 9.590

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1116100					9.590
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Verringerung der Geschäftszeiten der Telefonvermittlung auf folgende Zeiten:

Mo 8:00-14:00 Uhr  
 Die 8:00-16:00 Uhr  
 Mi 8:00-13:00 Uhr  
 Do 8:00-16:00 Uhr  
 Fr 8:00-12:00 Uhr

Wegfall des 3-Schichtsystems.

Derzeit sind in der Telefonvermittlung ein MA mit 40h/Woche und drei MA mit 30h/Woche beschäftigt. Es kann eine Reduzierung von 0,25 AE (9.590 EUR) durch Kürzung der Öffnungszeiten erfolgen.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Reduzierung des Bürgerservice bezüglich der telefonischen Erreichbarkeit. Mehrbelastung des extern beauftragten Einlassdienstes durch Weiterleitung der nicht angenommenen Anrufe der Telefonvermittlung.



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 10/05

**Amt:** 10

**Maßnahmebezeichnung:** Insourcing von Druckaufträgen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1116100

Bezeichnung: Zentrale Verwaltungsdienste

**Kurzbeschreibung:**

Steigerung der zentralen Massendrucke in der Verwaltungsdruckerei

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 10.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	1116100	5.000	5.000	10.000	10.000	10.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Stadt Chemnitz unterhält eine interne Verwaltungsdruckerei. Diese ist zentrale Anlaufstelle für

- Kopien/Drucke im Groß- und Kleinformat
- Scanaufträge
- umfangreiche Nachbearbeitung (Bindungen, Broschüren, Laminieren usw.).

Die Beauftragung der Druckerei kann seit 2009 zusätzlich über einen digitalen Druckmanager von jedem Arbeitsplatz aus erfolgen.

Die Druckerei wird als Kostenrechnende Einrichtung betrieben.

Die Druckerei wurde im Jahr 2007 mit neuer digitaler Hochleistungsdruck- und Scantechnik ausgestattet. Aufträge werden auf Grund der hohen Verarbeitungsgeschwindigkeit innerhalb kürzester Zeit erledigt.

Die Nutzung der Verwaltungsdruckerei als zentraler Dienstleister ist trotz mehrfacher Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt noch nicht bei allen Mitarbeitern bekannt, respektive hält der Kostenfaktor von der Nutzung ab. Grund dafür ist die fehlende Kostentransparenz anderer Druckmöglichkeiten (Thema Druckkonzept).

Um die Effizienz zu verbessern soll die Auslastung der Druckerei weiter optimiert werden.

- Verlagerung von dezentralen Drucken in die Hausdruckerei
- Übernahme von Druckaufgaben von städtischen Eigenbetrieben

Ziel ist, die Stückkosten bei gleich bleibenden Fixkosten zu senken (Neukalkulation à Senkung der Verrechnungspreise).

**Umsetzungsbedingungen:**

Teilkostenrechnung für städt. Eigenbetriebe

**Umsetzungsfolgen:**

- Steigerung der Auslastung des Maschinenparks in der Hausdruckerei, dadurch Senkung der Stückkosten und Verbesserung des Deckungsbeitrages



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 11/01

**Amt:** 11

**Maßnahmebezeichnung:** Abbau von 1,0 AE SB Personal mit Eingruppierung in EG 9

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1112100

Bezeichnung: Personalangelegenheiten

**Kurzbeschreibung:**

Die Kapazität in der Personalsachbearbeitung folgt der Größe des Personalkörpers der Stadtverwaltung Chemnitz.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 47.153

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1112100.4012100					47.153
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Wirtschaftsberatung Wibera hat in ihrem Gutachten vom 06.09.2002 zur Haushaltskonsolidierung bei der Stadt Chemnitz zur ganzheitlichen Personalsachbearbeitung als Richtwert 450 Personalakten je AE angegeben. Dieser Richtwert wird seit 2009 erfüllt. Folglich kann nur nach einem adäquaten Personalabbau die Kapazität (Annahme ab 2/2015) in der Personalsachbearbeitung verringert werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

Verringerung der Fallzahlen um 450 durch Personalabbau, Anpassungsfolge

**Umsetzungsfolgen:**

keine



Dezernat: 1

Maßnahmenummer (Amt/Nr.): 11/02

Amt: 11

**Maßnahmebezeichnung:** Verringerung der Ausbildungsplätze**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1112100  
 Bezeichnung: Personalangelegenheiten

**Kurzbeschreibung:**

Verringerung der Ausbildungsplätze:

- Verwaltungsfachangestellte in den Jahren 2010 und 2011 um 5,
- Verwaltungswirte in den Jahren 2011-2013 um 3,
- Gärtner im Jahr 2010 um 2 sowie ab 2011 Wegfall,
- Sozialpädagogen dauerhaft um 3 und
- Wegfall ab 2010 der Ausbildungsplätze für Tierpfleger, Bauzeichner, FA Bäderbetriebe, Straßenbauer, Elektroniker für Geräte und Systeme, FA für Bürokommunikation

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 391.561

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1112100.40121000				25.720	25.720
Personalkosten	1112100.40190000	198.235	420.560	576.224	539.476	323.521
Sachkosten	1112100.42612000	40.785	70.625	98.675	74.755	42.320

**Darstellung der Maßnahme:**

Bisher wurde immer erheblich über den Bedarf ausgebildet, um möglichst vielen jungen Menschen die Möglichkeit eines Ausbildungs- und Studienplatzes zu bieten. Dies steht jetzt wegen der demografischen Entwicklung und der finanziellen Situation nicht mehr im Vordergrund. Deshalb soll zukünftig bedarfs- und anforderungsgerecht ausgebildet werden. Diese Maßnahme ist verbunden mit einem Abbau von 0,5 AE SB Ausbildung mit Eingruppierung in EG 9 ab 2014.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 11/03

**Amt:** 11

**Maßnahmebezeichnung:** Einstellung des FSJ

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1112100

Bezeichnung: Personalangelegenheiten

**Kurzbeschreibung:**

Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) wird ab 2010/2011 in der Stadtverwaltung Chemnitz nicht mehr durchgeführt. Hierbei handelt es sich um keine Pflichtaufgabe.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 62.100

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge						
Personalkosten	1112100.40190000	57.600	57.600	57.600	57.600	57.600
Sachkosten	1112100.42612000	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500

**Darstellung der Maßnahme:**

Das FSJ, ein soziales Jugendbildungsjahr, wird ab 2010/2011 nicht mehr durchgeführt. Damit entfallen 12 Freiwilligenstellen (in den Ämtern 40, 50 und 51). Eine Umfrage bei den Ämtern hat ergeben, dass auf die damit wegfallende Arbeitskapazität verzichtet werden kann. Zudem wird von den betroffenen Ämtern angeführt, dass der mit der Beschäftigung von FSJ'lern verbundene Verwaltungsaufwand sehr aufwendig, kompliziert und zeitintensiv ist.

Neben der Stadt Chemnitz bieten weitere Organisationen die Möglichkeit ein Freiwilliges Soziales Jahr abzuleisten. Zu nennen ist beispielsweise die Heim gGmbH. Damit besteht auch nach einem Rückzug der Stadt Chemnitz ein Angebot für die Interessenten.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Da es sich um zusätzliche Kapazitäten der Ämter handelt, entstehen keine Umsetzungsfolgen.



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 11/05

**Amt:** 11

**Maßnahmebezeichnung:** Abbau von 1,0 AE SB Bezüge mit Eingruppierung in EG 9

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1112100

Bezeichnung: Personalangelegenheiten

**Kurzbeschreibung:**

Die Kapazität in der Bezügerechnung folgt der Größe des Personalkörpers der Stadtverwaltung Chemnitz.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 51.440

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1112100.40121000					51.440
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Wirtschaftsberatung Wibera hat in ihrem Gutachten in 2002 zur Haushaltskonsolidierung bei der Bezügerechnung einen Richtwert von 600 Abrechnungsfällen pro AE angegeben. Dieser Richtwert wird seither erfüllt und deckt sich auch mit den Kennzahlen vergleichbarer Städte. Folglich kann nur nach einem entsprechenden Personalabbau die Kapazität in der Bezügerechnung verringert werden (Annahme ab 01/2015).

**Umsetzungsbedingungen:**

Verringerung der Fallzahlen um 600 durch Personalabbau.

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 11/06

**Amt:** 11

**Maßnahmebezeichnung:** Abbau von 1,0 AE SB Personalzeiterfassung mit EG 6

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1112100

Bezeichnung: Personalangelegenheiten

**Kurzbeschreibung:**

Bei Dezentralisierung der Personalzeiterfassung (Korrekturbelege) kann die Kapazität der Sachbearbeitung reduziert werden.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 40.651

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1112100.40121000					40.651
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Mit der Schaffung einer Schnittstelle vom PC der Beschäftigten zum PZE-System und der damit verbundenen Möglichkeit Korrekturen selbständig durchzuführen, reduziert sich der Arbeitsaufwand bei der Sachbearbeitung PZE.

**Umsetzungsbedingungen:**

Investitionen in erforderliche Hard- und Software

	Maßnahme- nummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen						30.000
Zuschüsse						

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 11/07

**Amt:** 11

**Maßnahmebezeichnung:** Erhöhung der Preise für die Entgeltabrechnung für Dritte

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1112100  
 Bezeichnung: Personalangelegenheiten

**Kurzbeschreibung:**

Mit der Anhebung der Preise auf Grundlage einer kostendeckenden Berechnung erhöhen sich die Einnahmen für Leistungen, die das Personalamt in Dienstleistung erbringt.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 29.851

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	1112100.34830000	13.101	13.101	13.101	13.101	13.101
	1112100.34859000	4.312	4.312	4.312	4.312	4.312
	1112100.34853000	12.438	12.438	12.438	12.438	12.438
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Einnahmen für die Dienstleistungen betragen jährlich ca. 18 T€ ((4,09 € pro Monat u. Abrechnungsfall). Damit werden die Arbeitsplatzkosten von ca. 45 T€ für die benötigte Kapazität von 0,6 AE nur teilweise gedeckt. Grundlage für die kostendeckende Berechnung sind 600 Abrechnungsfälle pro SB und Jahresarbeitsplatzkosten von 75.986 € nach DA 1008, Stand 18.01.2010 für einen Büroarbeitsplatz der EG 9. Damit ergeben sich für einen Abrechnungsfall monatliche Kosten von ca. 11,00 €, sodass durch die Differenz von 6,91 € jährliche Mehreinnahmen von 29.851,20 € entstehen.

**Umsetzungsbedingungen:**

Kündigung der Verträge und ggf. Neuabschluss zu geänderten Bedingungen.

**Umsetzungsfolgen:**

Bei den genannten Dritten entstehen entsprechend höhere Kosten für die Bearbeitung der Entgeltabrechnung durch das Personalamt.



Dezernat: 1

Maßnahmenummer (Amt/Nr.): 17/01

Amt: 17

**Maßnahmebezeichnung:**

Komplettvergabe der Außenrevier- und Sportplatzpflege (ca. 800.000 m<sup>2</sup>) und Anliegerpflichten im Sommer- und Winterdienst in allen Schulen (einschließlich Kö-Heim und Internat zum Sportgymnasium)

**Produktuntergruppe:**

Nr.: siehe Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags

Bezeichnung:

**Kurzbeschreibung:**

Mit der bedarfsgerechten Vergabe von Leistungen in den Außenrevieren/-geländen können vorgehaltene Hausmeisterkapazitäten reduziert werden. Insbesondere: Rasenmähd, Heckenpflege, Baumkontrollen, Laubberäumung, Pflege von Laufbahnen/Sprunggruben auf Sportplätzen, Schulhofreinigung, Anliegerpflichten, Winterdienst in Objekten (Treppen, Podeste, Wege, Schulhöfe, Eingangs-/Notausgangsbereiche etc.).

**Konsolidierungsbeitrag in €: 277.390**

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Sachkosten (Einmalaufwand)	ca. 200 Euro je Objekt	-17.400	0	0	0	0
Personalkosten	2111000.40***	0	0	0	147.296	243.315
Sachkosten	2111000.42***	0	0	0	-129.808	-173.077
Personalkosten	2151000.40***	0	0	13.391	86.951	199.816
Sachkosten	2151000.42***	0	0	-30.769	-61.538	-92.308
Personalkosten	2171000.40***	0	0	0	13.391	84.807
Sachkosten	2171000.42***	0	0	0	-15.865	-63.462
Personalkosten	2215000.40***	0	0	0	13.391	44.635
Sachkosten	2215000.42***	0	0	0	-14.423	-28.846
Personalkosten	2217000.40***	0	0	0	13.391	17.854
Sachkosten	2217000.42***	0	0	0	-7.692	-11.538
Personalkosten	2311000.40***	0	0	40.172	53.562	95.723
Sachkosten	2311000.42***	0	0	-19.231	-28.846	-57.692
Personalkosten	2213000.40***	0	0	0	10.712	14.283
Sachkosten	2213000.42***	0	0	0	-7.692	-11.538
Personalkosten	2214000.40***	0	0	14.463	19.284	19.284
Sachkosten	2214000.42***	0	0	-3.846	-5.769	-5.769
Personalkosten	3153001.40***	0	0	5.754	7.672	7.672
Sachkosten	3153001.42***	0	0	-3.846	-5.769	-5.769

### **Darstellung der Maßnahme:**

- verbundorientierte Erstellung von Aufmaßen als Grundlage von sachgerechten Ausschreibungsunterlagen (Ergebnisse werden frühestens Ende 2011 erwartet)
- vorzugsweise Ausschreibung der Leistungen in 6 Losen, in Anlehnung an die Verbundbildung (Ergebnisse werden frühestens im 2. Halbjahr 2012 erwartet)
- Start der Leistungsvergabe mit 2 Verbunden zum 01.01.2013, weitere 2 Verbunde zum 01.01.2014, weitere 2 Verbunde zum 01.01.2015)
- stufenweise Reduzierung von Hausmeisterkapazitäten nach Erfüllung der vorherigen Anstriche (voraussichtlich ab 2013)
- vom ZGB weiterhin zu erfüllende Aufgaben: stichprobenartige Kontrolle und Dokumentation der erbrachten Leistungen Dritter durch die verbleibenden Hausmeister/innen (Hinweis: für Anliegerpflichten und Winterdienst besteht versicherungsrechtlicher Handlungsbedarf)

Als Argumente für eine Vergabe können angeführt werden:

#### a) Hausmeisteraufgaben in Kommunen/Sichtweise KGSt

Hausmeisteraufgaben beziehen sich primär auf Tätigkeiten im Zusammenhang mit Gebäuden. Entsprechend beinhaltet auch der Normalaufgabenkatalog für Hausmeisterleistungen in Kommunen bezüglich Grünflächenpflege den Hinweis, dass der Hausmeister die Grünflächenpflege von Firmen unterstützt, kontrolliert und abzeichnet.

#### b) Betrachtung Effizienz und Qualität

Grünpflegeleistungen und Reinigungsleistungen an Außenanlagen sind Fachleistungen, welche entsprechende berufliche Qualifikationen und Ausstattung mit Spezialtechnik erfordern. Ein hierauf spezialisierter externer Dienstleister kann diese Leistungen daher in weniger Zeit und in besserer Qualität erbringen.

#### c) Betrachtung Ausstattung (Sachkosten)

- Für die Beschaffung, Nutzung und Instandhaltung von geeigneter Technik entstehen hohe Kosten. Die Auslastung ist nicht optimal oder es entsteht ein hoher Umsetzungsaufwand (zusätzlicher Bedarf an Fahrzeugen, Anhängern, etc.)
- Für einige Tätigkeiten ist besondere individuelle Arbeitsschutzkleidung vorzuhalten, die nicht optimal genutzt werden kann.

#### d) Betrachtung Personal

- Saisonale Schwankungen des Personalbedarfs (z. B. Laubberäumung und Winterdienst in allen Objekten gleichzeitig, im Frühjahr oder Sommer eher geringerer Bedarf)
- Gerade in den Bedarfszeiten (Herbst und Winter) häufen sich allgemein die Erkrankungszahlen - zusätzliche Bereitstellung von Vertretungen wird erforderlich.
- Der Personalbestand kann wegen des Stellenabbaus nicht verjüngt werden, die Zahl von leistungsgeminderten Beschäftigten steigt naturgemäß.

### **Umsetzungsbedingungen:**

Da die Erstellung von Aufmaßen durch städtisches Personal nicht realisiert werden kann, ist eine Vergabe der Leistung notwendig. Die Vorlage von verwertbaren Unterlagen zur Erstellung von Ausschreibungsunterlagen wird ab Ende 2011 erwartet. Die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahme soll stufenweise, in Abhängigkeit vom Grad der erfolgten Leistungsvergabe geschehen (vgl. vorherigen Punkt). Die Vergabe erfolgt durch die Ämter 67 (für Außenreviere) und 66 (für Anliegerpflichten).

Die vom Amt 40 bereits aufgewendeten bzw. geplanten Sachkosten für Teil- und Komplettvergaben im Außenbereich sowie Winterdienstleistungen sind der ZGB zuzuordnen, weil diese für eine zielführende Komplettvergabe bei der Maßnahmeplanung berücksichtigt bzw. eingerechnet wurden.

Zum besseren Verständnis der Nutzer bzw. Mieter städtischer Objekte, ist ein Leistungskatalog für Hausmeister zu erstellen und zu beschließen, in dem die Aufgaben ausgewiesen sind, die als Normaltätigkeit (Pflichtaufgaben) und als Zusatzaufgaben (bei vorhandenen Kapazitäten) zu erfüllen sind. Zudem sind Aufgaben aufzuführen, die nicht zum Leistungsumfang der Hausmeister gehören.

### **Umsetzungsfolgen:**

- Personalüberhänge ab 2013; betroffen sind überwiegend gering qualifizierte Beschäftigte (u. a. Hausmeistergehilfen, Sportplatzwarte)
- verbleibende Hausmeister/innen und Schulhausmeister/innen müssen regelmäßig geteilte Dienste leisten, damit z. B. Ganztagsangebote oder der Schulbetrieb in Mittelschulen, Gymnasien und Berufsschulen abgesichert werden können
- verbleibende Hausmeister/innen und Schulhausmeister/innen müssen regelmäßig in mehr als einem Objekt eingesetzt werden, um Schließdienste und Personalausfälle (z. B. Urlaub, Arbeitsunfähigkeit) abzusichern
- wegen der bestehenden vielfältigen Eingruppierungen der Beschäftigten häufen sich die Übertragungen von höher oder niedriger zu bewertender Tätigkeiten (vgl. 14 TVöD und § 80 PersVG)
- es entsteht zusätzlicher Fortbildungsbedarf bei den verbleibenden Beschäftigten, weil Fachkompetenzen (u. a. Sachkunde für Pflichtprüfungen) auf weniger Beschäftigte konzentriert werden müssen
- die Absicherung von außerschulischen Veranstaltung, z. B. in Sporthallen (BSZ f. Technik I, F.-A.-W.-Diesterweg-Mittelschule, Gymnasium Einsiedel) ist nur noch bedingt bzw. nicht mehr möglich
- es entsteht höherer Koordinierungs-/Verwaltungsaufwand für die Beauftragung und Kontrolle der externen Leistungserbringung



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 17/02

**Amt:** 17

**Maßnahmebezeichnung:**

Komplettvergabe der Außenrevier- und Spielplatzpflege sowie Anliegerpflichten im Sommer- und Winterdienst in allen Kitas

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 3651000  
Bezeichnung: Eigene Einrichtungen (Kitas)

**Kurzbeschreibung:**

Mit der bedarfsgerechten Vergabe von Leistungen in den Außenrevieren/-geländen, können Hausmeisterkapazitäten reduziert werden. Insbesondere: Rasenmähd, Heckenpflege, Baumkontrollen, Laubberäumung, Pflege von Sandkästen sowie Spiel- und Kletteranlagen, Innenhofreinigung, Anliegerpflichten, Winterdienst in Objekten (Treppen, Podeste, Wege, Eingangs-/Notausgangsbereiche etc.).

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 265.670

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge		0	0	0	0	0
Personalkosten	3651000.40***	0	0	0	192.835	385.670
Sachkosten	3651000.42***	-9.200	0	0	-60.000	-120.000

**Darstellung der Maßnahme:**

- Erstellung von Aufmaßen als Grundlage von sachgerechten Ausschreibungsunterlagen (Ergebnisse werden frühestens Anfang 2012 erwartet)
- vorzugsweise Ausschreibung der Leistungen in 5 Losen, in Anlehnung an die Verbundbildung (Ergebnisse werden frühestens Anfang 2013 erwartet)
- Start der Leistungsvergabe mit 3 Verbunden zum 01.01.2014, weitere 2 Verbunde zum 01.01.2015)
- stufenweise Reduzierung von Hausmeisterkapazitäten nach Erfüllung der vorherigen Anstriche (voraussichtlich ab 2014)
- von der ZGB weiterhin zu erfüllende Aufgaben: stichprobenartige Kontrolle und Dokumentation der erbrachten Leistungen Dritter durch die verbleibenden Hausmeister/innen (Hinweis: für Anliegerpflichten und Winterdienst besteht versicherungsrechtlicher Handlungsbedarf)

Als Argumente für eine Vergabe können angeführt werden:

a) Hausmeisteraufgaben in Kommunen/Sichtweise KGSt

Hausmeisteraufgaben beziehen sich primär auf Tätigkeiten im Zusammenhang mit

Gebäuden. Entsprechend beinhaltet auch der Normalaufgabenkatalog für Hausmeisterleistungen in Kommunen bezüglich Grünflächenpflege den Hinweis, dass der Hausmeister die Grünflächenpflege von Firmen unterstützt, kontrolliert und abzeichnet.

#### b) Betrachtung Effizienz und Qualität

Grünpflegeleistungen und Reinigungsleistungen an Außenanlagen sind Fachleistungen, welche entsprechende berufliche Qualifikationen und Ausstattung mit Spezialtechnik erfordern. Ein hierauf spezialisierter externer Dienstleister kann diese Leistungen daher in weniger Zeit und in besserer Qualität erbringen.

#### c) Betrachtung Ausstattung (Sachkosten)

- Für die Beschaffung, Nutzung und Instandhaltung von geeigneter Technik entstehen hohe Kosten. Die Auslastung ist nicht optimal oder es entsteht ein hoher Umsetzungsaufwand (zusätzlicher Bedarf an Fahrzeugen, Anhängern, etc.)
- Für einige Tätigkeiten ist besondere individuelle Arbeitsschutzkleidung vorzuhalten, die nicht optimal genutzt werden kann.

#### d) Betrachtung Personal

- Saisonale Schwankungen des Personalbedarfs (z. B. Laubberäumung und Winterdienst in allen Objekten gleichzeitig, im Frühjahr oder Sommer eher geringerer Bedarf)
- Gerade in den Bedarfszeiten (Herbst und Winter) häufen sich allgemein die Erkrankungszahlen - zusätzliche Bereitstellung von Vertretungen wird erforderlich.
- Der Personalbestand kann wegen des Stellenabbaus nicht verjüngt werden, die Zahl von leistungsgeminderten Beschäftigten steigt naturgemäß.

#### **Umsetzungsbedingungen:**

Da die Erstellung von Aufmaßen durch städtisches Personal nicht realisiert werden kann, ist eine Vergabe der Leistung notwendig. Die Vorlage von verwertbaren Unterlagen zur Erstellung von Ausschreibungsunterlagen wird Anfang 2012 erwartet.

Die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahme soll in zwei Stufen, in Abhängigkeit vom Grad der erfolgten Leistungsvergabe geschehen. Die Vergabe erfolgt durch die Ämter 67 (für Außenreviere) und 66 (für Anliegerpflichten), idealerweise für gleiche Objekte an die gleichen Firmen.

Zum besseren Verständnis der Nutzer bzw. Mieter städtischer Objekte ist ein Leistungskatalog für Hausmeister zu erstellen und zu beschließen, in dem die Aufgaben ausgewiesen sind, die als Normaltätigkeit (Pflichtaufgaben) und als Zusatzaufgaben (bei vorhandenen Kapazitäten) zu erfüllen sind. Zudem sind Aufgaben aufzuführen, die nicht zum Leistungsumfang der Hausmeister gehören.

#### **Umsetzungsfolgen:**

- Personalüberhänge ab 2014
- verbleibende Hausmeister/innen müssen regelmäßig geteilte Dienste leisten, damit z. B. Ganztagsangebote abgesichert werden können
- verbleibende Hausmeister/innen müssen regelmäßig in mehr als einem Objekt eingesetzt werden, um Schließdienste und Personalausfälle (z. B. Urlaub, Arbeitsunfähigkeit) abzusichern
- es entsteht zusätzlicher Fortbildungsbedarf bei den verbleibenden Beschäftigten, weil Fachkompetenzen (u. a. Sachkunde für Pflichtprüfungen) auf weniger Beschäftigte konzentriert werden müssen
- die Absicherung von Sondereinsätzen ist nur noch bedingt möglich
- es entsteht höherer Koordinierungs-/Verwaltungsaufwand für die Beauftragung und Kontrolle der externen Leistungserbringung



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 17/03

**Amt:** 17

**Maßnahmebezeichnung:**

Grundschulen mit einer BGF unter 5 Tm<sup>2</sup> werden nicht mehr individuell, sondern über einen Verbund betreut

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 2111000  
Bezeichnung: Grundschulen

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung der hausmeisterlichen Betreuung in Grundschulen mit einer BGF unter 5 Tm<sup>2</sup>. Diese werden nicht mehr individuell (jede Schule hat seine/n Hausmeister/in), sondern über einen Verbund betreut. Das hat Auswirkungen auf die Präsenzzeiten der Hausmeister/innen für Handwerker, Schüler und Pädagogen sowie die Durchführung von Schließdiensten.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 283.894

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge		0	0	0	0	0
Personalkosten	2111000.40***	0	0	0	0	302.994
Sachkosten	2111000.42***	0	0	0	0	-19.100

**Darstellung der Maßnahme:**

- pro Objekt ist in Zusammenarbeit mit den Schulleiter/innen und dem Fachbereich (SG 17.23) detailliert zu ermitteln, welche Aufgaben zu welcher Zeit zu erfüllen sind
- die Leistungserbringung erfolgt über Verbünde bzw. Hausmeisterteams, d. h. keine Schule hat mehr nur eine/n Hausmeister/in im Objekt > aber immer noch eine/n Ansprechpartner/in
- da die Realisierung dieser Maßnahme erheblich vom Umsetzungsgrad anderer Konsolidierungsmaßnahmen abhängig ist, ist eine Umsetzung ab 01.01.2015 als realistisch anzusehen
- von der ZGB weiterhin zu erfüllende Aufgaben werden über Teams und Verbünde abgesichert, z. B. die stichprobenartige Kontrolle und Dokumentation der erbrachten Leistungen Dritter (Hinweis: für Anliegerpflichten und Winterdienst besteht versicherungsrechtlicher Handlungsbedarf)

**Umsetzungsbedingungen:**

Zum besseren Verständnis der Nutzer bzw. Mieter städtischer Objekte ist ein Leistungskatalog für Hausmeister zu erstellen und zu beschließen, in dem die Aufgaben ausgewiesen sind, die als Normaltätigkeit (Pflichtaufgaben) und als Zusatzaufgaben (bei vorhandenen

Kapazitäten) zu erfüllen sind. Zudem sind Aufgaben aufzuführen, die nicht zum Leistungsumfang der Hausmeister/innen gehören.

Die Anschaffung von Dienstfahrzeugen (VW Caddy, VW T5) zur Reduzierung der entstehenden Wegezeiten ist erforderlich. Anfänglich wird mit zusätzlich 5 Fahrzeugen geplant (siehe Tabelle - Investitionen).

	Maßnahme- nummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen		0	0	0	100.000	0
Zuschüsse						

#### Umsetzungsfolgen:

- voraussichtlich bestehen Personalüberhänge ab Januar 2015
- verbleibende Hausmeister/innen und Schulhausmeister/innen müssen geteilte Dienste leisten, damit z. B. Ganztagsangebote und/oder Hortbetriebe abgesichert werden können
- verbleibende Hausmeister/innen und Schulhausmeister/innen müssen regelmäßig in mehr als einem Objekt eingesetzt werden, um Schließdienste und Personalausfälle (z. B. Urlaub, Arbeitsunfähigkeit) abzusichern
- wegen der bestehenden unterschiedlichen Eingruppierungen der Beschäftigten häufen sich die Übertragungen von höher oder niedriger zu bewertender Tätigkeiten (vgl. 14 TVöD und § 80 PersVG)
- es entsteht zusätzlicher Fortbildungsbedarf bei den verbleibenden Beschäftigten, weil Fachkompetenzen (u. a. Sachkunde für Pflichtprüfungen, Sicherheitsbeauftragte/r, Ersthelfer etc.) auf weniger Beschäftigte konzentriert werden müssen
- die Absicherung von außerschulischen Veranstaltung, z. B. Sportfeste, Schulanfangsfeiern, ist nur noch bedingt möglich
- es entsteht höherer Koordinierungs-/Verwaltungsaufwand innerhalb der Teams und Verbände



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 17/04

**Amt:** 17

**Maßnahmebezeichnung:**

Reduzierung des Leistungsangebotes der HM in Schulobjekten oberhalb der Grundschulen

**Produktuntergruppe:**

Nr.: siehe Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags

Bezeichnung:

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung der hausmeisterlichen Betreuung in Objekten oberhalb der Grundschulen, das betrifft u. a. die Präsenzzeiten der Hausmeister für Handwerker, Schüler und Pädagogen, die Durchführung von Schließdiensten durch andere Beschäftigte in den Einrichtungen (z. B. Sekretärinnen, Hortnerinnen, pädagogisches Personal) und die Vergabe von Umräumarbeiten bei Baumaßnahmen (Baunebenleistungen/-kosten)

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 182.910

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge		0	0	0	0	0
Personalkosten	2151000.40***	0	0	0	35.708	46.420
Sachkosten	2151000.42***	0	0	0	0	0
Personalkosten	2171000.40***	0	0	0	45.893	118.636
Sachkosten	2171000.42***	0	0	0	0	0
Personalkosten	2311000.40***	0	0	0	8.927	17.854
Sachkosten	2311000.42***	0	0	0	0	0

**Darstellung der Maßnahme:**

- pro Objekt ist in Zusammenarbeit mit den Objektverantwortlichen bzw. Schulleitern/innen und dem Fachbereich (SG 17.23) detailliert zu ermitteln, welche Aufgaben zu welcher Zeit zu erfüllen sind
- die Leistungserbringung erfolgt über Hausmeisterteams, d. h. keine Schule bzw. kein Objekt hat mehr nur eine/n Hausmeister/in im Objekt > aber immer noch eine/n Ansprechpartner/in
- die Realisierung ist in zwei Stufen geplant, 1. Stufe: Verbünde 2-4 zum 01.01.2014, 2. Stufe: Verbünde 5 und 6 zum 01.01.2015
- von der ZGB weiterhin zu erfüllende Aufgaben: stichprobenartige Kontrolle und Dokumentation der erbrachten Leistungen Dritter durch die verbleibenden Hausmeister/innen (Hinweis: für Anliegerpflichten und Winterdienst besteht versicherungsrechtlicher Handlungsbedarf)

### **Umsetzungsbedingungen:**

Zum besseren Verständnis der Nutzer bzw. Mieter städtischer Objekte ist ein Leistungskatalog für Hausmeister zu erstellen und zu beschließen, in dem die Aufgaben ausgewiesen sind, die als Normaltätigkeit (Pflichtaufgaben) und als Zusatzaufgaben (bei vorhandenen Kapazitäten) zu erfüllen sind. Zudem sind Aufgaben aufzuführen, die nicht zum Leistungsumfang der Hausmeister/innen gehören.

### **Umsetzungsfolgen:**

- betroffen von Personalreduzierungen sind überwiegend gering qualifizierte Beschäftigte (u. a. Hausmeistergehilfen, Sportplatzwarte)
- verbleibende Hausmeister/innen und Schulhausmeister/innen müssen geteilte Dienste leisten, damit z. B. Ganztagsangebote oder der Schulbetrieb abgesichert werden können
- verbleibende Hausmeister/innen und Schulhausmeister/innen müssen regelmäßig in mehr als einem Objekt eingesetzt werden, um Schließdienste und Personalausfälle (z. B. Urlaub, Arbeitsunfähigkeit) abzusichern
- wegen der bestehenden vielfältigen Eingruppierungen der Beschäftigten häufen sich die Übertragungen von höher oder niedriger zu bewertender Tätigkeiten (vgl. 14 TVöD und § 80 PersVG)
- es entsteht zusätzlicher Fortbildungsbedarf bei den verbleibenden Beschäftigten, weil Fachkompetenzen (u. a. Sachkunde für Pflichtprüfungen, Einweisung in Fahrstühle wegen Notbefreiungen) auf weniger Beschäftigte konzentriert werden müssen
- die Absicherung von außerschulischen Veranstaltung z. B. in Sporthallen (BSZ f. Technik I, F.-A.-W.-Diesterweg-Mittelschule, Gymnasium Einsiedel) ist nur noch bedingt möglich
- es entsteht höherer Koordinierungs-/Verwaltungsaufwand für die Beauftragung und Kontrolle der externen Leistungserbringung



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 17/05

**Amt:** 17

**Maßnahmebezeichnung:**

Realisierung einer vorhandenen kW-Stelle

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1113600

Bezeichnung: Zentrale Gebäudebewirtschaftung

**Kurzbeschreibung:**

Der Stelle 1710 810 180 Hausmeistergehilfe ist seit dem letzten HSK ein kW-Vermerk zugeordnet worden. Dieser konnte wegen der fortwährenden Bewirtschaftung der Stelle noch nicht umgesetzt werden.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 35.708

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge		0	0	0	0	0
Personalkosten	1113600.40***	0	32.732	35.708	35.708	35.708
Sachkosten		0	0	0	0	0

**Darstellung der Maßnahme:**

Der Stelleninhaber der Stelle 1710 810 180 hat eine unbefristete Beschäftigung. Seine Stelle ist mit einem kW-Vermerk versehen. Ab 01.02.2012 kann der Stelleninhaber der Stelle 1710 810 160 zugeordnet werden, weil der jetzige Stelleninhaber dieser Stelle altersbedingt zum 31.01.2012 aus dem Beschäftigungsverhältnis ausscheidet.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine Besonderheiten

**Umsetzungsfolgen:**

- Stellen- und Personalreduzierungen ohne Aufgabenreduzierungen führen automatisch zur Aufgabenverdichtung für das verbleibende Personal; in Einzelfällen kann es zu Überlastungserscheinungen kommen; in diesem Fall sind Verwaltungsobjekte (z. B. Rathaus, BVZ I -Moritzhof- und BVZ II -Technisches Rathaus- etc.) von der Stellen- und Personalreduzierung betroffen



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 17/06

**Amt:** 17

**Maßnahmebezeichnung:**

Verkauf von 50 nicht kommunal benötigten Vermarktungsimmobilien

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1113600 und 1113100

Bezeichnung: Zentrale Gebäudebewirtschaftung und Kämmereiamt

**Kurzbeschreibung:**

- Einsatz der Verkaufserlöse zur Tilgung von Krediten (Zinersparnis)
- Einsparung von Personalkapazitäten nach Vermarktung (Personalkostenersparnis).

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 116.280

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	-	0	0	0	0	0
Personalkosten	1113600.40***	0	0	0	0	22.400
Zinsen	1113100.45***	17.230	44.080	69.910	74.610	93.880

**Darstellung der Maßnahme:**

- Ausschreibung ausgewählter Immobilien
- bei nicht erfolgreichen Verkaufsverhandlungen Einbringen in die Auktion
- Einsparung von Kreditzinsbelastungen durch Tilgung der entsprechenden Kredite (dabei wurde von einem Zinssatz i. H. von 3 % p. a. ausgegangen)
- Reduzierung des Personalbedarfs
- Die Einsparung des Bewirtschaftungsaufwandes und die Reduzierung der Erträge werden durch das Liegenschaftsamt als eigene Maßnahme angemeldet.

**Umsetzungsbedingungen:**

- neben der Verwaltungsspitze müssen die entsprechenden Gremien (Ausschüsse und Stadtrat) die Entscheidung der Veräußerung der Immobilien mittragen
- die Umsetzung muss durch das Liegenschaftsamt (Grundstücksverkehr) erfolgen,
- eventuelle Kapazitätsengpässe im Liegenschaftsamt müssen bei Bedarf durch Externe ausgeglichen werden
- nach erfolgloser Ausschreibung im Amtsblatt und Internet sollten die Objekte in die Grundstücksauktionen gehen (breitere Interessenschicht)

**Umsetzungsfolgen:**

Positive:

- Reduzierung von Zinsbelastungen
- Reduzierung von Personalaufwand
- Reduzierung von Bewirtschaftungsaufwand (jedoch auch Reduzierung von Erträgen aus den Objekten z. B. Mieten, Pachten, Nutzungsgebühren usw.) auch wenn dies gesondert durch das Liegenschaftsamt angemeldet wird

Negative:

- Öffentliche Kritik, da Immobilien in Größenordnungen veräußert werden sollen



**Dezernat:** D1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 17/07

**Amt:** 17

**Maßnahmebezeichnung:** Veräußerung des Objektes Schüffnerstraße 1 (ehemaliger ESC-Stützpunkt)

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1113100, 1113600

Bezeichnung: Kämmereiamt, Zentrale Gebäudebewirtschaftung

**Kurzbeschreibung:**

Durch Verkauf:

- Einsparung von Bewirtschaftungsaufwendungen (Sachkostensparnis)
- Einsatz der Verkaufserlöse zur Tilgung von Krediten (Zinsersparnis)
- Einsparung von Personalkapazitäten nach Vermarktung (Personalkostensparnis)

**Konsolidierungsbeitrag in €:** -11.583

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
1113600.34***	0	0	0	0	-80.504
1113600.42***	0	0	0	0	49.153
1113100.45***	0	0	0	0	4.830
1113600.40***	0	0	0	0	14.938

**Darstellung der Maßnahme:**

- Ausschreibung der Immobilien
- bei nicht erfolgreichen Verkaufsverhandlungen Einbringen in die Auktionen
- Reduzierung des Personalbestands nach Veräußerung der Immobilien
- Einsparung von Kreditzinsbelastungen durch Tilgung der entsprechenden Kredite (dabei wurde von einem Zinssatz i. H. v. 3 % p. a. ausgegangen)
- Einsparung bei Bewirtschaftung (Delta aus Ersparnis Bewirtschaftungsaufwand und Erträgen aus den Objekten)
- Basis für die Ermittlung der Bewirtschaftungsaufwände und -erträge waren die IST-Werte des Jahres 2009
- mittelfristig werden erhebliche Aufwendungen für die Sanierung des maroden Objektes eingespart.

**Umsetzungsbedingungen:**

- neben der Verwaltungsspitze müssen die entsprechenden Gremien (Ausschüsse und Stadtrat) die Entscheidung der Veräußerung der o. g. Objekte mit tragen
- die Umsetzung muss durch das Liegenschaftsamt (Grundstücksverkehr) erfolgen,
- eventuelle Kapazitätsengpässe im Liegenschaftsamt müssen bei Bedarf durch Externe ausgeglichen werden
- nach erfolgloser Ausschreibung im Amtsblatt und Internet sollten die Objekte in die

- Grundstücksauktionen gehen (breitere Interessenschicht)
- um den Konsolidierungsbeitrag bis 2015 erreichen zu können, müssen die Veräußerungen bis spätestens Ende 2014 erfolgen

**Umsetzungsfolgen:**

Positive:

- Reduzierung von Bewirtschaftungsaufwand (jedoch auch Reduzierung von Erträgen aus den Objekten z. B. Mieten, Pachten, Nutzungsgebühren usw.)
- Reduzierung von Personalaufwand
- Reduzierung von Zinsbelastungen



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 17/08

**Amt:** 17

**Maßnahmebezeichnung:**

Vergabe von Altverträgen bei der Innenreinigung von Verwaltungsgebäuden

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1113600

Bezeichnung: Zentrale Gebäudebewirtschaftung

**Kurzbeschreibung:**

Derzeitig wird bereits der Großteil aller Reinigungsaufträge bei Verwaltungsgebäuden, Schulen und Kindertagesstätten im regelmäßigen Rhythmus neu vergeben.

Das BVZ I, Annaberger Straße 89 und das Rathaus, Markt 1 sind derzeit noch nicht in diesem Kreislauf aufgenommen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 40.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	-	0	0	0	0	0
Personalkosten	-	0	0	0	0	0
Sachkosten	1113600.424112	20.000	40.000	40.000	40.000	40.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Neuausschreibung der Verwaltungsgebäude. Danach regelmäßige Vergabe aller 2 - 4 Jahre.

**Umsetzungsbedingungen:**

Die Zusammenarbeit zwischen Vergabestelle und ZVS muss reibungslos funktionieren, damit der anfallende Mehraufwand mit dem bestehenden Personal kompensiert werden kann.

**Umsetzungsfolgen:**

Bestehende Gewohnheiten und Selbstverständlichkeiten bei der Reinigung werden geprüft und ggf. angepasst bzw. abgeschafft. Grundsätzlich gibt es keine negativen Folgen.



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 17/09

**Amt:** 17

**Maßnahmebezeichnung:**

Kürzung der 24h-Bewachungsleistung im Rathaus

**Produktuntergruppe:**

Nr.: 1113600

Bezeichnung: Zentrale Gebäudebewirtschaftung

**Kurzbeschreibung:**

Derzeitig wird das Rathaus als einziges Gebäude der SVC von einer Wachschutzfirma rund um die Uhr bewacht. Die nächtliche und am Wochenende (Sonntag) stattfindende feste Bewachung kann durch eine regelmäßige Bestreifung des Gebäudes abgeschafft werden.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 25.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	-	0	0	0	0	0
Personalkosten	-	0	0	0	0	0
Sachkosten	1113600.424112	15.000	25.000	25.000	25.000	25.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Teilkündigung und Neuverhandlung des bestehenden Bewachungsvertrages. Einstellung der bestehenden 24h-Bewachung und teilweises Ersetzen durch Wachschutzbestreifung.

**Umsetzungsbedingungen:**

Bereitschaft der Wachschutzfirma zur Neuverhandlung. Ansonsten erfolgt eine Kündigung und Neuausschreibung des Vertrages. Voraussetzung ist das Einverständnis der Verwaltungsspitze und der Fraktionen. Die Hausordnung ist entsprechend anzupassen.

**Umsetzungsfolgen:**

Grundsätzlich gibt es keine negativen Folgen, da die Sicherung des Hauses weiterhin den Standards entspricht. Der Einlassdienst für den Bürgerverkehr im Rahmen der Öffnungszeiten ist von dieser Maßnahme nicht betroffen.



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 17/10

**Amt:** 17

**Maßnahmebezeichnung:**

Verbesserung der Zusammenarbeit mit A65, A51 und A40

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 2111000

Bezeichnung: Grundschulen

**Kurzbeschreibung:**

Derzeit besteht eine ungenügende Zusammenarbeit bei der Reinigung im Rahmen von Baumaßnahmen zwischen ZGB, A65 und A40. Diese soll verbessert werden, damit Kosteneinsparungen durch bessere Koordination der Vorraussetzungen für die Gebäudeinnenreinigung realisiert werden können.

Außerdem muss die Zusammenarbeit bei der Hortnutzung in Schulen zwischen ZGB und A51 verbessert werden.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 10.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	-	0	0	0	0	0
Personalkosten	-	0	0	0	0	0
Sachkosten	2111000.424131	5.000	10.000	10.000	10.000	10.000

**Darstellung der Maßnahme:**

- Einsatz einer Reinigungsfirma für Bau- und Unterhaltsreinigungen
- Hortnutzung in Schulen auf ein angemessenes Verhältnis zwischen Fläche und Anzahl Kinder reduzieren
- Einsatz von Bodenbelägen, welche geringe Folgekosten bei der Unterhaltsreinigung verursachen

**Umsetzungsbedingungen:**

Das Hochbauamt und Schulverwaltungsamt muss die ZGB bereits in den Planungsphasen zwingend einbinden. Das Amt für Jugend und Familie muss die nicht zwingend notwendige Raumnutzung durch den Hortbereich konsequent eindämmen.

**Umsetzungsfolgen:**

Grundsätzlich bestehen keine negativen Folgen. Eventuell können nicht alle Nutzerwünsche (Hortnutzung, farbige Bodenbeläge usw.) umgesetzt werden.



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 17/11

**Amt:** 17

**Maßnahmebezeichnung:**

Entmietung des Ausweichobjektes - Bruno-Salzer-Straße 12

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1113600

Bezeichnung: Zentrale Gebäudebewirtschaftung

**Kurzbeschreibung:**

Komplettaufgabe des Objektes bzw. der Räumlichkeiten bis 31.12.2011. Die Mitarbeiter, welche derzeit in der Bruno-Salzer-Straße 12 untergebracht sind, werden zukünftig im Technischen Rathaus untergebracht.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 79.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	-	0	0	0	0	0
Personalkosten	-	0	0	0	0	0
Sachkosten	1113600.42***	0	74.000	79.000	79.000	79.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Durch die Entmietung des Objektes und die Unterbringung der Mitarbeiter in ein Bestandsobjekt können die kompletten Bewirtschaftungsaufwendungen eingespart werden. Die Basis für die Ermittlung des Konsolidierungsbeitrages sind die IST-Werte des Jahres 2009.

**Umsetzungsbedingungen:**

Durch den anstehenden Personalrückgang werden Raumkapazitäten in den Bestandsimmobilien frei, welche für die Unterbringung der Bediensteten der Bruno-Salzer-Straße 12 genutzt werden müssen.

**Umsetzungsfolgen:**

Grundsätzlich bestehen keine negativen Folgen.



Dezernat: 1

Maßnahmenummer (Amt/Nr.): 18/01

Amt: 18

**Maßnahmebezeichnung:** Neugorganisation IuK-Organisation**Produktuntergruppe:**Nr. : 221100/ /1112100/ 1116100/ 3518000/ 3636000/  
4141000/1112600/1116200Bezeichnung: Ordnungsaufgaben A32/ Personanangelegenheiten/Zentrale  
Verwaltungsdienste/ Sonst. soziale Angelegenheiten-örtl. Träger/  
Übrige Leistungen Amt f. Jugend u. Familie/  
Gesundheitspflege/Organisationsangelegenheiten/  
Datenverarbeitung und Kommunikation**Kurzbeschreibung:**

Mit der Bildung eines Kompetenzzentrums IuK wird die Aufgabenverteilung (zentral und dezentral) neu organisiert. Die vorhandenen Kapazitäten werden organisatorisch konzentriert, um eine bessere Aussteuerung der vorhandenen Ressourcen (Personal und Finanzen) zu erreichen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 536.200

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1221100	54.800,00	51.400,00	51.400,00	51.400,00	51.400,00
Personalkosten	1112100	54.800,00	58.400,00	58.400,00	58.400,00	58.400,00
Personalkosten	1116100		58.400,00	58.400,00	58.400,00	58.400,00
Personalkosten	3518000		51.400,00	51.400,00	51.400,00	51.400,00
Personalkosten	3636000		58.400,00	58.400,00	58.400,00	58.400,00
Personalkosten	4141000		58.400,00	58.400,00	58.400,00	58.400,00
Personalkosten	1112600	53.600,00	58.400,00	63.300,00	116.800,00	116.800,00
Personalkosten	1116200			45.400,00	183.000,00	183.000,00
Sachkosten		0,00	-50.000,00	-100.000,00	-100.000,00	-100.000,00

**Darstellung der Maßnahme:**

Zusammenführung und Anpassung der aufbauorganisatorischen Strukturen. Dazu gehört die Bildung eines Kompetenzzentrums (Center of Excellence - CoE), um das notwendige Wissen zu bündeln und somit die Ressourcenauslastung (Einsatzmittel und Personal) optimal zu steuern. Weiterhin lassen sich mit diesen Strukturveränderungen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Vergabe von IT-Leistungsanteilen etablieren. Die Architekturkompetenz verbleibt intern. Das CoE hat die wesentliche Aufgabe, aktiv die Gestaltung und Entwicklung optimaler Lösungen für die Verwaltungsaufgaben voranzutreiben. Zu den weiteren Aufgaben des CoE gehören das IT-Service-Management, das Risikomanagement, die Überwachung der Einhaltung städtischer IT-Regelungen und das Programm- und Portfoliomanagement.

Innerhalb des CoE ist der Aufbau eines Unterstützungssystems für die Anwender - ein User-Help-Desk - (UHD) vorgesehen. Der UHD ist vorrangig für die zentrale Unterstützung von Anwendern von Hard- und Software vorgesehen. Neben dem Problemmanagement (z. B. Problemaufnahme, Problembehebung) soll auch das Änderungsmanagement zentral über den UHD erfolgen. Der Einsatz spezieller Werkzeuge (z. B. Fernwartung, Live Support, Wissensmanagement) sichert die notwendige Qualität des UHD.

Aufbau eines IT-Controllingsystems. Das IT-Controlling umfasst die strategische Entwicklung der IT, das Projekt-, Produkt- und Infrastrukturcontrolling. Mit dem IT-Controlling erhält die Verwaltung ein Planungs-, Bewertungs- und Führungsinstrument zur

- Abstimmung der IT-Leistungen mit den Bedarfsträgern
- Verbesserung des IT-Leistungsangebots hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Effizienz, Qualität und Zuverlässigkeit
- Steuerung der IT-Leistungsprozesse
- Anpassung des IT-Leistungsangebots an die Dynamik der Geschäftsprozesse durch technische und organisatorische Innovationen.

**Umsetzungsbedingungen:**

- ca. 500 T€ Investitionen und jährliche Folgekosten von 100 T€ je nach Ausbaustufe
- Einrichtung eines zentralen Hardware- und Lizenzpools im Amt 18, Entfall der festen Zuordnung in das Inventar der Ämter
- Abschluss der Maßnahme in 2011
- Einführung der KLR

	Maßnahme- nummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen		250000	250000			
Zuschüsse						

**Umsetzungsfolgen:**

- Neuorganisation der Zusammenarbeit zwischen zentraler IT und den Anwendern von IT, d. h. unter anderem strikte Trennung von Aufgaben, die von den Anwendern übernommen werden (Key User-Aufgaben) und von Supportaufgaben. Der Support untergliedert sich in verschiedene Stufen (1st-, 2nd-, und 3rd-Level)
- Identifizierung geeigneter Mitarbeiter in den Fachbereichen, denen die Aufgabe als Key User und wo sinnvoll auch die Aufgaben des 1st-Level-Supportes übertragen werden können
- Umbau des zentralen IT-Betriebs zum zentralen User Help Desk der SVC mit standardisierten Prozessabläufen
- Qualitätsverbesserung, Steigerung der Betriebseffizienz und Reduzierung von Supportkosten und Personalaufwand
- Lösungs- und Systemauswahl erfolgt zentral, dezentral werden Anforderungen formuliert
- Aufbau einer zentralen Datenpflege zur Harmonisierung von Fach- und Objektdaten, dadurch Entfall redundanter Datenpflege
- Verrechnung der zentralen Leistungen an die Fachämter



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 18/02

**Amt:** 18

**Maßnahmebezeichnung:** Einführung von e-Government zur Verwaltungsmodernisierung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : derzeit noch offen

Bezeichnung: -

**Kurzbeschreibung:**

Die Aufbau- und Ablauforganisation der Stadtverwaltung Chemnitz ist so auszurichten, dass ein effizientes und modernes Verwaltungshandeln bestmöglich unterstützt wird. Die interne und externe Leistungserstellung soll sowohl effizient und wirtschaftlich als auch kundenorientiert erfolgen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 1.800.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						4500000
Sachkosten						-2700000

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Verwaltung beginnt in ausgewählten Bereichen mit der Änderung der Abläufe von der Aufgaben- zur Prozessorientierung. Damit verbunden ist die Einführung eines elektronischen Vorgangsbearbeitungs- und Dokumentenmanagementsystems. Auf Grundlage der Potentialanalyse zu den Produkten und Leistungen der SVC sowie der Analyse der Dokumentenstrukturen in den Ämtern 32 und 33 werden die mit Priorität 1 und 2 bewerteten Produktbereiche mit den Möglichkeiten von e-Government umgesetzt. Zeitnah erfolgt der Aufbau eines Servicecenters nach den Vorgaben der D115. Damit können die Informations- und Kommunikationsleistungen gebündelt und die Fachbereiche entlastet werden. Weiterhin wird der Zugang zu den Produkten und Leistungen elektronisch über ein Service- und Dienstleistungsportal bereitgestellt. Somit kann die Abwicklung von externen und internen Massenprozessen elektronisch erfolgen. Für Bürger und Unternehmen wird ein Kundenkonto unter Beachtung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) eingerichtet, welches später auch mit dem elektronischen Personalausweis genutzt werden kann.

**Umsetzungsbedingungen:**

- Erarbeitung und Beschluss des derzeit in Erarbeitung befindlichen e-Government-Masterplanes (Fraunhofer/Einzelvorlagen) und der durch konkrete Umsetzungsmaßnahmen plausibilisierten Zielerreichung
- Akzeptanz und Unterstützung durch Verwaltungsspitze, Personalrat, Beauftragte der Verwaltung und Stadtrat
- Sicherstellung des zusätzlichen geschätzten Investitionsbedarfs von 6 bis 7 Mio. € bis 2015

für die Modernisierung und Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur sowie Anpassung des organisatorischen Rahmens im Bereich der IT an die durch e-Government gesetzten Anforderungen auf Basis eines konkreten Projekt- und Investitionsplanes und des daraus entstehenden Nutzens

- Integriertes Projektmanagement aus Fachamt, Organisation und IT
- Einrichtung einer Stelle (1 AE) Wissensmanagement
- enges Controlling bei der Umsetzung der im Masterplan festgelegten Projekte
- Anpassung bestehender nach innen und außen wirkender dienstlicher Regelungen (DA, Satzungen)
- Vorbereitung des Personals auf die Veränderungen im Arbeitsumfeld durch frühzeitige Einbindung (Verantwortung, Qualifizierungsbedarf, Neuorganisation der Arbeitsabläufe, verstärkte Bildschirmarbeit)
- Wegen der Menge der Informationen und der Zugangsmöglichkeiten zu personenbezogenen Daten, die eine Leistungs- und Verhaltenskontrolle ermöglichen, bedarf es eines umfassenden Schutzes der Persönlichkeitsrechte und eines nachvollziehbaren Mitarbeiterdatenschutzes
- Bereitstellung der notwendigen Arbeitsplatzausstattung für Mitarbeiter

	<b>Maßnahme- nummer</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Investitionen		2000000	2000000	1500000	1000000	500000
Zuschüsse						

#### **Umsetzungsfolgen:**

- Neuausrichtung und Optimierung der Verwaltungsarbeit durch schrittweise Umstellung auf Prozessorientierung z. B. für folgende Produktbereiche: Kfz-Zulassung, Führerscheinwesen, Gewerbe, Ordnungswidrigkeiten, Meldewesen, Personalverwaltung, Beschaffung, Haushalt
- Einführung der elektronischen Aktenführung, Vorgangsbearbeitung und Dokumentenmanagement als Pilot in den Ämtern 32 und 33
- umfassende Einführung von e-Government in den bürger- und unternehmensnahen Ämtern
- Aufbau und Inbetriebnahme eines Call-Centers im Rahmen der D115
- Ausbau des Onlineangebotes EU-DLR zu einem Dienstleistungsportal für Bürger und Unternehmen für eine Vereinfachung des Zugangs zu Verwaltungsleistungen
- Modernisierung der IT-Infrastruktur und Einführung der wesentlichen Komponenten zur Umsetzung von e-Government in der Verwaltung
- Etablierung eines Wissensmanagers zum Aufbau eines strukturierten Wissensmanagementsystems, damit verbunden Harmonisierung der im Internet und Intranet bereitgestellten Informationen
- alle Informations- und Auskunftsdienste werden so gestaltet, dass sie im benötigten Umfang über alle Zugangswege (vor Ort, telefonisch oder online) einheitlich und zentral über ein Wissensportal zur Verfügung stehen
- die Bearbeitung interner Massenprozesse erfolgt zukünftig interaktiv über das Intranet (Urlaubsanträge, Personalzeiterfassung, Reisemanagement, Beschaffung, Haushaltsplanung und –bewirtschaftung)
- einheitliche Prozessdokumentation und –messung (Tätigkeiten + Aufwand)



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 37/01

**Amt:** 37

**Maßnahmebezeichnung:** Keine Wiederbesetzung der Planstelle SB Zivil- und Katastrophenschutz

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 12800  
Bezeichnung: Katastrophenschutz

**Kurzbeschreibung:**

Keine Wiederbesetzung der Planstelle SB Zivil- und Katastrophenschutz nach Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 51.440

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1280040110000	8.573	51.440	51.440	51.440	51.440
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Aufgaben des bisherigen Sachbearbeiters Zivil- und Katastrophenschutz werden amtsintern umverteilt.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 37/02

**Amt:** 37

**Maßnahmebezeichnung:** Absenkung um 2 Funktionsstellen im Brandschutz

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 12600

Bezeichnung: Brandschutz

**Kurzbeschreibung:**

Absenkung um 2 Funktionen im Brandschutz

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 433.980

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1260040110000	433.980	433.980	433.980	433.980	433.980
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Ausrückestärke der Feuerwehr Chemnitz wird um 2 Funktionen reduziert. Die Reduzierung erfolgt um jeweils 1 Funktion auf den Feuerwachen 2 und 3. Dadurch ist eine Reduzierung des Personalbestandes um 9 AE möglich.

Der derzeit gültige Brandschutzbedarfsplan der Stadt Chemnitz muss im Stadtrat in der geänderten Variante neu beschlossen werden. Umsetzung realistisch ab 2011.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Auf den Feuerwachen 2 und 3 können die Tanklöschfahrzeuge künftig nicht mehr besetzt werden. Löschwasser muss im Bedarfsfall nachgeführt werden. Die gesetzlich vorgegebenen Hilfsfristen in der vorgeschriebenen Stärke werden trotzdem eingehalten.



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 37/03

**Amt:** 37

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung des Personalbestandes der Feuerwehr Chemnitz durch Einstellung des Krankentransportes

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 12600 und 12700

Bezeichnung: Brandschutz und Rettungsdienst

**Kurzbeschreibung:**

Der Krankentransport stellt körperliche Schwerarbeit unter Dauerbelastung dar und führt zu hohen krankheitsbedingten Ausfällen. Bei Wegfall des Krankentransportes ist eine Reduzierung des Personalausfallfaktors von derzeit 4,5 auf 4,4 realistisch. Eine Neubemessung des Personalbestandes könnte ab 2012 erfolgen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 114.580

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	12600.40110.000 12700.40110.000		114.580	114.580	114.580	114.580
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Der Personalausfallfaktor ist eine Größe die kennzeichnet, wie viel AE erforderlich sind, um eine Funktion im Brandschutz rund um die Uhr ganzjährig besetzen zu können. Der Faktor beträgt bei der Feuerwehr Chemnitz aktuell 4,5, d. h. 4,5 Bedienstete sind erforderlich, um 1 Funktion besetzen zu können.

Wenn der Ausfallfaktor um 0,1 gesenkt wird, entspricht das bei 42 zu besetzenden Funktionen ca. 4,2 AE, die perspektivisch eingespart werden könnten. Es handelt sich um eine Prognose; ob diese eintritt, ist u.a. davon abhängig, wann die Feuerwehr Chemnitz den Krankentransport als Leistungserbringer abgibt. Dies ist realistisch ab dem 01.01.2012.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Leistung Krankentransport Anteil Feuerwehr muss vom Träger neu vergeben werden. Feuerwehr ist künftig ausschließlich in der Notfallrettung tätig.



Dezernat: 1

Maßnahmenummer (Amt/Nr.): 40/01

Amt: 40

**Maßnahmebezeichnung:** Objektausgaben Förderschulen**Produktuntergruppe:**

Nr. : 2216000

Bezeichnung: Förderschulen

**Kurzbeschreibung:**

- Aufgabe des Objektes Stollberger Str. 25 - Sprachheilschule

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 180.532

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	2216000.40121000		16.937,92 €	40.651,00 €	40.651,00 €	40.651,00 €
Sachkosten	2216000.42411100		-1.250,00 €	-3.000,00 €	-3.000,00 €	
	2216000.42111000		8.291,67 €	19.900,00 €	19.900,00 €	19.900,00 €
	2216000.42211000		2.500,00 €	6.000,00 €	6.000,00 €	6.000,00 €
	2216000.42411100		23.583,33 €	56.600,00 €	56.600,00 €	56.600,00 €
	2216000.42413100		10.833,33 €	26.000,00 €	26.000,00 €	26.000,00 €
	2216000.42414000		458,33 €	1.100,00 €	1.100,00 €	1.100,00 €
	2216000.42415100		-203,33 €	-488,00 €	-488,00 €	
	2216000.42416100		-181,13 €	-434,70 €	-434,70 €	
	2216000.44319100		-20.000,00 €			
	6121000.45171000					30.281,00 €

**Darstellung der Maßnahme:**

Durch Aufgabe von Schulobjekten wird eine optimierte Kapazitätsauslastung angestrebt.

Die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse beträgt in den Förderschulen in Sachsen 9,6 Schüler (Stand: Schuljahr 2007/08), in Chemnitz 10,3 Schüler (Stand: Schuljahr 2009/10).

Die Beendigung der Nutzung des genannten Objektes durch die Schule wird für Ende des Schuljahres 2011/2012 angesetzt.

Es wird von folgenden Rahmenbedingungen ausgegangen:

- Für die Beräumung und den Umzug werden pro Objekt 20.000,00 € angenommen.
- Sonstige Anliegerpflichten werden durch die jeweiligen Schulhausmeister wahrgenommen.
- Das Objekt wird im Jahr 2014 veräußert.

**Umsetzungsbedingungen:**

- Beschulung der Schüler in Arno-Schreiter-Str.1/3

**Umsetzungsfolgen:**

- Eingriff in die Schulnetzplanung Förderschulen
- Aufhebung des Einzelstandortes Stollberger Straße 25
- Die Ganztagsbetreuung am Standort Arno-Schreiter-Str.1/3 muss ausgebaut werden.
- Erhöhung der Schülerbeförderungskosten kann derzeit nicht abgeschätzt werden, wird jedoch den Konsolidierungsbeitrag nicht wesentlich beeinflussen.



Dezernat: 1

Maßnahmenummer (Amt/Nr.): 40/02

Amt: 40

**Maßnahmebezeichnung:** Objektausgaben für Berufsbildende Schulen**Produktuntergruppe:**

Nr. : 2311000  
 Bezeichnung: Berufsbildende Schulen

**Kurzbeschreibung:**

- Aufgabe des Objektes Weststraße 19, Außenstelle des BSZ für Wirtschaft II

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 72.731,00

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	2311000.42111000		2.666,67 €	6.400,00 €	6.400,00 €	6.400,00 €
	2311000.42211000		358,33 €	860,00 €	860,00 €	860,00 €
	2311000.42411100		14.250,00 €	34.200,00 €	34.200,00 €	34.200,00 €
	2311000.42413100		5.708,33 €	13.700,00 €	13.700,00 €	13.700,00 €
	2311000.42414000		833,33 €	2.000,00 €	2.000,00 €	2.000,00 €
	2311000.42415100		-240,00 €	-576,00 €	-576,00 €	
	2311000.42416100		-703,83 €	-1.689,20 €	-1.689,20 €	
	2311000.44319100		-20.000,00 €			
	6121000.45171000					15.571,00 €

**Darstellung der Maßnahme:**

Durch Aufgabe von Schulobjekten wird eine optimierte Kapazitätsauslastung angestrebt.

Die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse beträgt in den Berufsbildenden Schulen in Sachsen 21 Schüler (Stand: Schuljahr 2007/08), in Chemnitz 21,8 Schüler (Stand: Schuljahr 2009/10).

Die Beendigung der Nutzung des genannten Objektes durch die Schule wird für Ende des Schuljahres 2011/2012 angesetzt.

Es wird von folgenden Rahmenbedingungen ausgegangen:

- Für die Beräumung und den Umzug werden pro Objekt 20.000,00 € angenommen.
- Sonstige Anliegerpflichten werden durch die jeweiligen Schulhausmeister wahrgenommen.
- Die Objekte werden im Jahr 2014 veräußert.

**Umsetzungsbedingungen:**

Unterbringung der Berufe in der Außenstelle des BSZ für Wirtschaft II, Wielandstraße 4, sowie bei Bedarf in anderen Chemnitzer Schulzentren muss differenziert geprüft werden.

**Umsetzungsfolgen:**

- Eingriff in die Schulnetzplanung Berufsbildende Schulen
- Aufhebung der Außenstelle des BSZ für Wirtschaft II, Weststraße 19
- Unterbringung der Berufe in der Außenstelle des BSZ für Wirtschaft II, Wielandstraße 4, sowie bei Bedarf in anderen Chemnitzer Schulzentren.
- Bei stärkerer Nutzung des Objektes Wielandstraße 4 durch das BSZ für Wirtschaft II ist mit Erhöhung der Bewirtschaftungskosten zu rechnen, welche jetzt noch nicht einschätzbar sind. Der Konsolidierungsbeitrag wird dadurch nicht wesentlich beeinflusst.



Dezernat: 1

Maßnahmenummer (Amt/Nr.): 40/03

Amt: 40

**Maßnahmebezeichnung:** Budgeteinsparung der unterrichtsergänzenden Fahrten -  
Unterrichtswegekosten

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 2111000; 2151000; 2181000; 2171000; 2215000; 2217000;  
2212000; 2216000

Bezeichnung: Grundschulen, Mittelschulen, Chemnitzer Schulmodell;  
Gymnasien; Schulen zur Lernförderung; Schule für  
Erziehungshilfe; Schule für Hörgeschädigte; Sprachheilschulen

**Kurzbeschreibung:**

Einsparung der Unterrichtswegekosten für unterrichtsergänzende Fahrten

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 34.876

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	2111000.42730000	12.672,00 €	12.672,00 €	12.672,00 €	12.672,00 €	12.672,00 €
	2151000.42730000	8.059,20 €	8.059,20 €	8.059,20 €	8.059,20 €	8.059,20 €
	2181000.42730000	794,20 €	794,20 €	794,20 €	794,20 €	794,20 €
	2171000.42730000	10.744,00 €	10.744,00 €	10.744,00 €	10.744,00 €	10.744,00 €
	2215000.42730000	1.404,00 €	1.404,00 €	1.404,00 €	1.404,00 €	1.404,00 €
	2217000.42730000	256,20 €	256,20 €	256,20 €	256,20 €	256,20 €
	2212000.42730000	201,40 €	201,40 €	201,40 €	201,40 €	201,40 €
	2216000.42730000	745,80 €	745,80 €	745,80 €	745,80 €	745,80 €

**Darstellung der Maßnahme:**

Im Rahmen des Schulbudgets werden den Schulen pro Haushaltsjahr pro Schüler eine Hin- und Rückfahrt für unterrichtsergänzende Fahrten (Unterrichtswege z. B. Besuch Botanischer Garten, Tierparkschule usw.) zur Verfügung gestellt.

**Umsetzungsbedingungen:**

- Budgetausreichung für die Schulen ändern
- Änderung der Schülerbeförderungskostensatzung der Stadt Chemnitz mit Wirkung Beginn Schuljahr 2011/12

**Umsetzungsfolgen:**

- Verlagerung der Kosten auf die Eltern (Für Schüler mit Schülerfahrkarten bzw. Monatskarten fallen keine weiteren Kosten an.)
- Ab 01.01.2011 tritt vorbehaltlich der Beschlussfassung im Bundesrat am 17.12.2010 das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in Kraft. In dieser Fassung ist eine Leistungserbringung an Hartz 4-Empfänger für die Teilnahme an eintägigen Schulausflügen enthalten.



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 40/04

**Amt:** 40

**Maßnahmebezeichnung:** Erhöhung der Eigenanteilszuschüsse

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 2411000

Bezeichnung: Erstattungen von übrigen Bereichen

**Kurzbeschreibung:**

- Erhöhung der Eigenanteilszuschüsse bei Besonderen Beförderungsleistungen
- Erhöhung der Eigenanteilszuschüsse bei Nutzung Schulbus von bisher 8,00 €/Monat auf neu 12,20 €/Monat

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 62.332

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	2411000.34881000	4.628,00 €	9.255,00 €	9.255,00 €	9.255,00 €	9.255,00 €
	2411000.34882000	21.231,00 €	53.077,00 €	53.077,00 €	53.077,00 €	53.077,00 €
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Schülerbeförderung ist eine Pflichtaufgabe. Die Stadt Chemnitz regelt in der Schülerbeförderungskostensatzung die Anspruchsberechtigung, die Kostenerstattung, die Art der Beförderung für Schülerinnen und Schüler an kommunalen Schulen, Schulen in Landsträgerschaft und Schulen in freier Trägerschaft sowie die Erhebung von Eigenanteilen nach Maßgabe der jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften.

Es wird eine Erhöhung des Kostendeckungsgrades durch Erhöhung des Eigenanteils der Eltern bei der Besonderen Beförderungsleistung sowie bei Einsatz von Schulbussen mit Erhebung des Eigenanteils angestrebt. Dabei wird von den derzeitigen Schülerzahlen sowie den Rechnungsergebnissen 2009 der Ausgaben für Besondere Beförderungsleistung bzw. Schulbus ausgegangen.

Besondere Beförderungsleistungen (Beförderung durch private Fahrunternehmen) werden im Rahmen der Schülerbeförderungskostensatzung der Stadt Chemnitz auf Antrag nur für Schülerinnen und Schüler mit entsprechender Behinderung an Förderschulen und für Schülerinnen und Schüler an Schulen mit LRS-Klassen (Lese-Rechtschreib-Schwäche) angeboten.

Schulbusse werden nach den Maßgaben der VwV Schulwegsicherung zur Beförderung von Schülern eingesetzt. Ein Schulbuseinsatz wird demzufolge dann organisiert, wenn den Schülern nicht zugemutet werden kann zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule zu

gelangen und kein adäquates ÖPNV-Angebot besteht. So werden beispielsweise Grundschüler aus Adelsberg mit einem Schulbus zur Grundschule Reichenhain befördert.

Eine Erhöhung des Kostendeckungsgrades durch Erhöhung des Eigenanteils der Eltern bei der Besonderen Beförderungsleistung stellt sich wie folgt dar:

jährliche Einnahmen	Mehreinnahmen	Kostendeckungsgrad
2009 176.924,00 €		9,7 %
Erhöhung um 30% 230.001,20 €	53.077,20 €	13,0 %

Eine Erhöhung des Kostendeckungsgrades durch Erhöhung des Eigenanteils der Eltern bei Einsatz von Schulbussen mit Erhebung des Eigenanteils stellt sich wie folgt dar:

bisher:	8,00 €/Monat	neu:	12,20 €/Monat
	11.484,80 €		20.740,00 €
Mehreinnahme			9.255,20 €
Kostendeckungsgrad	15,1 %		27,3 %
(Rechnungsergebnis 2009 Ausgaben Schulbus			76.085,23 €)

**Umsetzungsbedingungen:**

- Änderung der Schülerbeförderungskostensatzung der Stadt Chemnitz mit Wirkung Beginn Schuljahr 2011/12

**Umsetzungsfolgen:**

- Verlagerung der Kosten auf die Eltern



Dezernat: 1

Maßnahmenummer (Amt/Nr.): 40/05

Amt: 40

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung Personalkosten in den Schulsekretariaten**Produktuntergruppe:**

Nr. : 21110, 21510, 21710, 22120, 22150, 22170, 23110

Bezeichnung: Personalkosten in Schulsekretariaten

**Kurzbeschreibung:**

Kürzung der Stellenkapazität in den Schulsekretariaten um 6,237 AE

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 196.051

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	2311000.40121000	140.156 €	140.156 €	140.156 €	140.156 €	140.156 €
	2217000.40121000	8.130 €	8.130 €	8.130 €	8.130 €	8.130 €
	2171000.40122000	5.082 €	10.163 €	10.163 €	10.163 €	10.163 €
	2171000.40121000	10.163 €	10.163 €	10.163 €	10.163 €	10.163 €
	2151000.40121000	25.406 €	25.406 €	25.406 €	25.406 €	25.406 €
	2111000.40121000	2.033 €	2.033 €	2.033 €	2.033 €	2.033 €
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Den Schulleitern wird entsprechend dem Schulgesetz kommunales Personal für Sekretariats-, Haushalts- u. Verwaltungsaufgaben zur Verfügung gestellt. Für die Bemessung der Stellenkapazität werden die schulartspezif. Aufgaben u. die Anzahl der Schüler berücksichtigt. Entsprechend dem für die Stadt Chemnitz festgelegten Normativ für die Schulsekretariate erfolgt eine Anpassung der Sekretariatskapazität durch Reduzierung von 6,237 AE.

**Umsetzungsbedingungen:**

Die Maßnahme ist abhängig von der Entwicklung der Schülerzahlen. Von den 6,237 AE werden bereits 1,162 AE im Rahmen der zum 01.01.2011 freibleibenden 180 Stellen abgebaut. Der Abbau weiterer 5,075 AE erfolgt schrittweise.

**Umsetzungsfolgen:**

Schulsekretärinnen werden für Umsetzungen frei.



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 40/06

**Amt:** 40

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung Personalkosten Amt 40

**Produktuntergruppe:**

Nr. :

Bezeichnung: Personalkosten Amt 40

**Kurzbeschreibung:**

Kürzung der Stellenkapazität im Amt 40 um 1,00 AE.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 51.440

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	2431009.40211000			51.440 €	51.440 €	51.440 €
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die laut Schulgesetz für den Freistaat Sachsen vorgegebenen Schulträgeraufgaben werden zum überwiegenden Teil vom Schulverwaltungsamt realisiert. Durch die Schulnetzanpassung im Bereich der Förderschulen und Beruflichen Schulzentren sollen die Objekte Stollberger Str. 25 und Weststr. 19 aufgegeben werden. Damit reduzieren sich die Aufgaben im Bereich Bewirtschaftung, so dass eine Stellenreduzierung um 1,00 AE vorgeschlagen wird.

**Umsetzungsbedingungen:**

Die Maßnahme ist abhängig vom Freizug der Objekte Weststraße 19 und Stollberger Str. 25.

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 40/07

**Amt:** 40

**Maßnahmebezeichnung:** Übergabe Therapieleistungen an Klinikum Chemnitz gGmbH

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 2214000

Bezeichnung: Therapie am Sonderpädagogischen Förderzentrum Chemnitzer Körperbehindertenschule

**Kurzbeschreibung:**

Zur Gewährleistung der Teilnahme von körperbehinderten Kindern und Jugendlichen am Unterricht werden in der Körperbehindertenschule therapeutische Behandlungen laut ärztlicher Verordnung durch kommunale Therapeuten erbracht.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 62.915

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						-129.985 €
Personalkosten						192.900 €
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Um die Teilnahme von körperbehinderten Kindern und Jugendlichen am Unterricht zu ermöglichen, sind im Laufe des Schulbetriebes therapeutische Maßnahmen erforderlich. Diese Aufgaben werden zum Teil von kommunalen Physiotherapeuten wahrgenommen.

In der Einrichtung werden noch weitere therapeutische Leistungen durch das Klinikum Chemnitz (Physiotherapie) sowie durch freie Niederlassungen (Ergotherapie und Logopädie) erbracht.

Die Realisierung der therapeutischen Aufgaben durch unterschiedliche Träger erfordert ein hohes Maß an Abstimmung. Die Zuordnung eines Teils der in diesem Bereich Beschäftigten zum Schulverwaltungsamt ermöglicht einerseits eine intensive Zusammenarbeit bei der Betreuung des einzelnen Schülers, es erfordert allerdings andererseits Fachkompetenz für die Kapazitäts- und Einsatzplanung sowie Einschätzung erforderlicher Fortbildungen. Die Erbringung weiterer therapeutischer Leistungen durch andere freie Niederlassungen erschwert die ganzheitliche Betreuung.

Die Entwicklung des Bedarfs an therapeutischen Leistungen ist nicht beeinflussbar.

**Umsetzungsbedingungen:**

Für die Übergabe des Therapiebereiches der Körperbehindertenschule an das Klinikum Chemnitz ist ein separierbarer Bereich zu schaffen, um dem Klinikum die Zulassung durch die Kassenärztliche Vereinigung zu ermöglichen. Das kann unter den gegenwärtigen

baulichen Bedingungen nicht erreicht werden. Für die Übergabe ist der Neubau der Körperbehindertenschule erforderlich.

Die Höhe der Investitionen für den Therapiebereich ist Bestandteil der Gesamtinvestition für die Körperbehindertenschule. Sie wurde nicht separat ermittelt.

**Umsetzungsfolgen:**

- Klärung der Verfahrensweise zu Personalübergang, Gebäude und Mobiliar

\* Die dargestellten Beträge in der Tabelle "Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags" entsprechen bei den Ertägen dem vorläufigen Rechnungsergebnis von 2009.

\*\*Die Sachkosten für diesen Bereich können nicht ermittelt werden. Die Behandlungen erfolgen zum Teil dezentral und es besteht in der Einrichtung keine Medientrennung.



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 40/08

**Amt:** 40

**Maßnahmebezeichnung:** Erhöhung des Nutzungsentgeltes für das Internat am Sportgymnasium

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 2431008

Bezeichnung: Internat am Sportgymnasium

**Kurzbeschreibung:**

Die Nutzung des Internates erfolgt auf der Basis von Nutzungsverträgen. Mit der Erhöhung der Nutzungsentgelte sollen Mehreinnahmen erzielt werden.

Die Überführung der Einrichtung in freie Trägerschaft ist weiter zu verfolgen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 112.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	2431008.33211110	112.000	112.000	112.000	112.000	112.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Das Internat verfügt über 216 Plätze.

Die Internatskapazität ist durchschnittlich zu 90 % ausgelastet.

Eine Verbesserung des Kostendeckungsgrades für das Internat soll durch Entgelterhöhung erreicht werden.

Um kostendeckend zu arbeiten, müsste auf der Basis von 12 Monaten (bei Jahresverträgen) ein monatlicher Betrag in Höhe von 491,00 € erhoben werden. Bei Tagesverträgen wäre ein Betrag in Höhe von 23,60 € erforderlich.

Die letzte Anpassung der Entgelte erfolgte im Jahr 2001. Es wird eine Erhöhung des jetzigen Entgeltes um 27 % vorgeschlagen.

Gegenüberstellung des Entgeltes alt/neu

	Entgelt alt €	Entgelt neu €
<b>Jahresvertrag</b>	153,50/ Monat	195,00/ Monat
<b>Tagesvertrag</b>	13,00/ Tag	17,00/ Tag

Die zu erbringenden Entgelte müssen von den Schülern und Auszubildenden nur teilweise aufgebracht werden, da die Möglichkeit besteht, über Fördermittel eine Refinanzierung zu erhalten. Die Höhe der monatlichen Zuschüsse ist einzelfallabhängig.

**Umsetzungsbedingungen:**

- Beschluss zur neuen Entgeltordnung für das Internat

**Umsetzungsfolgen:**

Erneuerung aller bestehenden Nutzungsverträge (Änderung von ca. 195 Verträgen)



**Dezernat:** 1

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 40/09

**Amt:** 40

**Maßnahmebezeichnung:** Konsolidierungsprozess Bereich Bildung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 2431009

Bezeichnung: Sonstige schulische Aufgaben-Querschnitt

**Kurzbeschreibung:**

Einsparung von 3 AE durch die Bildung des Fachbereiches Bildung

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 150.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten			50.000,00 €	100.000,00 €	150.000,00 €	150.000,00 €
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Im Falle der Bildung eines neuen Fachbereichs Bildung, sollen durch Aufgabenbündelungen, insbesondere durch die Zusammenführung der Kitas und Horte Synergieeffekte erzielt werden, in deren Folge, beginnend ab dem Jahr 2012, schrittweise drei AE eingespart werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

**Umsetzungsfolgen:**

# **Bereich Dezernat 2**



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 20/01

**Amt:** 20

**Maßnahmebezeichnung:** Einsparung von Personalkosten

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11131

Bezeichnung: Kämmereiamt

**Kurzbeschreibung:**

Einsparung von Personalkosten

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 51.440

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1113100.40122000				51.440	51.440
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Eine Beschäftigte scheidet zum 31.12.2013 im Rahmen der Altersteilzeit aus. Die Stelle wird nicht wieder besetzt.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 21/01

**Amt:** 21

**Maßnahmebezeichnung:** Einsparung von Personalkosten

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11132

Bezeichnung: Kassen- und Steueramt

**Kurzbeschreibung:**

Einsparung von Personalkosten und Wegfall einer Stelle, Anbringung kw-Vermerkes

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 126.732

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge						
Personalkosten	1113200.40111000			14.530	58.122	58.122
Personalkosten	1113200.40121000	45.740	45.740	47.646	68.610	68.610

**Darstellung der Maßnahme:**

Nach Ausscheiden von zwei Stelleninhaberinnen werden deren Stellen nicht wieder besetzt. Eine weitere derzeit besetzte Stelle kann entfallen.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 21/02

**Amt:** 21

**Maßnahmebezeichnung:** Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer A (für land- und forstwirtschaftliche Flächen) ab 01.01.2011

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 61110

Bezeichnung: Steuern und steuerähnliche Einnahmen

**Kurzbeschreibung:**

Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer A von 300 v. H. auf 350 v. H.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 22.900

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	6111000.30110000	22.900	22.900	22.900	22.900	22.900
Personalkosten						
Sachkosten	1113200.44310000	-690				

**Darstellung der Maßnahme:**

Das Aufkommen dieser Steuer ist gering (RE 2009: 137.393 €). Dennoch wird hier ein Konsolidierungspotenzial gesehen. Die letzte Erhöhung erfolgte im Jahr 1996 von 250 v. H. auf 300 v. H.

Hebesatz für die Grundsteuer A im Jahr 2010 im Vergleich: Angaben in v. H.

Chemnitz	Leipzig	Dresden	Zwickau	Plauen	Görlitz	Hoyerswerda
300	350	280	300	300	360	352

Der fiktive Hebesatz zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen gemäß § 10 Abs 2 SächsFAG liegt bei 307,5 v. H.

**Umsetzungsbedingungen:**

In der Regel werden die Hebesätze jeweils mit der jährlichen Haushaltssatzung festgesetzt. Da voraussichtlich die Haushaltssatzung 2011 erst in 2011 zur Beschlussfassung kommen wird, sollte eine gesonderte Festsetzung der Hebesätze außerhalb der Haushaltssatzung mittels gesonderter Hebesatzsatzung vorgenommen werden.

Die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze dient der Rechtssicherheit der Erstellung und Bekanntgabe der Grundsteuerbescheide für das Jahr 2011 unmittelbar zu Beginn des Jahres. Mit dieser Verfahrensweise werden Liquiditätsprobleme ausgeschlossen. Außerdem können sich die betroffenen Steuerpflichtigen rechtzeitig auf die höhere Zahlung einstellen. Die höheren Sachkosten (Porto, Papier, Umschläge) für die Bescheiderteilung sind 2011 gegenzurechnen. In den Folgejahren wird von der öffentlichen Bekanntmachung gemäß § 27 Abs. 3 GrStG Gebrauch gemacht.

**Umsetzungsfolgen:**

1.400 Steuerpflichtige wären von dieser Erhöhung betroffen.



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 21/03

**Amt:** 21

**Maßnahmebezeichnung:** Anhebung des Steuersatzes für das Halten eines Hundes

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 61110

Bezeichnung: Steuern und steuerähnliche Einnahmen

**Kurzbeschreibung:**

Anhebung des Steuersatzes für das Halten eines Hundes von 88 € auf 100 € ab 01.01.2011

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 74.800

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	6111000.30320000	74.800	74.800	74.800	74.800	74.800
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die letzte und zugleich 1. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Chemnitz vom 24.11.2004 wurde mit Beschluss des Stadtrates vom 14.12.2005 mit Wirkung ab 01.01.2006 vorgenommen. Der Steuersatz für das Halten eines Hundes wurde u. a. von 78 € auf 88 € pro Jahr erhöht. Dieser Vorschlag beinhaltet nunmehr eine Erhöhung auf 100 €. Der Steuersatz soll nur für das Halten eines Hundes erhöht werden. Die Steuersätze für das Halten von zwei Hunden (135 € je Hund) bzw. drei und mehr Hunden (165 € je Hund) werden unter Beachtung ihrer Höhe und der geringen Anzahl nicht zur Anhebung vorgeschlagen.

Hundesteuer für das Halten eines Hundes 2010 im Vergleich: Angaben in €

Chemnitz	Dresden	Leipzig	Zwickau
88	108	96	90

**Umsetzungsbedingungen:**

Die Hundesteuersatzung ist entsprechend zu ändern. Dies sollte bei Bestätigung der vorgeschlagenen Maßnahme in der Novembersitzung des Stadtrates erfolgen. In den Hundesteuerjahresbescheiden ab 2011 würde dann diese Änderung erstmals umgesetzt werden können.

**Umsetzungsfolgen:**

6.230 Steuerpflichtige wären von dieser Erhöhung betroffen.



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 21/04

**Amt:** 21

**Maßnahmebezeichnung:** Hundesteuer - Wegfall des Ermäßigungstatbestandes ab 01.01.2011

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 61110

Bezeichnung: Steuern und steuerähnliche Einnahmen

**Kurzbeschreibung:**

Wegfall des Ermäßigungstatbestandes für Hundehalter mit geringem Einkommen gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 3 Hundesteuersatzung

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 36.600

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	61110.30320000	36.600	36.600	36.600	36.600	36.600
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Gegenwärtig beträgt der Steuersatz für das Halten eines Hundes 88 €. Die Ermäßigung beträgt 50 v. H., wonach Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Kapitel Drei, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Kapitel Vier SGB II sowie Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach SGB II 44 € jährlich bezahlen.

Ermäßigung Hundesteuer im Vergleich:

Ermäßigungen werden in den Städten sehr unterschiedlich geregelt. Die Hundesteuersatzung der Stadt Dresden enthält generell keinen Ermäßigungstatbestand.

**Umsetzungsbedingungen:**

Die Hundesteuersatzung ist entsprechend zu ändern. Dies sollte bei Bestätigung in der Novembersitzung des Stadtrates erfolgen. In den Hundesteuerjahresbescheiden ab 2011 würde dann diese Änderung erstmals umgesetzt werden können.

**Umsetzungsfolgen:**

732 Steuerpflichtige wären von dieser Erhöhung betroffen.



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 21/05

**Amt:** 21

**Maßnahmebezeichnung:** Hundesteuer - Reduzierung der Steuerbefreiung für Hunde aus Einrichtungen des Tierschutzes ab 01.01.2011

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 61110

Bezeichnung: Steuern und steuerähnliche Einnahmen

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung der Befreiung von der Hundesteuer für Hunde, die aus Einrichtungen des Tierschutzes mit Sitz in der Stadt Chemnitz aufgenommen wurden, von 24 Monaten auf 12 Monate

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 5.700

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	6111000.30320000	5.700	5.700	5.700	5.700	5.700
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Befreiung von der Hundesteuer für Hunde, die aus Einrichtungen des Tierschutzes mit Sitz in der Stadt Chemnitz aufgenommen wurden, wird von 24 Monaten auf 12 Monate reduziert.

Befreiung im Vergleich:

In der Stadt Dresden gibt es keine Befreiung und in der Stadt Leipzig gilt eine Befreiung für die Dauer von 6 Monaten.

**Umsetzungsbedingungen:**

Die Hundesteuersatzung ist entsprechend zu ändern. Dies sollte bei Bestätigung in der Novembersitzung des Stadtrates erfolgen. In den Hundesteuerjahresbescheiden ab 2011 würde dann diese Änderung erstmals umgesetzt werden können.

**Umsetzungsfolgen:**

Gegenwärtig wären 115 Steuerpflichtige von dieser reduzierten Steuerbefreiung betroffen.



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 21/06

**Amt:** 21

**Maßnahmebezeichnung:** Hundesteuer - Hundebestandsaufnahme ab 01.01.2011

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 61110

Bezeichnung: Steuern und steuerähnliche Einnahmen

**Kurzbeschreibung:**

Durchführung einer Hundebestandsaufnahme im gesamten Stadtgebiet im Zeitraum 01.01.2011 bis 31.12.2015

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 12.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	6111000.30320000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
Personalkosten						
Sachkosten		-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Im Sinne der Steuergerechtigkeit wird eine Hundebestandsaufnahme im gesamten Stadtgebiet durchgeführt. Ab 2011 werden bis 2015 in fünf Stadtteile Hinweisschreiben und Anmeldeformulare an alle Haushalte mit der Aufforderung zur nachträglichen Anmeldung von Hunden versandt. Gleichzeitig werden Kontrollen im jeweiligen Stadtgebiet nach Ablauf der gesetzten Frist angekündigt.

Es wird gegenwärtig eine Dunkelziffer von 750 Hunden geschätzt.

Die Stadt Zwickau hat 2009 erfolgreich eine ähnliche Hundebestandsaufnahme durchgeführt.

Unter Beachtung der Besetzung der Hundesteuerstelle mit nur einer Beschäftigten kann diese Maßnahme lediglich schrittweise neben dem laufenden Geschäftsgang realisiert werden. Damit ist der Vollzug dieses Vorhabens im gesamten Stadtgebiet über 5 Jahre verteilt erforderlich. Ausgehend von der o. g. Dunkelziffer nicht angemeldeter Hunde in Höhe von 10 % ist mit einem Zuwachs von 2 % (150 Hunde) zusätzlichen Anmeldungen jährlich zu rechnen.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Geschätzte 750 Steuerpflichtige müssen ihrer Steuerpflicht nachkommen.



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 21/07

**Amt:** 21

**Maßnahmebezeichnung:** Verwaltungskosten - Anwendung der Rahmengebühr

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11132  
Bezeichnung: Kassen- und Steueramt

**Kurzbeschreibung:**

Ausschöpfung der Verwaltungskostensatzung durch die Anwendung einer Rahmengebühr für Unbedenklichkeitsbescheinigungen bzw. für das Ausstellen von Bestätigungen über Zahlungsvorgänge

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 4.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	1113200.33111000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Für beantragte Unbedenklichkeitsbescheinigungen (UBB) wird derzeit bei der Abholung eine Gebühr in Höhe von 5 € erhoben. Kann eine Bescheinigung nicht erteilt werden, wird trotz aufwendiger Recherche keine Gebühr erhoben. Gleiches gilt für beantragte Bescheinigungen, welche nicht abgeholt werden.

Es wird deshalb vorgeschlagen, dass bereits bei der Antragstellung die Gebühr fällig wird. Ebenfalls sollte die Höhe der Gebühr auf ihre Angemessenheit überprüft werden. 15 € sollten künftig als angemessen betrachtet werden.

Gebühr für Unbedenklichkeitsbescheinigungen im Vergleich: in €

Chemnitz	Dresden	Leipzig	Zwickau	Görlitz
5,00	25,00	6,10	10,00	7,70

Des Weiteren soll künftig für das Ausstellen von Bestätigungen über Zahlungsein- und -ausgänge für Steuerberatungsgesellschaften, Firmen, Steuerpflichtige etc. eine Gebühr erhoben werden. Für die entsprechenden Recherchen ist ein hoher Zeitaufwand erforderlich. Bisher erfolgt keine Festsetzung von Verwaltungskosten.

**Umsetzungsbedingungen:**

Die Verwaltungskosten für o. g. veranlasste Amtshandlungen sind auf der Grundlage der Verwaltungskostensatzung zu erheben. Die Betroffenen (Kostenschuldner) sind vor Antragstellung darüber in Kenntnis zu setzen.

**Umsetzungsfolgen:**

Erhöhung der Einnahmen



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 21/08

**Amt:** 21

**Maßnahmebezeichnung:** Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 61110

Bezeichnung: Steuern und steuerähnliche Einnahmen

**Kurzbeschreibung:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen zur Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe so zu schaffen, dass diese ergebniswirksam im 1. Halbjahr 2011 eingeführt werden kann.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 348.560

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	6111000.30390000	0	420.000	420.000	420.000	420.000
Personalkosten	1113200.40121000	0	-51.440	-51.440	-51.440	-51.440
Sachkosten	1113200.44310000	0	-24.000	-20.000	-20.000	-20.000

**Darstellung der Maßnahme:**

**Umsetzungsbedingungen:**

Für die Bearbeitung ist eine Stelle (1,0 AE) neu einzurichten. Des Weiteren sind Sachkosten für die Arbeitsplatzausstattung, Büromaterial, Porto, Telefon etc. einzuplanen.

**Umsetzungsfolgen:**



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 23/01

**Amt:** 23

**Maßnahmebezeichnung:** Einsparung von Personalkosten

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11133

Bezeichnung: Liegenschaftsmanagement

**Kurzbeschreibung:**

Einsparung von Personalkosten

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 20.326

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1113300.40121000				1.694	20.326
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Nach Ausscheiden einer Stelleninhaberin wegen Erreichen der Altersgrenze wird deren Stelle nicht wieder besetzt.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 23/02

**Amt:** 23

**Maßnahmebezeichnung:** Neuorganisation der Arbeitsaufgaben

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11133

Bezeichnung: Liegenschaftsmanagement

**Kurzbeschreibung:**

Beendigung der Auftragsverwaltung durch SE 17, Übernahme der 119 bebauten Objekte des Amtes 23 in die Eigenverwaltung der Zentralen Gebäudebewirtschaftung (ZGB)

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 29.213

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1113300.40121000	29.213	29.213	29.213	29.213	29.213
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Auftragsverwaltung durch SE 17 wird zum 31.12.2010 beendet. Es erfolgt die Übernahme der 119 bebauten Vermarktungsobjekte des Amtes 23 in die Eigenbewirtschaftung der ZGB. Die Bauherrenfunktion, der Abschluss von Miet-, Pacht- und sonstigen Nutzungsverträgen sowie die Budgetverantwortung gehen ebenfalls über. Dadurch können 0,5 AE eingespart werden

**Umsetzungsbedingungen:**

Weiterentwicklung der ZGB, Änderung von Dienstanweisungen und des Produktplanes

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 23/03

**Amt:** 23

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung der Bewirtschaftungskosten

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11133

Bezeichnung: Liegenschaftsmanagement

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung der Bewirtschaftungskosten durch beschleunigte Veräußerung bebauter Vermarktungsimmobilien im Wege der Auktion

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 18.480

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	1113300.42411300	16.180	16.180	16.180	16.180	16.180
Sachkosten	1113300.42415300	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300
Sachkosten	1113300.42416200	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Von 119 bebauten Vermarktungsobjekten haben 57 einen negativen Ertragssaldo. Für 7 Objekte ist die Vorbereitung der Vermarktung soweit vorangeschritten, dass sie nach entsprechendem Gremienbeschluss und der Zustimmung der Landesdirektion Chemnitz in die Auktion eingeliefert werden können.

**Umsetzungsbedingungen:**

Gremienbeschluss und Genehmigung durch die Landesdirektion, Abschluss eines Einlieferungsvertrages mit dem Auktionshaus, erfolgreiche Versteigerung

**Umsetzungsfolgen:**

Einnahmen aus Kaufpreis u. Reduzierung des Unterhaltungs- u. Bewirtschaftungsaufwandes



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 23/04

**Amt:** 23

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung der Bewirtschaftungskosten

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11133

Bezeichnung: Liegenschaftsmanagement

**Kurzbeschreibung:**

Beschleunigte Veräußerung von Kostenvernichtern, beginnend mit den höchsten Defiziten

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 150.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	1113300.42411300	25.800	51.600	77.400	103.200	129.000
Sachkosten	1113300.42415300	2.400	4.800	7.200	9.600	12.000
Sachkosten	1113300.42416200	1.800	3.600	5.400	7.200	9.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Von 119 bebauten Vermarktungsobjekten haben 57 einen negativen Kostensaldo. Bei Einführung der Doppik wird sich durch die Erfassung der Abschreibungen diese Zahl erhöhen. Es erfolgt die beschleunigte Veräußerung von Kostenvernichtern, beginnend mit den höchsten Defiziten.

**Umsetzungsbedingungen:**

Gremienbeschluss und Genehmigung durch die Landesdirektion, erfolgreiche Veräußerung/ ggf. Versteigerung

**Umsetzungsfolgen:**

Einnahmen aus Kaufpreis u. Reduzierung des Unterhaltungs- u. Bewirtschaftungsaufwandes



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 23/05

**Amt:** 23

**Maßnahmebezeichnung:** Abschluss eines Mietvertrages mit dem Sächsischen Textilforschungsinstitut e. V. (STFI e. V.)

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 57140  
Bezeichnung: BgA Verpachtung TCC

**Kurzbeschreibung:**

Ablösung unentgeltlicher Mietvertrag zwischen der Stadt Chemnitz und dem Sächsischen Textilforschungsinstitut e. V. (STFI e. V.) durch entgeltlichen Mietvertrag zum 01.01.2013

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 162.500

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	5714002.34111110			162.500	162.500	162.500
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

1997 wurde mit dem STFI e. V. auf der Grundlage des zu Vorzugskonditionen von der Treuhandanstalt Berlin erworbenen Grundstücks ein Mietvertrag zur unentgeltlichen Überlassung der Räumlichkeiten im städtischen Objekt Annaberger Straße 240 geschlossen. Die unentgeltliche Überlassung ist bis zum 31.12.2012 zu gewährleisten. Bereits im Jahr 2006 wurden mit den Verantwortlichen des STFI e. V. Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Mietvertrages mit einer Laufzeit ab dem 01.01.2013 von 10 Jahren und einem Optionsrecht für den Mieter von 2 x 5 Jahren aufgenommen. Der STFI e. V. hat bisher lediglich den Erhaltungsaufwand der Innenräume zu tragen. Zukünftig soll sich der STFI e. V. dann jährlich an Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an Dach und Fach im Umfang von bis zu 70.000 € beteiligen.

**Umsetzungsbedingungen:**

Abschluss des Mietvertrages mit Laufzeitbeginn ab 01.01.2013, vorbehaltlich Beschlussfassung im Verwaltungs- und Finanzausschuss

**Umsetzungsfolgen:**

höhere Einnahmen, Ersparnis der Stadt bei den Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 25/01

**Amt:** 25

**Maßnahmebezeichnung:** Einsparung von Personalkosten

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11135

Bezeichnung: Regelung offener Vermögensfragen

**Kurzbeschreibung:**

Einsparung von Personalkosten

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 274.338

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge						
Personalkosten	1113500.40121000	102.880	102.880	102.880	154.330	274.338
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Um das Konsolidierungspotenzial 2011 bis 2013 zu erzielen, sind zwei Beschäftigte, die bereits in anderen Ämtern der Stadt tätig sind, dauerhaft in diese Ämter umzusetzen. Des Weiteren sollen insgesamt drei Stellen in den Jahren 2014 und 2015 abgebaut werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

entsprechende personalwirtschaftliche Maßnahmen notwendig

**Umsetzungsfolgen:**

Durch den Stellenabbau sind die verbleibenden Aufgaben neu zu strukturieren und zu verteilen. Gegebenenfalls entstehen längere Bearbeitungszeiten.



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 25/02

**Amt:** 25

**Maßnahmebezeichnung:** Erhöhung von Gebühren für GVO-Genehmigungen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11135

Bezeichnung: Regelung offener Vermögensfragen

**Kurzbeschreibung:**

Die Gebühren für das Erteilen von Grundstücksverkehrsgenehmigungen werden ab 01.01.2011 erhöht.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 10.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	1113500.331111100	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Gebühren für die Grundstücksverkehrsgenehmigungen sind nach § 9 GVO unter Berücksichtigung des Grundstückswertes festzusetzen und auf 250 € begrenzt.

Die Zahl der Anträge auf Erteilung einer GVO–Genehmigung ist weitgehend konstant. Durch Erhöhung des Mindestbetrages sowie der wertabhängigen Gebühr von 0,12 auf 0,2 % ließen sich zusätzliche Einnahmen von ca. 10.000 € erzielen. Die Gebühren sind seit 7 Jahren nicht erhöht worden und lägen damit nicht höher als in anderen Landkreisen und Städten des Freistaates.

**Umsetzungsbedingungen:**

amtsinterne Anweisung

**Umsetzungsfolgen:**

höhere Einnahmen



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 25/03

**Amt:** 25

**Maßnahmebezeichnung:** Kündigung von Wartungsverträgen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11135

Bezeichnung: Regelung offener Vermögensfragen

**Kurzbeschreibung:**

Die Wartungsverträge werden zum 01.01.2011 gekündigt und Aufträge im Einzelfall nach Leistung berechnet.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 14.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	1113500.42221000	14.000	14.000	14.000	14.000	14.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Derzeit bestehen für die Software des Amtes 25 verschiedene Wartungsverträge, die durch Amt 18 abgeschlossen wurden. Die Kosten hierfür belaufen sich insgesamt auf 19.000 €.

Wie festzustellen war, sind zwar regelmäßige Zahlungen entsprechend der vertraglichen Vereinbarungen erfolgt, adäquate Leistungen wurden jedoch soweit von hieraus feststellbar nicht erbracht.

Da allein für die Software im Amt 25 drei solcher Wartungsverträge existieren, ist davon auszugehen, dass dies in anderen Ämtern ähnlich ist. Hier dürften sich ganz erhebliche Einsparpotentiale ergeben.

**Umsetzungsbedingungen:**

Von Amt 18 ist zu prüfen, ob derartige Wartungsverträge entbehrlich sind und Aufträge im Einzelfall nach Leistung abzurechnen sind. Kündigung der Wartungsverträge

**Umsetzungsfolgen:**

Die Kosten für die Einzelaufträge belaufen sich auf ca. 5.000 € p. a.



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 25/04

**Amt:** 25

**Maßnahmebezeichnung:** Zusammenlegung der Ämter 25 und 30

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11135

Bezeichnung: Regelung offener Vermögensfragen

**Kurzbeschreibung:**

Die Ämter 25 und 30 werden ab 01.01.2011 zusammengelegt.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 132.551

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1113500.40121000		23.080	132.551	132.551	132.551
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Durch Zusammenlegung mit Amt 30 können Synergieeffekte erzielt werden, welche geeignet sind Kosten zu sparen und die weiteren Personalabgänge teilweise zu kompensieren.

So wird eine Amtsleiterstelle A 15 eingespart. Der Einspareffekt tritt ab dem 1.7.2012, dem Ende der Passivphase der Altersteilzeit der Stelleninhaberin der Amtsleiterstelle Amt 30, ein, da die Stelle bis zu diesem Zeitpunkt doppelt zu besetzen ist. Weitere Einsparungen ergeben sich im Bereich Sekretariat und innere Verwaltung (Haushalt, EDV etc.)

**Umsetzungsbedingungen:**

Strukturänderung

**Umsetzungsfolgen:**

Wegfall eines Amtes und Einsparung von Sach- und Personalkosten



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** FiWi/01

**Amt:** 20

**Maßnahmebezeichnung:** Verringerung Verlustausgleich CVAG/Gewinnausschüttung durch VVHC

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 53510

Bezeichnung: Beteiligungen an Unternehmen der kombinierten Versorgung

**Kurzbeschreibung:**

Gewinnabführung der VVHC infolge der Reduzierung des Verlustausgleiches der CVAG.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 1.000.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	5351000.36510000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die aktuelle Finanzplanung des städtischen Haushaltes sieht für die Jahre 2011 - 2015 weder einen Zuschuss an die VVHC noch eine Gewinnabführung von der VVHC vor. Vorgesehen ist nunmehr, die aktuelle Wirtschaftsplanung bzw. Mittelfristplanung der CVAG so zu überarbeiten, dass der notwendige Verlustausgleich für die CVAG durch die VVHC ab 2010 jährlich um mindestens 1 Mio. € verringert wird. Entsprechend sind Maßnahmen bei der CVAG zu treffen.

Die Wirtschaftsplanung/Mittelfristplanung der VVHC ist gleichlaufend so anzupassen, dass beginnend mit finanzieller Wirksamkeit ab 2011 (d. h. aus dem Jahresergebnis 2010) jährlich eine Gewinnausschüttung i. H. v. 1 Mio. € an die Stadt ermöglicht wird.

**Umsetzungsbedingungen:**

Zur Umsetzung sind Abstimmungen mit der CVAG zu treffen.

**Umsetzungsfolgen:**

Der CVAG stehen weniger finanzielle Mittel aus der Verlustabdeckung durch die VVHC zur Verfügung.



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** FiWi/02

**Amt:** 20

**Maßnahmebezeichnung:** Zuschuss CWE/CMT

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 57110

Bezeichnung: Beteiligung an Wirtschaftsförderungsunternehmen

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung des Zuschusses

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 50.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5711000.43151201	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Aufrechterhaltung eines im Vergleich zum Status quo ggf. etwas geringeren, aber dennoch für die Stadt Chemnitz zu akzeptierenden Niveaus im Bereich der Wirtschaftsförderung und Marketing.

Entsprechende Aufgabenreduzierungen im Unternehmen sind vorzunehmen. Details sind durch das Unternehmen im Rahmen der Wirtschaftsplanung zu erarbeiten.

**Umsetzungsbedingungen:**

Zur Umsetzung sind Abstimmungen mit dem Unternehmen notwendig.

**Umsetzungsfolgen:**

Der Gesellschaft stehen weniger finanzielle Mittel für die Geschäftstätigkeit zur Verfügung. Infolge dessen sind Aufgabenreduzierungen bzw. die Nichtverlängerung der Beschäftigung von befristet eingestellten Mitarbeitern erforderlich.

Zudem hat die CWE in Zusammenhang mit der Liquidation der WIREGmbH Mindereinnahmen aufgrund des Wegfalls der Einmietung der WIREGmbH in die Geschäftsräume der CWE sowie Mehrausgaben aufgrund gegenseitiger Messebeteiligungen der CWE und der WIREGmbH als zusätzliche Belastungen zu tragen. Die CWE muss folglich entscheiden, ob aus Kostengründen ggf. Messeteilnahmen seitens der CWE aufgegeben werden müssen oder zusätzliche Umschichtungen innerhalb der CWE erfolgen. Die Höhe der vorgeschlagenen Kürzungen berücksichtigt dies bereits in angemessenem Maße.



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** FiWi/03

**Amt:** 20

**Maßnahmebezeichnung:** Zuschuss EFC

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 42120

Bezeichnung: Beteiligung an Sport- und Freizeitunternehmen

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung des Zuschusses an die EFC GmbH

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 50.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	4212000.43151202	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Aufrechterhaltung eines im Vergleich zum Status quo ggf. etwas geringeren, aber dennoch für die Stadt Chemnitz zu akzeptierenden Niveaus im Bereich Sport - und Freizeitförderung im Rahmen des Aufgabengebietes der EFC GmbH.

Entsprechende Aufgabenreduzierungen im Unternehmen sind vorzunehmen. Details sind durch das Unternehmen im Rahmen der Wirtschaftsplanung zu erarbeiten.

**Umsetzungsbedingungen:**

Zur Umsetzung sind Abstimmungen mit dem Unternehmen notwendig.

**Umsetzungsfolgen:**

Der Gesellschaft stehen weniger finanzielle Mittel für die Geschäftstätigkeit zur Verfügung. Infolge sind Aufgabenreduzierungen erforderlich.



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** FiWi/04

**Amt:** 20

**Maßnahmebezeichnung:** Dividendenausschüttung enviaM

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 53110

Bezeichnung: Beteiligung an Elektrizitätsversorgungsunternehmen

**Kurzbeschreibung:**

Erhöhung der Dividendenausschüttung der enviaM an ihre Aktionäre

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 80.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	5311000.36510000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Insbesondere aufgrund der in 2009 stattgefundenen Fusion der enviaM mit der MITGas AG kann in den Folgejahren mit einer erhöhten Dividendenausschüttung gerechnet werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

ausschüttungsfähige Jahresergebnisse der enviaM

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** FiWi/05

**Amt:** 20

**Maßnahmebezeichnung:** Ausschüttung GGG

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 52220

Bezeichnung: Beteiligung an Wohnungsbaugesellschaften

**Kurzbeschreibung:**

Prüfung der Realisierbarkeit einer Erhöhung der Ausschüttung

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 100.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	5222000.36510000	50.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Erhöhung der Ausschüttung der GGG an die Stadt Chemnitz in 2011 um 50 T€ auf 300 T€ und eine Erhöhung der bisher geplanten Ausschüttung um 100 T€ auf 350 T€ ab dem Jahr 2012. Details sind durch das Unternehmen im Rahmen der Wirtschaftsplanung zu erarbeiten.

**Umsetzungsbedingungen:**

Erzielung der im mittelfristigen Wirtschaftsplan des Unternehmens vorgesehenen Jahresergebnisse und Sicherstellung der für die Ausschüttung notwendigen Liquidität

**Umsetzungsfolgen:**

leichte Reduzierung der Liquidität der GGG, die im Verhältnis zum Liquiditätsbestand der GGG vertretbar ist



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** FiWi/06

**Amt:** 20

**Maßnahmebezeichnung:** Zuschuss Stadthalle

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 57330

Bezeichnung: Beteiligung an Stadthallen, Kongress- und Messehallengesellschaften

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung des Zuschusses

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 32.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5733000.43151207	0	32.000	32.000	32.000	32.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Aufrechterhaltung eines im Vergleich zum Status quo ggf. etwas geringeren, aber dennoch für die Stadt Chemnitz als Oberzentrum akzeptablen Niveaus im Bereich Veranstaltungen und Gebäudeunterhalt. Entsprechende Aufgabenreduzierung im Unternehmen. Details sind durch das Unternehmen im Rahmen der Wirtschaftsplanung zu erarbeiten.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Verringerung der Liquidität der Gesellschaft. In Abhängigkeit von der Möglichkeit von Einsparungen im Unternehmen ggf. Reduzierung des Leistungsangebotes des Stadthalle.



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** FiWi/07

**Amt:** 20

**Maßnahmebezeichnung:** Zuschuss TCC

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 57110

Bezeichnung: Beteiligung an Wirtschaftsförderungsunternehmen

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung des Zuschusses

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 30.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5711000.43151216		30.000	30.000	30.000	30.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Aufrechterhaltung eines Mindestbetrages zur Aufrechterhaltung der Technologie- und Wirtschaftsförderung der Stadt Chemnitz;

Angestrebte Reduzierung des Zuschusses um 30 T€ p. a. ab 2012.

Details sind durch das Unternehmen zuzuarbeiten.

**Umsetzungsbedingungen:**

Zur Umsetzung sind Abstimmungen mit dem Unternehmen notwendig.

**Umsetzungsfolgen:**

Der Gesellschaft stehen weniger finanzielle Mittel für die Geschäftstätigkeit zur Verfügung. Infolge sind Aufgabenreduzierungen erforderlich.



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** FiWi/08

**Amt:** 20

**Maßnahmebezeichnung:** Zuschuss TechnoPark GmbH

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 57110

Bezeichnung: Beteiligung an Wirtschaftsförderungsunternehmen

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung des Zuschusses

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 80.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5711000.43151280	0	80.000	80.000	80.000	80.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Entsprechend der vom Stadtrat am 13.09.2006 beschlossenen Betreuung des Start Up-Gebäudes auf Grundlage des vorgelegten Bewirtschaftungskonzeptes benötigt die TechnoPark Chemnitz GmbH zur Abdeckung der Verluste bis zur Erreichung des geplanten Vermietungsstandes des Start Up-Gebäudes über mehrere Jahre verteilt Zuschüsse (zum laufenden Betrieb vor Pacht) i. H. v. 699 T€. Bisher war geplant, dass diese Zuschüsse in großen Teilen in den ersten 4 Jahren nach Beginn des operativen Geschäftes in 2009 benötigt werden. Infolge des über der Planung liegenden Vermietungsstandes können die Zuschusszahlungen über einen längeren Zeitraum (über das Jahr 2015 hinaus) verteilt werden. Dies führt zu einer deutlichen Entlastung in den Jahren 2011 - 2015. Ob der Gesamtbetrag der Zuschüsse lt. Bewirtschaftungskonzeption tatsächlich benötigt wird, bleibt derzeit abzuwarten. Details sind durch das Unternehmen im Rahmen der Wirtschaftsplanung zu erarbeiten.

**Umsetzungsbedingungen:**

Aufgrund der später als geplanten Fertigstellung des Start Up-Gebäudes in 2009 und dem somit späteren Beginn der Vermietung sind die Anlaufverluste noch hoch, so dass eine Streckung/Reduzierung des Zuschusses erst ab 2012 möglich sein wird.

**Umsetzungsfolgen:**

Verschlechterung der Liquidität der Gesellschaft



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** FiWi/09

**Amt:** 20

**Maßnahmebezeichnung:** Zuschuss WIREGmbH

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 57110

Bezeichnung: Beteiligung an Wirtschaftsförderungsunternehmen

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung des Zuschusses

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 131.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5711000.43151223	121.000	121.000	131.000	131.000	131.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Auflösung der Gesellschaft

**Umsetzungsbedingungen:**

Die Auflösung der Gesellschaft wurde in der Gesellschafterversammlung am 17.03.2010 vorbehaltlich der Bestätigung der kommunalen Gremien beschlossen. Die Auflösung der Gesellschaft ist erfolgt, wenn das letzte kommunale Gremium zugestimmt hat. Avisiert ist gegenwärtig der 30.06.2010.

**Umsetzungsfolgen:**

Zuschuss von 131 T€ kann ab 2013 dauerhaft eingespart werden (ohne Eurocities), für die Liquidation der Gesellschaft werden in 2011 und 2012 noch jeweils 10.000 € benötigt. Dem steht gegenüber, dass der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft - CWE - Mindereinnahmen in Höhe von 22 T€ aufgrund des Wegfalls der Einmietung der WIREGmbH in die Geschäftsräume der CWE entstehen. Zudem erfolgten gegenseitige Messebeteiligungen der CWE und der WIREGmbH in Höhe von insgesamt 66 T€, so dass die CWE entscheiden muss, ob aus Kostengründen ggf. Messeteilnahmen seitens der CWE aufgegeben werden müssen oder Umschichtungen innerhalb der CWE erfolgen.

Zudem wird durch die Geschäftsführer ausgeführt, dass bis zur endgültigen Abwicklung der Gesellschaft weitere Zuschüsse der Gesellschafter erforderlich sind.



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** FiWi/10

**Amt:** 20

**Maßnahmebezeichnung:** Gewinnausschüttung Sparkasse

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 57350

Bezeichnung: Beteiligung an Sparkassenzweckverbänden

**Kurzbeschreibung:**

Erhöhung der Gewinnausschüttung der Sparkasse Chemnitz an den Sparkassenzweckverband und dessen Mitglieder

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 1.000.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	5735000.36914000	0	0	0	0	1.000.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Sparkasse Chemnitz soll zur Haushaltskonsolidierung ihrer Träger einen Beitrag leisten. Aufgrund der bereits in den Vorjahren getroffenen Vorsorgemaßnahmen soll ab dem Geschäftsjahr 2015 eine erhöhte Ausschüttung an die Stadt Chemnitz über den Sparkassenzweckverband je nach betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten der Sparkasse vorgenommen werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

ausschüttungsfähige Jahresergebnisse der Sparkasse Chemnitz sowie entsprechende Gremienbeschlüsse

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** FiWi/11

**Amt:** 20

**Maßnahmebezeichnung:**

Zuschusskürzung Stadthalle für Verlustausgleich Tochterunternehmen EMC wegen Zusammenführen beider Gesellschaften

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 57330

Bezeichnung: Beteiligung an Stadthallen, Kongress- und Messehallengesellschaften

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung des Zuschusses an die EMC

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 200.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5733000.43152000	50.000	100.000	150.000	150.000	200.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Gesellschafterstruktur der EMC soll verändert werden. Die Stadthalle soll im ersten Schritt alleinige Gesellschafterin der EMC werden, im zweiten Schritt sollen beide Unternehmen zusammengeführt werden. Aus der Zusammenführung werden Einsparungen im operativen Bereich erwartet.

**Umsetzungsbedingungen:**

Kauf der Anteile an der EMC vom privaten Mitgesellschafter (50%), Gremienbeschlüsse, Genehmigung Rechtsaufsichtsbehörde

**Umsetzungsfolgen:**

Heben von Synergien



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** FiWi/12

**Amt:** 21

**Maßnahmebezeichnung:** Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B (für unbebaute und bebaute Grundstücke) ab 01.01.2011

Der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE wurde dem Grunde nach aufgegriffen.

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 61110

Bezeichnung: Steuern und steuerähnliche Einnahmen

**Kurzbeschreibung:**

Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B  
stufenweise von 475 v. H. ab 2011 auf 540 v. H. und  
ab 2013 auf 580 v. H.

**Konsolidierungsbeitrag in €:**

ab 2011	4.472.477
ab 2013	7.091.550

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	6111000.30120000	4.472.477	4.472.477	7.091.550	7.091.550	7.091.550
Personalkosten						
Sachkosten	1113200.44310000	-49.400		-49.400		

**Darstellung der Maßnahme:**

Die letzte Anhebung des Hebesatzes erfolgte 2007 von 450 v. H. auf 475 v. H.

Hebesatz für die Grundsteuer B im Jahr 2010 im Vergleich: Angaben in v. H.

Chemnitz	Leipzig	Dresden	Zwickau	Plauen	Görlitz	Hoyerswerda
475	500	635	450	410	500	450

Der fiktive Hebesatz zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen (Nivellierungshebesatz) gemäß § 10 Abs. 2 SächsFAG der Kreisfreien Städte (Chemnitz, Dresden, Leipzig) liegt zurzeit bei 540 v. H.

Da davon auszugehen ist, dass u. a. auch Leipzig im Rahmen der Haushaltskonsolidierung eine Hebesatzerhöhung anstreben wird und damit der Nivellierungshebesatz steigt, wird vorgeschlagen den Hebesatz für die Grundsteuer B in Chemnitz stufenweise ab 2011 auf 540 v. H. und ab 2013 auf 580 v. H. anzuheben.

Des Weiteren wurde durch die Fraktion DIE LINKE vorgeschlagen, die unterschiedlichen Steuermesszahlen für verschiedene Stadtteile und Ortschaften von Chemnitz aufzuheben.

Für die zum Grundvermögen gehörenden Grundstücke in den neuen Bundesländern gibt es keine den Einheitswerten in den alten Bundesländern von 1964 vergleichbaren Besteuerungsgrundlagen. Die erforderliche Gleichbehandlung des im Beitrittsgebiet liegenden Grundvermögens mit dem im übrigen Teil Deutschlands ließ sich am ehesten dadurch erreichen, dass die noch vorhandenen Einheitswerte von 1935 weiter angewandt werden.

Deshalb hat der Gesetzgeber die für die Festsetzung der Steuermessbeträge maßgebenden Vorschriften der §§ 29 bis 33 der Grundsteuerdurchführungsverordnung (GrStDV) vom 01.07.1937 und damit auch die dort angegebenen abgestuften Steuermesszahlen für die neuen Bundesländer in Kraft gesetzt (§ 41 GrStG, Kommentar Troll/Eisele).

Die Stadt Chemnitz hat in zwei Revisionsverfahren in dieser Angelegenheit beim Bundesverwaltungsgericht Leipzig obsiegt. Die Rechtsauffassung der Stadt, die Anwendung unterschiedlicher Steuermesszahlen, wurde mit den beiden Urteilen, BVerwG 10 C 6.05 und 10 C 8.05 vom 05.04.2006, bestätigt. Die Abstufung der Steuermesszahlen in § 29 GrStDV ist demnach verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.

Die Anwendung der unterschiedlichen Steuermesszahlen im Gemeindegebiet gemäß der o. g. Rechtsnormen ist damit ohne Ermessen durch den Gesetzgeber vorgegeben. Die vorgeschlagene Aufhebung bzw. Angleichung der Steuermesszahlen ist damit objektiv ausgeschlossen.

Die Erforderlichkeit der Umgestaltung der Grundsteuererhebung ist unstrittig. Änderungen der Besteuerung kann jedoch nur eine seit Jahren von einigen Bundesländern angestrebte Grundsteuerreform bringen.

### **Umsetzungsbedingungen:**

In der Regel werden die Hebesätze jeweils mit der jährlichen Haushaltssatzung festgesetzt. Da voraussichtlich die Haushaltssatzung 2011 erst in 2011 zur Beschlussfassung kommen wird, sollte eine gesonderte Festsetzung der Hebesätze außerhalb der Haushaltssatzung mittels gesonderter Hebesatzsatzung vorgenommen werden.

Die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze dient der Rechtssicherheit der Erstellung und Bekanntgabe der Grundsteuerbescheide für das Jahr 2011 unmittelbar zu Beginn des Jahres. Mit dieser Verfahrensweise werden Liquiditätsprobleme ausgeschlossen. Außerdem können sich die betroffenen Steuerpflichtigen rechtzeitig auf die höhere Zahlung einstellen.

Die erforderlichen Sachkosten (Porto, Papier, Umschläge) für die Bescheiderstellung und den Versand sind jeweils 2011 und 2013 gegenzurechnen. In den Folgejahren wird von der öffentlichen Bekanntmachung an Stelle des Steuerbescheids gemäß § 27 Abs. 3 GrStG Gebrauch gemacht.

### **Umsetzungsfolgen:**

Ca. 100.000 Steuerpflichtige sind von der Erhöhung betroffen.

# **Bereich Dezernat 3**



**Dezernat:** 3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 30/01

**Amt:** 30

**Maßnahmebezeichnung:**

Wegfall Planstelle aufgrund Fusionierung Ämter 30/25 ab 01.07.2012

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11122000

Bezeichnung: Allgemeine Rechtsangelegenheiten

**Kurzbeschreibung:**

- Wegfall einer Planstelle aufgrund Altersteilzeit der Amtsleiterin und Fusionierung der Ämter 30/25

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 46.161

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	0	0	0	0	0	0
Personalkosten	11122000.40112000	0	23.080	46.161	46.161	46.161
Sachkosten	0	0	0	0	0	0

**Darstellung der Maßnahme:**

- aufgrund Zusammenlegung der Ämter 30 und 25 fällt AL-Planstelle des A25 ab 07/2012 weg
- die Personalkosten werden daher hälftig bei 30 und 25 angesetzt; für das Jahr 2012 nur für Monate August - Dezember

**Umsetzungsbedingungen:**

**Umsetzungsfolgen:**

- Fusionierung mit Amt 25; daher als Konsolidierungsbeitrag nur eine 1/2 Planstelle



**Dezernat:** D3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 30/02

**Amt:** 30

**Maßnahmebezeichnung:** Umstrukturierung Abt. Versicherungsamt

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11122

Bezeichnung: Allgemeine Rechtsangelegenheiten

**Kurzbeschreibung:**

Umstrukturierung der Abt. Versicherungsamt unter

1. Reduzierung der Planstellen von 4 auf 2 sowie
2. Zuordnung der verbliebenen 2 Planstellen zum Amt 50

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 104.878

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge						
Personalkosten	11122000.40112000	104.878	104.878	104.878	104.878	104.878
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

- Umwandlung von der Abteilung Versicherungsamt zum Team Versicherungsamt
- Reduzierung der bisherigen Planstellen von 4 auf 2
- Erledigung der Versicherungsamtaufgaben durch die Angestelltenplanstellen 30 03 000 010 und 30 03 100 010, strukturell zukünftig dem Amt 50 zugeordnet
- Abgabe der beiden Beamtenstellen 30 003 100 030 und 30 03 200 020 unter Umsetzung der beiden Beamten je nach Bedarf innerhalb der Stadtverwaltung an geeignete Stellen mit hoheitlichen Aufgaben

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

- Es wird zu einer Anpassung der Serviceleistungen und Servicequalität kommen, einhergehend mit einer Verlängerung des Terminvorlaufs für Ratsuchende von bislang 4 auf 8 Wochen, wobei die Möglichkeit besteht, dass sich die Beratung auf die Leistungsträger verlagert. Grundsätzlich darf ein Ratsuchender jedoch nicht abgewiesen werden (Pflichtaufgabe resultierend aus § 93 Viertes Sozialgesetzbuch [SGB IV] i. V. m. § 3 Sächsisches Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches [SächsAGSGB] vom 06. Juni 2002)
- Mögliche Einschränkungen bei Synergieeffekten hinsichtlich nachrangiger Leistungen der Stadt Chemnitz im Bereich SGB II und XII können voraussichtlich durch die mit der Angliederung an das Amt 50 zu erzielenden Synergieeffekte kompensiert werden.

**Dezernat:** 3**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 30/03**Amt:** 30**Maßnahmebezeichnung:** Versicherungen**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11122000

Bezeichnung: Allgemeine Rechtsangelegenheiten

**Kurzbeschreibung:**Einsparpotential durch Veränderungen der Versicherungsprämien aufgrund  
Neuausschreibung**Konsolidierungsbeitrag in €:** 40.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	0	0	0	0	0	0
Personalkosten						
Sachkosten	44.413.100	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
	42.412.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000

**Darstellung der Maßnahme:**Einsparpotential durch Veränderungen der Versicherungsprämien aufgrund von  
Neuausschreibung von Versicherungsleistungen bzgl. Gebäude- und  
Elektronikversicherungen.Das o. g. Einsparpotential schlägt sich jedoch nicht im Budget des Amtes 30 nieder, sondern  
in den entsprechenden Fachämtern.**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 32/01

**Amt:** 32

**Maßnahmebezeichnung:** Überwachung ruhender Verkehr

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1221100

Bezeichnung: Ordnungsaufgaben Amt 32

**Kurzbeschreibung:**

Durch regelmäßige Samstagsdienste sowie die Besetzung der Disponentenstelle wird die Überwachung des ruhenden Verkehrs optimiert.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 69.349

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	1221100.35611000	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000
Personalkosten	1221100.40121000	-40.651	-40.651	-40.651	-40.651	-40.651
Sachkosten		0	0	0	0	0

**Darstellung der Maßnahme:**

In das bewährte 2-Schicht-System soll ein regelmäßiger Samstagsdienst integriert werden. Dazu wird das Personal aus Streifengebieten wochentags herausgenommen und am bisher kaum besetzten Samstag wirkungsvoller eingesetzt. Es wird jährlich mit zusätzlichen 5.000 Verwarnungen gerechnet. Bei einem durchschnittlichen Verwarngeld von 10 € ergeben sich Mehrerträge i. H. v. 50.000 €.

Die erneute Schaffung einer Innendienststelle (Disponent) würde die Gruppenleiter so entlasten, dass diese die Tätigkeiten des Außendienstpersonals fachlich unterstützen können. Damit kann die Fehlerquote gesenkt und auf niedrigerem Niveau gehalten werden. Dies führt zur Reduzierung von erfolgreichen Einspruchsfällen und damit zu Mehrerträgen. Die Erwartung liegt bei zusätzlichen 6.000 erfolgreichen Verwarnungen pro Jahr. Unter Abzug von 40.651 € für die AE des Disponenten verbleibt für die Konsolidierung ein Beitrag i. H. v. 69.349 €.

**Umsetzungsbedingungen:**

Die Stelle "Disponent, ruhender Verkehr" ist zu schaffen und zu besetzen.

**Umsetzungsfolgen:**

Durch die Maßnahme wird ein Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in der Stadt Chemnitz geleistet. Daneben wird durch die regelmäßigen Samstagsdienste jährlich mit zusätzlichen 5.000 Verwarnungen gerechnet, woraus sich bei einem durchschnittlichen Verwarngeld von 10 € jährliche Mehrerträge i. H. v. 50.000 € ergeben. Weiterhin werden durch die Reduzierung von erfolgreichen Einspruchsfällen weitere 6.000 erfolgreiche Verwarnungen erwartet. Unter Abzug der Personalkosten für den Disponenten verbleibt ein Konsolidierungsbeitrag i. H. v. 69.349 €.



**Dezernat:** 3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 32/02

**Amt:** 32

**Maßnahmebezeichnung:** Überwachung fließender Verkehr - mobil

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1221100

Bezeichnung: Ordnungsaufgaben Amt 32

**Kurzbeschreibung:**

Die vorhandenen Fahrzeuge zur Geschwindigkeitsmessung werden optimal ausgelastet.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 553.047

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	1221100.35611000	675.000	675.000	675.000	675.000	675.000
Personalkosten	1221100.40121000	-121.953	-121.953	-121.953	-121.953	-121.953
Sachkosten		0	0	0	0	0

**Darstellung der Maßnahme:**

Die drei vorhandenen Radarwagen zur Geschwindigkeitsmessung sind zwar derzeit schon zeitversetzt im Einsatz; allerdings sind sie nur mit jeweils 1 AE besetzt. Dadurch sind Standzeiten unvermeidbar. Durch die Doppelbesetzung ist eine effektive Auslastung der Fahrzeuge möglich, welche einen voraussichtlichen Konsolidierungsbeitrag i. H. v. ca. 553.000 € pro Jahr leistet.

**Umsetzungsbedingungen:**

Es sind weitere drei Stellen "SB Verkehrsüberwachung" zu schaffen und zu besetzen. Weiterhin sind für die neuen Beschäftigten Dienstzimmer zur Verfügung zu stellen. Die endgültige Bemessung des Stellenbedarfs erfolgt anhand der tatsächlichen Fallzahlen.

**Umsetzungsfolgen:**

Durch die Maßnahme wird ein Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in der Stadt Chemnitz geleistet. Daneben wird mit 27.000 zusätzlichen Vorgängen jährlich gerechnet, welche bei durchschnittlich 25 € pro Vorgang zu Mehrerträgen i. H. v. 675.000 € führen. Unter Abzug der Personalaufwendungen für die zusätzlichen AE leistet die Doppelbesetzung der Radarwagen einen jährlichen Konsolidierungsbeitrag i. H. v. ca. 553.000 €.



**Dezernat:** 3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 32/03

**Amt:** 32

**Maßnahmebezeichnung:** Überwachung fließender Verkehr - stationär

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1221100

Bezeichnung: Ordnungsaufgaben Amt 32

**Kurzbeschreibung:**

Von 2011 bis 2013 werden drei neue Standorte für stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen errichtet.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 1.024.519

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	1221100.35611000	780.000	1.030.000	1.350.000	1.280.000	1.280.000
Personalkosten	1221100.40121000	-107.740	-161.611	-215.481	-215.481	-215.481
Sachkosten	1221100.42221000	-13.860	-20.790	-27.720	-27.720	-27.720
Sachkosten	1221100.42411100	-140	-210	-280	-280	-280
Sachkosten	1221100.44413100	-6.000	-9.000	-12.000	-12.000	-12.000

**Darstellung der Maßnahme:**

In den kommenden drei Jahren sollen drei neue Standorte für Stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen geschaffen werden, wobei die Errichtung eines Standortes pro Jahr als realisierbar eingeschätzt wird. Derzeit werden zwei Anlagen an der Leipziger Straße (beidseitig) im Jahr 2011 und eine Anlage am Standort Annaberger Straße im Jahr 2012 (einseitig) favorisiert. Darüber hinaus ist 2013 - abhängig von der Verkehrsentwicklung - die Errichtung einer Anlage an der Neefestraße (einseitig) denkbar. Die weiteren Aufwendungen sowie die Ertragserwartung gestalten sich wie folgt:

Erträge gesamt (pro Geschwindigkeitsmessanlage):	ca. 320.000 €
Personalkosten	
- 0,2 AE technische Bearbeitung/Auswertung:	ca. 10.000 €
- 1,0 AE rechtliche Auswertung/Ahndung der OWi:	ca. 50.000 €
Sachkosten für Wartung, Reparatur, Versicherung, Strom:	ca. 10.000 €

Somit ergibt sich ein Konsolidierungsbeitrag i. H. v. ca. 250.000 € pro Anlage und Jahr.

**Umsetzungsbedingungen:**

Die Aufwendungen für die Schaffung eines Standortes belaufen sich auf etwa 70.000 € bei einseitiger Errichtung bzw. 140.000 € bei beidseitiger Errichtung. Diese können jedoch auf Grund überdurchschnittlicher Mehrerträge im Jahr der Anschaffung als gedeckt betrachtet werden.

Mit der Errichtung der Standorte sind jeweils 1,0 AE "SB Verkehrs-OWi" sowie 0,2 AE "SB Verkehrsüberwachung" zu schaffen und zu besetzen. Weiterhin sind für diese neuen Mitarbeiter Dienstzimmer zur Verfügung zu stellen. Die endgültige Bemessung des Stellenbedarfs erfolgt anhand der tatsächlichen Fallzahlen.

	<b>Maßnahme- nummer</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Investitionen	1221100102004	130.000	65.000	65.000	0	0
Investitionen	1221100103002	10.000	5.000	5.000	0	0
Zuschüsse		0	0	0	0	0

**Umsetzungsfolgen:**

Durch die Maßnahme wird ein Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in der Stadt Chemnitz geleistet. Gleichzeitig werden jährliche Mehrerträge i. H. v. 320.000 € pro neu errichteter Geschwindigkeitsmessanlage erwartet. Unter Abzug der Aufwendungen für das zusätzlich benötigte Personal sowie der Sachaufwendungen ergibt sich jährlich ein Konsolidierungsbeitrag i. H. v. ca. 250.000 € pro Anlage.

Aufgrund der geplanten Neuinstallation einer beidseitigen Geschwindigkeitsmessanlage im Jahr 2011 ergibt sich im Jahr 2011 ein Konsolidierungsbeitrag i. H. v. 512.260 €.

Bei Neuinstallation einer weiteren einseitigen Geschwindigkeitsmessanlage im Jahr 2012 wird im Jahr 2012 ein Konsolidierungsbeitrag i. H. v. 768.389 € geleistet.

Ab dem Jahr 2013 beläuft sich der Konsolidierungsbeitrag bei Neuinstallation einer weiteren einseitigen Geschwindigkeitsmessanlage auf 1.024.519 €.

Ab dem Jahr 2014 wird ebenfalls ein jährlicher Konsolidierungsbeitrag i. H. v. 1.024.519 € geleistet, die überdurchschnittlichen Mehrerträge nach Inbetriebnahme entfallen, dem stehen jedoch auch keine Investitionsausgaben mehr gegenüber.



**Dezernat:** 3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 32/04

**Amt:** 32

**Maßnahmebezeichnung:** Rechtsangelegenheiten

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1221100

Bezeichnung: Ordnungsaufgaben Amt 32

**Kurzbeschreibung:**

Durch den Laufbahnwechsel eines Mitarbeiters in den gehobenen Dienst kann die verbleibende Stelle auf 0,5 AE reduziert werden.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 28.650

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge		0	0	0	0	0
Personalkosten	12211000.40121000	2.388	28.650	28.650	28.650	28.650
Sachkosten		0	0	0	0	0

**Darstellung der Maßnahme:**

Der Bereich Rechtsangelegenheiten besteht aus zwei Mitarbeitern, davon einer im mittleren und einer im gehobenen Dienst. Mit dem Abgang des Mitarbeiters im gehobenen Dienst durch Altersteilzeit kann diese Tätigkeit auf Grund der langjährigen Erfahrungen und einer entsprechenden Personalentwicklung durch den verbleibenden Mitarbeiter des mittleren Dienstes wahrgenommen werden. Die Besetzung der verbleibenden Stelle im mittleren Dienst kann dann auf 0,5 AE reduziert werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

Als abschließende Personalentwicklungsmaßnahme ist der Laufbahnwechsel des derzeitigen Mitarbeiters im mittleren Dienst Voraussetzung zur Realisierung der Maßnahme.

**Umsetzungsfolgen:**

Die Besetzung der verbleibenden Stelle im mittleren Dienst kann auf 0,5 AE reduziert werden. Dadurch ergibt sich ein Konsolidierungsbeitrag i. H. v. 28.650 €.



**Dezernat:** D3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 33/01

**Amt:** 33

**Maßnahmebezeichnung:** Erhöhung von Einnahmen - Verwaltungsgebühren im Standesamt

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 12222

Bezeichnung: Personenstandswesen

**Kurzbeschreibung:**

Mehreinnahmen für besonderen Aufwand bei Eheschließungen/Begründung von Lebenspartnerschaften und durch erhöhte Gebühren für Amtshandlungen gemäß der Sächsischen Personenstandsverordnung

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 30.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	1222202 33111100	30 000	30 000	30 000	30 000	30 000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Sächsische Personenstandsverordnung ermöglicht Mehreinnahmen in Form von Auslagen für besonderen Aufwand bei Eheschließungen/Begründung von Lebenspartnerschaften und durch erhöhte Gebühren für Amtshandlungen

**Umsetzungsbedingungen:**

Ausreichende Arbeitskapazität für den Einsatz von Standesbeamten auch außerhalb der Dienstzeiten und Dienstgebäude muss gewährleistet werden.

**Umsetzungsfolgen:**

Attraktive Angebote sind mit Mehrkosten für die Bürgerinnen und Bürger verbunden



**Dezernat:** D3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 33/02

**Amt:** 33

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung von Postgebühren

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 12222

Bezeichnung: Meldewesen/Bürgerservice

**Kurzbeschreibung:**

Lohnsteuerkarten wurden 2009 letztmalig durch die Meldebehörde ausgedruckt und versandt.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 30.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	1222201 44313000	30 000	30 000	30 000	30 000	30 000

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Finanzverwaltung übernimmt die Zuständigkeit für Steuerdaten (Elster Lohn II). Damit entfällt die Zuständigkeit der Meldebehörde für Druck, Versand und Änderung von Lohnsteuerkarten.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Wegfall der Portogebühren für den Versand, frei werdende Arbeitskapazitäten werden mit Einführung des elektronischen Ausweises (Nov. 2010) für das erweiterte Aufgabenspektrum benötigt.



**Dezernat:** D3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 33/03

**Amt:** 33

**Maßnahmebezeichnung:** Begrüßungsgeld für Studenten - Wegfall der Semesterbeitragsrückerstattung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 12222

Bezeichnung: Meldewesen/Bürgerservice

**Kurzbeschreibung:**

100,00 € Begrüßungsgeld als Unterstützung für Studierende, die erstmals ihren Hauptwohnsitz nach Chemnitz verlegen, Wegfall der bisherigen Rückerstattung von Semesterbeiträgen

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 145.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	1222201 42713500	145 000	145 000	145 000	145 000	145 000

**Darstellung der Maßnahme:**

Etwa 450 Studierende pro Jahr verlegen erstmals zum Zwecke des Studiums ihren Hauptwohnsitz nach Chemnitz und erhalten das Begrüßungsgeld (100,00 € --> 45 000 €). Die Rückerstattung von Semesterbeiträgen (31,00 € pro Semester --> ca. 190 000 €) wird eingestellt.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Die Berücksichtigung der Studierenden bei der Einwohnerzahl, da diese die Infrastruktur der Stadt nutzen und die Unterstützung der TU sind weiter gewährleistet.



**Dezernat:** 3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 33/04

**Amt:** 33

**Maßnahmebezeichnung:**

Stellenreduzierung in der Kfz-Zulassungsbehörde nach Einführung der IT-Anwendung  
Elektronische Aktenführung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 12212

Bezeichnung: Ordnungsaufgaben Amt 33/Kfz-Zulassung

**Kurzbeschreibung:**

Freigabe von 1,25 AE nach Einführung der elektronischen Aktenführung

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 47.952

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	12212 40121000		47 952	47 952	47 952	47 952
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Nach Einführung der elektronischen Aktenführung in der Kfz-Zulassungsbehörde werden 1,25 AE für die Bearbeitung der Kartei nicht mehr benötigt.

**Umsetzungsbedingungen:**

Realisierung der IT-Anwendung (Vorhaben wird bereits bearbeitet)

Zwei Beschäftigte (Verwaltungsangestellte, 0,4 AE und 0,75 AE) müssen umgesetzt werden.

**Umsetzungsfolgen:**

Die elektronische Aktenführung erlaubt das medienbruchfreie Arbeiten in der Kfz-Zulassungsbehörde.



**Dezernat:** 3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 33/05

**Amt:** 33

**Maßnahmebezeichnung:**

Stellenreduzierung (nach ATZ) in der Kfz-Zulassungsbehörde nach Einführung der IT-Anwendung Elektronische Aktenführung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 12212

Bezeichnung: Ordnungsaufgaben Amt 33/Kfz-Zulassung

**Kurzbeschreibung:**

Freigabe von 1 AE nach Einführung der elektronischen Aktenführung, Stelle wird nach Inanspruchnahme von ATZ nicht wieder besetzt.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 40.651

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	12212 40121000	3 388	40 651	40 651	40 651	40 651
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Nach Einführung der elektronischen Aktenführung in der Kfz-Zulassungsbehörde wird eine durch ATZ frei werdende Stelle nicht wieder besetzt.

**Umsetzungsbedingungen:**

Realisierung der IT-Anwendung (Vorhaben wird bereits bearbeitet)

**Umsetzungsfolgen:**

Die elektronische Aktenführung erlaubt das medienbruchfreie Arbeiten in der Kfz-Zulassungsbehörde.



**Dezernat:** D3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 33/06/01

**Amt:** 33

**Maßnahmebezeichnung:** Mobiler Bürgerservice - Anpassung an Bedarf

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 12222

Bezeichnung: Meldewesen, Bürgerservice

**Kurzbeschreibung:**

Der mobile Bürgerservice (MoBS) wird einmal monatlich in den Ortsteilen Einsiedel, Euba, Klaffenbach, Kleinolbersdorf-Altenhain, Mittelbach, Röhrsdorf und Wittgensdorf angeboten. Es können 2 AE freigegeben und Fahrtkosten gespart werden.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 83.802

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	1222201 40121000	81 302	81 302	81 302	81 302	81 302
Sachkosten	1222201 42513000	2 500	2 500	2 500	2 500	2 500

**Darstellung der Maßnahme:**

Nach der Auswertung der bisherigen Inanspruchnahme der Leistungen des MoBS in den genannten Ortsteilen ist die Reduzierung der Öffnungszeiten geboten. Die nachgefragten Fachdienstleistungen können mit der Öffnungszeit einmal monatlich ausreichend bedient werden. Das gesamte Netz der BSS in Chemnitz steht ja zusätzlich zur Verfügung.

**Umsetzungsbedingungen:**

2 Beschäftigte (2 AE - Verwaltungsang.) müssen umgesetzt werden. Wird die Maßnahme nicht umgesetzt, muss 2011 ein weiteres Fahrzeug (ca. 15.000 €) angeschafft werden.

**Umsetzungsfolgen:**

Es ist davon auszugehen, dass ein fester Tag im Monat nach Eingewöhnung akzeptiert wird.



**Dezernat:** 3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 33/07

**Amt:** 33

**Maßnahmebezeichnung:**

Stellenreduzierung nach Umverteilung von Aufgaben in der Fahrerlaubnisbehörde

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 12212

Bezeichnung: Fahrerlaubniswesen

**Kurzbeschreibung:**

Die Inanspruchnahme der Fahrerlaubnisbehörde erlaubt die Reduzierung um 1 AE.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 38.361

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	12212 40121000	38 361	38 361	38 361	38 361	38 361
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Freigabe von 1 AE

**Umsetzungsbedingungen:**

Aufgabenumverteilung von 1 AE und Umsetzung einer Beschäftigten  
(Verwaltungsangestellte)

**Umsetzungsfolgen:**

Punktuell kann es zu höheren Wartezeiten kommen.



**Dezernat:** 3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 36/01

**Amt:** 36

**Maßnahmebezeichnung:** Einsparung von Personal

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 56110

Bezeichnung: Umweltmaßnahmen

**Kurzbeschreibung:**

Einsparung von Personalkosten durch Abbau von Stellen, gestaffelt nach Jahren

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 224.900

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	-	0	0	0	0	0
Personalkosten	40112	0	0	49.580,00	74.370,00	74.370,00
Personalkosten	40122	0	21.430,00	28.490,00	145.000,00	150.530,00
Sachkosten	-	0	0	0	0	0

**Darstellung der Maßnahme:**

Maßnahme beinhaltet freie Stellenanteile und frei werdende Stellen nach Beendigung der Freistellungsphase Altersteilzeit (insgesamt 3,5 AE), die gestaffelt freigegeben werden. Die Personalkosteneinsparungen der einzelnen Jahre ergeben sich somit aus der erstmaligen Einsparung des jeweiligen Jahres zuzüglich der Einsparungen aus den Vorjahren, beginnend ab 2012.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Die bisherige Kontrolldichte kann nicht beibehalten werden. Durch die Streichung dieser Stellen wird es zur Verlängerung von Bearbeitungszeiten kommen. Freiwillige Aufgaben, beispielsweise durch den Stadtrat beschlossene Projekte, sind nicht mehr realisierbar.



**Dezernat:** 3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 36/02

**Amt:** 36

**Maßnahmebezeichnung:** Einsparung im Ergebnishaushalt

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 56110

Bezeichnung: Umweltschutzmaßnahmen

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung von Sachverständigenkosten, Einsparung von Kosten für Fahrzeugunterhaltung und Reduzierung der Fortbildungskosten

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 22.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	-	0	0	0	0	0
Personalkosten	-	0	0	0	0	0
Sachkosten	42513000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Sachkosten	44318500	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
Sachkosten	42613000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Einsparmöglichkeiten im Ergebnishaushalt:

- Kosten für Fahrzeugunterhaltung von 5.000 €, Aussonderung eines Fahrzeuges
- Reduzierung der Sachverständigenkosten (vorrangig sind Amtsermittlungen zu bearbeiten) in allen Fachabteilungen von insgesamt 15.000 €
- Reduzierung der Fortbildungskosten in allen Fachabteilungen (nur noch fachspezifische Weiterbildungen zu aktueller Gesetzgebung usw. – Grundlagen-schulungen sind i. A. abgeschlossen) von insgesamt 2.000 €

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 39/01

**Amt:** 39

**Maßnahmebezeichnung:** Personalabbau im Sekretariatsbereich

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1221304

Bezeichnung: Querschnitt und Service

**Kurzbeschreibung:**

Wegfall der Stelle Mitarbeiterin Sekretariat

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 19.180

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge		0	0	0	0	0
Personalkosten	122130440121000	0	12.787	19.180	19.180	19.180
Sachkosten		0	0	0	0	0

**Darstellung der Maßnahme:**

Durch verbesserte Ausstattung des Lebensmittelüberwachungs- und Veterinärarnotes mit Computerarbeitsplätzen werden anfallende Schreibarbeiten durch die amtlichen Tierärzte, Tiergesundheits- und Lebensmittelkontrolleure selbst ausgeführt. Nach Eintritt der Mitarbeiterin Sekretariat (Schreibkraft des Amtes) in die Altersrente kann die Stelle wegfallen.

**Umsetzungsbedingungen:**

Eintritt der Mitarbeiterin in die Altersrente zum 01.05.2012

**Umsetzungsfolgen:**

Arbeitsverdichtung (Mehrbelastung) bei den Mitarbeitern des Amtes durch zusätzliche Schreibarbeiten.



**Dezernat:** 3

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 39/02

**Amt:** 39

**Maßnahmebezeichnung:** Reduktion der Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, Kosmetika und Tabakerzeugnissen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1221302

Bezeichnung: Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung

**Kurzbeschreibung:**

Reduktion der Regelkontrollen in der amtlichen Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, Kosmetika und Tabakerzeugnissen verbunden mit einer Reduktion des Überwachungspersonals.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 102.873

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge		0	0	0	0	0
Personalkosten	122130240121000	102.873	102.873	102.873	102.873	102.873
Sachkosten		0	0	0	0	0

**Darstellung der Maßnahme:**

Im Bereich der amtlichen Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, Kosmetika und Tabakerzeugnissen wurde in den vergangenen Jahren bei den risikoorientierten Plankontrollen (Betriebskontrollen) eine gute bis sehr gute Erfüllungsquote (>70%) erzielt.

Angesichts der zurückgehenden Haushaltsmittel ist es auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse eines umfassenden interkommunalen Vergleichs mit Städten aus 8 verschiedenen Bundesländern gerechtfertigt, zukünftig bei den Plankontrollen eine Erfüllungsquote von 50 – 60% und damit ein befriedigendes Gesamtergebnis anzustreben, ohne die effektive Überwachung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes in der Stadt Chemnitz nachhaltig zu gefährden.

Durch die Absenkung der angestrebten Erfüllungsquote bei den risikoorientierten Betriebs-Regelkontrollen um bis zu 20 Prozentpunkte können 1,0 AE Lebensmittelkontrolleur und 0,825 AE Lebensmittelchemikerin eingespart werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

Umsetzung der betroffenen Mitarbeiter innerhalb der Stadtverwaltung Chemnitz.

**Umsetzungsfolgen:**

Die Reduktion von Personalstellen im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes hat unmittelbare Auswirkungen auf die Kontrolldichte (Kontrolldruck) und ggf. auch auf das Kontrollniveau (Kontrolltiefe).

Die zukünftig angestrebte Personalausstattung im Bereich der amtlichen Überwachung von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, Kosmetika und Tabakerzeugnissen liegt im bundesweitem Durchschnitt vergleichbar großer Städte wie Chemnitz.

# **Bereich Dezernat 5**



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 41/01

**Amt:** SE 41

**Maßnahmebezeichnung:** KW-Vermerke – Kommunale Musikschule Chemnitz

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 26310

Bezeichnung: Musikschule - Musikschulunterricht

**Kurzbeschreibung:**

~ Umsetzung von noch nicht realisierten KW-Vermerken

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 103.854

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge						
Personalkosten	2631001 40121000	204.474	204.474	204.474	204.474	204.474
Sachkosten	2631001 40192000	-100.620	-100.620	-100.620	-100.620	-100.620

**Darstellung der Maßnahme:**

~ Bei den Pädagogenstellen 41 16 200 020; 41 16 210 020; 41 16 210 030; 41 16 220 020 und 41 16 220 030 handelt es sich um Stellen mit einem noch nicht realisierten KW-Vermerk.

**Umsetzungsbedingungen:**

Die freiwerdenden Stellen müssen durch Honorarpersonal ausgeglichen werden.

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 41/02

**Amt:** SE 41

**Maßnahmebezeichnung:** Kürzung der Zuschüsse für laufende Zwecke an gemeinnützige Vereine u. ä. Einrichtungen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 28110  
Bezeichnung: Kulturbüro - Kulturarbeit

**Kurzbeschreibung:**

~ Überprüfung der Förderkriterien und Neuausrichtung der Förderung

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 80.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	2811001 43181110	30.000	30.000	80.000	80.000	80.000

**Darstellung der Maßnahme:**

~ Dem KB liegt ein durch den Stadtrat 2009 bestätigtes Handlungsmodell vor. Auf Grundlage dessen wird künftig Kulturarbeit bewert- bzw. auswertbar sein. Entsprechende statistische Zahlen müssen gesammelt und ausgewertet werden. Im Anschluss erfolgt eine Neubewertung der Förderrichtlinien bzw. Kriterien und Optimierung der Förderung. Eine umfangreich geprüfte Kürzung der Fördersumme ist nur stufenweise realistisch durchführbar.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 41/03

**Amt:** SE 41

**Maßnahmebezeichnung:** Einstellung der Planung, Koordinierung und Durchführung des Festivals Begegnungen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 28110

Bezeichnung: Kulturbüro - BgA Festival Begegnungen

**Kurzbeschreibung:**

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 65.500

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	2811003 33211210	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
Sachkosten	2811003 44316100	115.500	115.500	115.500	115.500	115.500

**Darstellung der Maßnahme:**

~ Auf die Planung, Koordinierung und Durchführung des Festivals Begegnungen wird künftig verzichtet. Alle dafür geplanten Ausgabeansätze können konsolidiert werden. 1,000 AE werden im Stellen- und Besetzungsplan der SE 41 bzw. 41/16 gestrichen. Die zukünftige Kernaufgabe des Kulturbüros erstreckt sich ausschließlich auf die Kulturarbeit in Form der Förderung. Inbegriffen ist dabei die Kulturentwicklungsplanung, da die beiden in gegenseitiger Abhängigkeit stehen. Zusätzlich wird das Angebot der Museumsnacht weiterhin vorgehalten und mögliche kleinere Projekte angeboten.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 41/04

**Amt:** DASTietz und SE 41

**Maßnahmebezeichnung:** Gründung bzw. Erweiterung des Kulturbetriebs

**Produktuntergruppe:**

Nr. :

Bezeichnung:

**Kurzbeschreibung:**

Gründung eines neuen Kulturbetriebs mit den Geschäftsbereichen DASTietz, Kommunale Musikschule und Kunst- und Kulturförderung/ Kulturentwicklungsplanung; diese Maßnahme entspricht dem Vorschlag der SPD-Fraktion

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 490.450

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Personalkosten	2631003.40121000		111.270	111.270	111.270	111.270
Personalkosten	2811002.40121000		79.180	79.180	79.180	79.180
Sachkosten	* . 43151100			100.000	200.000	300.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Mit der Gründung eines neuen Kulturbetriebs bestehend aus den Geschäftsbereichen DASTietz, Kommunaler Musikschule und Kunst- und Kulturförderung/ Kulturentwicklungsplanung können Synergien durch Personalreduzierung und Ausschöpfung von Reserven erzielt werden. Für den Bereich des Kulturbüros und der Musikschule bedeutet dies: Schaffung eines Geschäftsbereichs Kulturförderung/Kulturentwicklungsplanung einschließlich Projektstätigkeit und Geschäftsbereich Kommunale Musikschule. Mithin kann die Stelle Leiter/in Kulturbüro konsolidiert werden. Weiterhin erfolgt die Umstrukturierung des Verwaltungsbereichs – Neuausrichtung einer gemeinsamen Verwaltung für die Geschäftsbereiche Musikschule und Kulturförderung. Durch diese Zusammenlegung wird notwendiges Personal in der Musikschule, wie Öffentlichkeitsarbeit und Sekretariat, ersetzt. Ein/e zweite/r Verwaltungsleiter/in wird künftig nicht mehr nötig sein, diese Stelle wird als Sachbearbeiterstelle umgewandelt. Durch die gestiegenen Schülerzahlen, fällt erheblich mehr Verwaltungsmehrarbeit an, welche durch diese/n Sachbearbeiter/in übernommen wird. Diese wird künftig durch eine zusätzliche Verwaltungskraft erledigt. Nach Abgang der Stelleninhaberin erfolgt die Wandlung der Entgeltgruppe 9 in die Entgeltgruppe 8. Für den Bereich DASTietz werden Synergien erwartet, durch welche 6 AE konsolidiert werden. Dadurch reduziert sich der Zuschuss der Stadt an DASTietz in der ausgewiesenen Höhe. Die entsprechenden Produktbereiche (\*) der PSK können erst nach Gründung des Betriebes genannt werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Mit der Gründung eines neuen Kulturbetriebes mit den o. g. Geschäftsbereichen soll eine größere Transparenz für die Bevölkerung und Nutzer der Kunst- und Kulturszene geschaffen werden. Durch Ausnutzung von Synergien und Kapazitäten soll der künftige kommunale Zuschuss an den Kulturbetrieb stabilisiert werden.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 41/05

**Amt:** SE 41

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung 1 AE

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 28110

Bezeichnung: Kulturarbeit

**Kurzbeschreibung:**

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 51.440

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge						
Personalkosten	2811001 40121000	51.440	51.440	51.440	51.440	51.440
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

~ Auf die Planung, Koordinierung und Durchführung des Festivals Begegnungen wird künftig verzichtet. Gleichzeitig hat die SE 41 1,000 AE im Stellen- und Besetzungsplan SE 41 zu streichen.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 49/01

**Amt:** SE 49

**Maßnahmebezeichnung:** Nichtwiederbesetzung 1 AE (Öffentlichkeitsarbeit)

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 25220

Bezeichnung: Kunstsammlungen Chemnitz

**Kurzbeschreibung:**

Die Stelle Öffentlichkeitsarbeit in den Kunstsammlungen Chemnitz wird nicht wieder besetzt.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 68.578

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	2522001.40121000				68578	68578
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Stelle Öffentlichkeitsarbeit in den Kunstsammlungen Chemnitz wird nicht wieder besetzt, nachdem der jetzige Stelleninhaber zum 31.07.2014 in Altersrente gegangen ist.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Die Öffentlichkeitsarbeit wird innerhalb der Kunstsammlungen Chemnitz umstrukturiert.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 49/02

**Amt:** SE 49

**Maßnahmebezeichnung:** Zusätzliche Einnahmen/ Erhebung von zusätzlichen Eintrittsgeldern

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 25220

Bezeichnung: Kunstsammlungen Chemnitz

**Kurzbeschreibung:**

Zusätzliche Einnahmen/ Erhebung von zusätzlichen Eintrittsgeldern

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 50.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	2522001.33219100	14000	14000	14000	14000	14000
Erträge Villa Esche	2522001.33211120	36000	36000	36000	36000	36000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Kostenpflichtige Vergabe von Reproduktionsrechten (Verleihen von Ektachromen und Fotoarbeiten) über die Fotoagentur der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und damit Generierung von zusätzlichen Einnahmen. Weiterhin wird geprüft, ob die Erhebung von Eintrittsentgelten im Henry van de Velde Museum in der Villa Esche und damit dessen Aufnahme in die Entgeltordnung der Kunstsammlungen Chemnitz sinnvoll und wirtschaftlich ist.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 49/03

**Amt:** SE 49

**Maßnahmebezeichnung:** Einsparung Ausstellungskosten im Museum Gunzenhauser

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 25220

Bezeichnung: Kunstsammlungen Chemnitz

**Kurzbeschreibung:**

Einsparung Ausstellungskosten im Museum Gunzenhauser

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 50.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	2522004.42711000		50000	50000	50000	50000

**Darstellung der Maßnahme:**

Ab dem Jahr 2012 werden die Ausstellungskosten im Museum Gunzenhauser um 50.000 € gekürzt.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Das Ausstellungsprogramm des Museum Gunzenhauser wird sich zum größten Teil auf die ständige Ausstellung beziehen müssen.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 49/04

**Amt:** SE 49

**Maßnahmebezeichnung:** Einsparung 1 AE im technischen Bereich

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 25220

Bezeichnung: Kunstsammlungen Chemnitz

**Kurzbeschreibung:**

Einsparung von 1 AE im technischen Bereich.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 40.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	2522001.40121000				40.000	40.000
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Einsparung von 1 AE im technischen Bereich.

**Umsetzungsbedingungen:**

Ausgleich der Arbeitskraft durch Kooperation mit der Oper Chemnitz

**Umsetzungsfolgen:**



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 49/05

**Amt:** SE 49

**Maßnahmebezeichnung:** Einsparung 1 AE im technischen Bereich

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 25220

Bezeichnung: Kunstsammlungen Chemnitz

**Kurzbeschreibung:**

Einsparung von 1 AE im technischen Bereich.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 40.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	2522001.40121000				40.000	40.000
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Einsparung von 1 AE im technischen Bereich.

**Umsetzungsbedingungen:**

Ausgleich der Arbeitskraft durch Kooperation mit der Oper Chemnitz

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 49/06

**Amt:** SE 49

**Maßnahmebezeichnung:** Einsparung Ergebnishaushalt

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 25220

Bezeichnung: Kunstsammlungen Chemnitz

**Kurzbeschreibung:**

Weitere Konsolidierung ab 2014 mit 50.000 € im Ergebnishaushalt.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 50.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	Budget 549000				50.000	50.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Weitere Konsolidierung ab 2014 mit 50.000 € im Ergebnishaushalt.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Weitere Einschränkung in der Museumsarbeit.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 50/01

**Amt:** 50

**Maßnahmebezeichnung:** Ausbau Fachcontrolling und Qualitätssicherung für Unterkunftskosten (KdU) SGB II

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 31210

Bezeichnung: Leistungen für Unterkunft und Heizung

**Kurzbeschreibung:**

Einführung eines Fachcontrolling und Qualitätssicherungssystems durch:

- Überprüfung der bisherigen Rechtsanwendung § 22 SGB II nach „Kostentreibern“ (intern)
- Regelmäßige Aktenanalyse
- Aufbau eines Kennzahlensystems
- Aufgabenbündelung in ARGE SGB II Chemnitz

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 500.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	3121000 44611000	300000	500000	500000	500000	500000
Aufw. Sachkosten	3518000 44318100	-10.000				

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Ist-Stand (gesetzliche Grundlagen, bisherige Praxis)

- Leistung KdU liegt gem. § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. § 22 SGB II in Zuständigkeit der Kommune
- Leistungserbringung erfolgt in der ARGE SGB II Chemnitz

2. bisheriges Ausgabevolumen bzw. bisheriger Stellenumfang

- 60.898.000 € Ausgaben jährlich (Stand 2009)

3. interkommunaler Vergleich

- Ausgaben für KdU je Bedarfsgemeinschaft
- Durchschnitt in Sachsen 257 €
- Chemnitz 271 €
- Zwickau 257 €
- Leipzig 273 €

4. Umfang und Wirkungskreis der Veränderung

- Aufbau eines EDV-gestützten Fachcontrollings zur Qualitätssicherung bei der KdU-Bearbeitung in der ARGE

- passgenaue Steuerung durch ein geeignetes Kennzahlensystem sowie auf Grundlage von Aktenanalysen
- bei Bedarf frühzeitiges Einleiten von Gegensteuerungsmaßnahmen möglich

5. innovativer Ansatz

- entfällt, da Ansätze bzgl. Qualitätsmanagement zur Verbesserung der Bearbeitungsabläufe bereits in vielen Kommunen und auch bei der Bundesagentur für Arbeit praktiziert werden

**Umsetzungsbedingungen:**

- Aufbau eines EDV-gestützten Controllings
- Steuerungsfähigkeit der KdU-Gewährung in ARGE SGB II Chemnitz durch veränderte Strukturen erhöhen - ist mit Agentur vertraglich zu vereinbaren.
- Sachkosten in Höhe von 10.000 € im Jahr 2011 für den Aufbau eines EDV-gestützten Controllings (siehe Pkt. Konsolidierungsbeitrag)

**Umsetzungsfolgen:**

- Verbesserung der Bearbeitungsqualität und Reduzierung der Ausgaben für die Leistung
- evtl. erhöhtes Widerspruchs- und Klageaufkommen
- erhöhter Aufwand für Einzelfallprüfungen und Widerspruchs- und Klagebearbeitung (intern)



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 50/02

**Amt:** 50

**Maßnahmebezeichnung:**

Senkung der KdU-Aufwendungen durch arbeitsmarktbedingte Senkung der Fallzahlen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 31210

Bezeichnung: Leistungen für Unterkunft und Heizung

**Kurzbeschreibung:**

Senkung der Ausgaben in Erwartung sinkender Fallzahlen infolge positiver Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt durch:

- die Erholung der Wirtschaft nach Abflauen der Finanzkrise und
- den Fachkräfte-/Nachwuchsmangel (Geburtenknick)

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 2.000.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	3121000 44611000			1.200.000	1.500.000	2.000.000

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Ist-Stand (gesetzliche Grundlagen, bisherige Praxis)

- Leistung KdU liegt gem. § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. § 22 SGB II in Zuständigkeit der Kommune
- Leistungserbringung erfolgt in der ARGE SGB II Chemnitz

2. bisheriges Ausgabevolumen

60.898 T € für KdU im Jahr 2009

3. interkommunaler Vergleich

Ausgaben für KdU je Bedarfsgemeinschaft

- Durchschnitt in Sachsen 257 €
- Chemnitz 271 €
- Zwickau 257 €
- Leipzig 273 €

4. Umfang und Wirkungskreis der Veränderung

- Verringerungen der Fallzahlen bei den Leistungsempfängern nach SGB II durch erhöhte Integrationszahlen bei der Vermittlung in Arbeit und verminderte Zugänge aufgrund der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt
- unterstützt werden die Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit bei Bedarf wie bisher durch kommunale Eingliederungsleistungen, z. B. Schuldnerberatung, psycho-

soziale Betreuung der Leistungsempfänger

5. innovativer Ansatz

- entfällt -

**Umsetzungsbedingungen:**

- Fortsetzung des positiven Trends auf dem Arbeitsmarkt

**Umsetzungsfolgen:**

- Reduzierung der Ausgaben für die Leistung



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 50/02a

**Amt:** 50

**Maßnahmebezeichnung:** Erarbeitung und Anwendung eines schlüssigen Konzeptes für die Bestimmung der örtlichen Angemessenheit der Unterkunftskosten (Referenzmieten) nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II)

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 31210

Bezeichnung: Leistungen für Unterkunft und Heizung

**Kurzbeschreibung:**

- Anwendung eines auf wissenschaftlicher Grundlage erstellten Konzeptes
- Erreichen einer rechtssicheren und wirtschaftlicheren Beurteilung der Angemessenheit
- Beachtung des Mietspiegels und anderer Daten
- Beauftragung eines sachkundigen Externen

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 1.000.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	3121000 44611000	300.000	500.000	800.000	1.000.000	1.000.000
Aufw. Sachkosten	3121000 44611000	-30.000				

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Ist-Stand (gesetzliche Grundlagen, bisherige Praxis)

- Leistung KdU liegt gem. § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. § 22 SGB II in Zuständigkeit der Kommune
- Leistungserbringung erfolgt in der ARGE SGB II Chemnitz

2. bisheriges Ausgabevolumen

60.898 T € für KdU im Jahr 2009

3. interkommunaler Vergleich

Ausgaben für KdU je Bedarfsgemeinschaft

- Durchschnitt in Sachsen 257 €
- Chemnitz 271 €
- Zwickau 257 €
- Leipzig 273 €

4. Umfang und Wirkungskreis der Veränderung

- Rechtsanwendung im Leistungsbereich SGB II und XII
- Anwendung durch ARGE SGB II und Sozialamt

- Anpassung der Leistungspraxis an Rechtsprechung des Bundessozialgerichts
- Nutzung preiswerten Wohnraums, u.a. auch beim kommunalen Wohnungsunternehmen

5. innovativer Ansatz

- Beauftragung eines unabhängigen und sachverständigen Dritten
- Abstimmung mit Wohnraumbedarfsplanung im Rahmen SEKO und Mietspiegel

**Umsetzungsbedingungen:**

- Erarbeitung eines Gutachtens durch einen geeigneten, sachverständigen Dritten
- ca. 30.000 € Sachkosten für Gutachten im Jahr 2011 (siehe Pkt. Konsolidierungsbeitrag)

**Umsetzungsfolgen:**

- erhöhter Aufwand für Einzelfallentscheidungen
- veränderte Rechtspraxis gegenüber der gegenwärtigen Situation
- höhere Flexibilität am Wohnungsmarkt bei Mietern und Vermieter erforderlich
- Vermeidung von Mietpreissteigerungen (Einkommensorientierung)



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 50/03

**Amt:** 50

**Maßnahmebezeichnung:** Einrichten eines gemeinsamen Kundenportals für finanzielle soziale Leistungen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 35180

Bezeichnung: Sonstige Soziale Angelegenheiten - örtlicher Träger

**Kurzbeschreibung:**

- Vorhaben umfasst Wohngeld, Elterngeld, Schweb, Blindengeld, Unterhaltssicherung, Chemnitzpass, Grundsicherung im Alter (A 50), BAföG und Unterhaltsvorschuss (A 51)
- Bündelung der Kundenprozesse (Leistungen aus einer Hand) für verschiedene, zum Teil abhängige soziale Leistungen
- Trennung der Bearbeitungsabläufe in Front- und Backoffice

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 174.752

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge						
Personalkosten	3518000 40121000		38.361	38.361	38.361	38.361
Personalkosten	3515000 40121000		45.740	45.740	45.740	45.740
Personalkosten	3113200 40121000		40.651	40.651	40.651	40.651
Personalkosten	* 40121000			50.000	50.000	50.000
Aufw. Sachkosten	3518000 44318100	-65.000				

\* noch nicht spezifizierte Stelle im Bereich A 51

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Ist-Stand (gesetzliche Grundlagen, bisherige Praxis)

- anzuwendende Gesetze sind:

A 50 - Wohngeldgesetz (WoGG),

A 50 - Bundeselterngeld- und Landeserziehungsgeldgesetz (BEEG, LErzGG),

A 50 - Anerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft nach Neunten Buch Sozialgesetzbuch (§ 69 SGB IX), Sächsisches Landesblindengeldgesetz (LBlindG),

A 50 - Gesetz über die Sicherung des Unterhalts der zum Wehrdienst einberufenen Wehrpflichtigen und ihrer Angehörigen (USG)

A 50 - Verwaltungsrichtlinie Chemnitzpass (CP),

A 50 - Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII); Viertes Kapitel, Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung

A 51 - Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG),

A 51 - Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (UhVorschG)

- Leistungsgewährung und Aufgabenwahrnehmung erfolgt bisher an sieben unterschiedlichen Stellen innerhalb der Verwaltung, so auch Beratung, Ausgabe und Entgegennahme von Anträgen

- für Leistungen bzw. Aufgaben nach dem WoGG, BEEG, LErzGG, § 69 SGB IX, LBlindG, CP und SGB XII - Viertes Kapitel, sind in unmittelbarer Nähe der Fachbereiche vier Ser-

- vicestellen (Erfahrungen im Front- und Backofficebetrieb) vorhanden
- bei möglichen gleichzeitigen sich ggf. bedingenden Leistungen kommt es zu Mehrfachkonsultationen der Verwaltung durch den jeweiligen Antragsteller

Die Umsetzung der Maßnahme bindet sich in die Maßnahme 18/02, Teilabschnitt "Aufbau eines Servicecenters nach den Vorgaben der D115 - Zugang zu den Produkten und Leistungen über ein Service- und Dienstleistungsportal" ein und erfolgt zunächst ämterübergreifend im Rahmen der bestehenden Ämterstrukturen.

2. bisheriges Ausgabevolumen bzw. bisheriger Stellenumfang
- siehe 1.

3. interkommunaler Vergleich
- bundesweit noch keine Praxisbeispiele vorhanden

4. Umfang und Wirkungskreis der Veränderung
- Schaffung einer zentralen Anlauf-/Ansprechstelle für Kunden („one face to customer“)
  - ämterübergreifender Ansatz ist mit hohem Veränderungsmanagement verbunden

5. innovativer Ansatz
- optimale Leistungsgestaltung (insbesondere bei „Leistungsmix“) für Kunden
  - kundenbezogene Prozessabläufe (kurze Wege, Leistung im „ersten Anlauf“ "one stop government")
  - effiziente interne Verwaltungsabläufe

**Umsetzungsbedingungen:**

1. Technisch, organisatorisch
- Schaffung angepasster räumlicher Voraussetzungen (Kundenzentrumsstruktur analog Arbeitsagentur) Klärung mit dem Vermieter notwendig
  - Anpassung der EDV- und Büroausstattung im Kundenzentrum
  - Entwurf veränderter Prozessabläufe einschließlich Besuchersteuerung und - terminierung
  - Lizenzerweiterungen der Fachanwendungen,
  - Entwicklung multiprofessioneller Sachbearbeiter (Schulungsbedarf)
  - Bereitstellung von ca. 60 T€ für die investive Umsetzung der o. g. Sachverhalte
  - datenschutzrechtliche Zulässigkeit
2. Projektplanung und -umsetzung
- Für die Entwicklung eines umsetzungsreifen Konzeptes wird eine sachverständige Beratungsfirma beauftragt (ca. 65 T€).
  - Organisationanalysen etc. erfolgen intern

	Maßnahme- nummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen	3518000902001	60.000				
Zuschüsse						

**Umsetzungsfolgen:**

- a. nach außen - positive Wirkung, starke Kundenorientierung
- b. nach innen - interne Veränderungswiderstände sind zu bewältigen



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 50/04

**Amt:** 50

**Maßnahmebezeichnung:** Ausbau Fallmanagement 3. Kapitel SGB XII (HLU)

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 31110

Bezeichnung: Hilfe zum Lebensunterhalt

**Kurzbeschreibung:**

- Durchführung eines strukturierten Fallmanagements mit den Schwerpunkten:
  - ~ qualifizierte Zugangs- und Auswegsberatung
  - ~ Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit (Überführung in Hilfen nach SGB II) oder Feststellung der dauerhaften Erwerbsminderung
- Einführung einer IT-gestützten Hilfeplanung u. Ergebnisanalyse sowie Erweiterung des Controllingsystems mittels OPEN-Prosoz- Software

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 227.380

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	3111000 43311100	120.000	240.000	240.000	240.000	240.000
Aufw. Sachkosten	3518000 42221000	-12.250	-12.620	-12.620	-12.620	-12.620

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Ist-Stand (gesetzliche Grundlagen, bisherige Praxis)
  - § 12 SGB XII (Leistungsabsprache)
  - einfache Zugangsberatung, Auswegsberatung mit Fallmanagement in wenigen ausgewählten Fällen
2. bisheriges Ausgabevolumen bzw. bisheriger Stellenumfang
  - 2.500.000 € Ausgaben für die Leistung (Stand 2009)
3. interkommunaler Vergleich
  - Ausgaben je Einwohner
  - Chemnitz: 10,50 €
  - Halle 4 €
  - Mainz 11 €
  - Braunschweig 6 €
  - Veränderungsvorhaben bzgl. Fallmanagement wird bisher nur in einzelnen Kommunen praktiziert (z. B. Kassel)

4. Umfang und Wirkungskreis der Veränderung

- intern: Fallzahlreduzierung und Kostensenkung durch qualifizierte Zugangs- und Auswegsberatung
- extern: Aktivierung des Selbsthilfepotentials der Hilfeempfänger

5. innovativer Ansatz

- neuer Ansatz zur weiteren Verbesserung der Qualität des Fallmanagements

**Umsetzungsbedingungen:**

- 20.000 € für zusätzlich 20 Lizenzen PROSOZ- Fallmanagement -Modul im Jahr 2011
- 12.500 € jährlich für laufende Pflegekosten für die Fachanwendung ab dem Jahr 2011 (siehe Pkt. Konsolidierungsbeitrag)

	<b>Maßnahme- nummer</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Investitionen	35180000902001	20.000				
Zuschüsse						

**Umsetzungsfolgen:**

- Reduzierung der Ausgaben für die Leistung durch verbessertes Fallmanagement



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 50/05

**Amt:** 50

**Maßnahmebezeichnung:** Ausbau Fallmanagement 6. Kapitel SGB XII (ambulante Eingliederungshilfe für Behinderte)

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 31131

Bezeichnung: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

**Kurzbeschreibung:**

- Durchführung eines strukturierten Fallmanagements
- Weiterer Ausbau des Bedarfsbemessungsverfahrens
- Einführung einer IT-gestützten Hilfeplanung u. Ergebnisanalyse sowie Erweiterung des Controllingsystems mittels OPEN-Prosoz- Software

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 500.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	3113100 43322400	60.000	120.000	120.000	120.000	120.000
	3113100 43321400	60.000	120.000	120.000	120.000	120.000
	3113100 43321300	60.000	120.000	120.000	120.000	120.000
	3113100 43313400	60.000	120.000	120.000	120.000	120.000
	3133100 43343500	10.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Aufw.Sachkosten	3518000 42613000	-3.500				

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Ist-Stand (gesetzliche Grundlagen, bisherige Praxis)

- § 53 SGB XII (Gesamtplan)
- Begutachtungen durch Dritte ohne Finanzverantwortung

2. bisheriges Ausgabevolumen bzw. bisheriger Stellenumfang

- 4.400.000 € Ausgaben für die Leistung (Stand 2009)

3. interkommunaler Vergleich

Ausgaben je Einwohner

- Chemnitz 18 €
- Halle 32 €
- Mainz 13 €
- Braunschweig 15 €

4. Umfang und Wirkungskreis der Veränderung

- intern: - Kompetenzen neu regeln

- Bedarfsbemessungssysteme weiter entwickeln
- extern: - bedarfsgerechte wirksame und wirtschaftliche Gestaltung der individuell notwendigen Hilfen

#### 5. innovativer Ansatz

- neuer Ansatz bei der Eingliederungshilfe (Selbstentwicklung)
- bundesweit sind noch keine Praxisbeispiele
- Nutzung der Fallmanagementsoftware von OPEN für die Eingliederungshilfe

#### **Umsetzungsbedingungen:**

- zusätzliche Lizenzen und Pflegekosten für die Fachanwendung, sind in der Maßnahme 50/04 "Ausbau Fallmanagement 3. Kapitel SGB XII (HLU)" enthalten
- 2011 Schulungsbedarf für Mitarbeiter in Höhe von ca. 3.500 € (siehe Sachkostenaufwand)

#### **Umsetzungsfolgen:**

Reduzierung der Ausgaben für die Leistung durch verbessertes Fallmanagement



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 50/06

**Amt:** 50

**Maßnahmebezeichnung:** Ausbau Fallmanagement 8. Kapitel SGB XII (WLH)

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 31150  
 Bezeichnung: Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen

**Kurzbeschreibung:**

- Durchführung eines strukturierten Fallmanagements mit den Schwerpunkten:
  - ~ qualifizierte Zugangs- und Auswegsberatung
  - ~ Verselbständigung, eigenständige Lebensführung ( Wohnen)
- Einführung einer IT-gestützten Hilfeplanung und Ergebnisanalyse sowie Erweiterung des Controllingsystems mittels der OPEN-Prosoz- Software

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 50.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	3115000 43314400	35000	50000	50000	50000	50000

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Ist-Stand (gesetzliche Grundlagen, bisherige Praxis)
2. bisheriges Ausgabevolumen bzw. bisheriger Stellenumfang
  - 135.000 € (Stand 2009)
  - entspricht 0,56 €/Einwohner
3. interkommunaler Vergleich
  - kein Vergleich möglich
4. Umfang und Wirkungskreis der Veränderung
  - intern: Fallzahlreduzierung und Kostensenkung
  - extern: Aktivierung des Selbsthilfepotentials der Klientel
5. innovativer Ansatz
  - entfällt -

**Umsetzungsbedingungen:**

- zusätzliche Lizenzen und Pflegekosten für die Fachanwendung, sind in der Maßnahme "Ausbau Fallmanagement 3. Kapitel SGB XII (HLU)" enthalten, Schulungen der Mitarbeiter in der Maßnahme "Ausbau Fallmanagement 6. Kapitel SGB XII (ambulante Eingliederungshilfe für Behinderte)"

**Umsetzungsfolgen:**

- verbessertes Fallmanagement



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 50/07

**Amt:** 50

**Maßnahmebezeichnung:** Wirtschaftliche Leistungserbringung SGB XII  
(Strukturoptimierung)

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 31120 und 31220

Bezeichnung: Hilfe zur Pflege (SGB XII) und Eingliederungsleistungen nach dem SGB II

**Kurzbeschreibung:**

- Zusammenlegung von 5 auf 4 Sachgebiete
- Einrichtung von Fachteams
- Kompensation von Stellen (Sachgebietsleiter, Schuldnerberater - Altersteilzeit)

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 111.637

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge						
Personalkosten	3112000 4012100	58.425	58.425	58.425	58.425	58.425
Personalkosten	3122000 4012200			53.212	53.212	53.212
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Ist-Stand (gesetzliche Grundlagen, bisherige Praxis)

- Leistungserbringung der Abteilung Sozialhilfe ist bisher wie folgt strukturiert:
  - Sachgebiet Schuldnerberatung, psychosoziale Beratung
  - Sachgebiet Sozialhilfe - Einrichtungen, Ermittlung, Unterhalt
  - Sachgebiet Eingliederungshilfe
  - 2 Sachgebiete Leistungsstellen Sozialhilfe

2. bisheriges Ausgabevolumen bzw. bisheriger Stellenumfang

- entfällt -

3. interkommunaler Vergleich

Fallzahlen für die Leistungsbearbeitung 3. und 4. Kapitel SGB XII Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

- Chemnitz 1:143
- Darmstadt 1:153
- Kassel 1:156
- Erlangen 1:138

#### 4. Umfang und Wirkungskreis der Veränderung

- Struktur neu: Reduzierung auf 4 Sachgebiete durch:
  - Bündelung der Fachkompetenzen der Schuldnerberater und der Leistungsbearbeitung bei der Leistungserbringung Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Miet- und Energieschuldenbearbeitung getrennt nach mit und ohne Fallmanagement
  - Bündelung der Fachkompetenzen in einem Fachteam bei der Leistungserbringung Eingliederungshilfe und ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege
  - Bündelung der Fachkompetenzen Sozialarbeit und Ermittlertätigkeiten sowie Unterhaltsbearbeitung
  - im Ergebnis wird eine Stellenreduzierung um 2,0 AE in der Abteilung Sozialhilfe erreicht
  - weitere Personalkürzungen sind bereits in den Maßnahmen "Einführung eines Kundenportals" und "Umstellung auf elektronische Aktenführung" enthalten
- Maßnahme entspricht auch dem Vorschlag der Fraktion DIE LINKEN: "Verschlankung der Verwaltungsstrukturen"

#### 5. innovativer Ansatz

- entfällt -

#### **Umsetzungsbedingungen:**

- Änderung der Stellenbeschreibungen
- Überprüfung von Entgeltgruppen/ggf. Neueinstufung

#### **Umsetzungsfolgen:**

- neue Struktur der Abteilung Sozialhilfe
- Stellenreduzierung durch Nutzen von Synergieeffekten



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 50/08

**Amt:** 50

**Maßnahmebezeichnung:** Umstellung auf elektronische Aktenführung und Anwendung Sammeldruckverfahren

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 35180

Bezeichnung: Sonstige soziale Angelegenheiten - örtlicher Träger

**Kurzbeschreibung:**

- die Fachanwendung OPEN wird mit einem geeigneten Dokumentenmanagementsystem verknüpft
- Wegfall von manueller Aktenführung, Kopierarbeiten, Archivierung, Vertretungsproblemen

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 90.374

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	3113100 40121000		51.440	51.440	51.440	51.440
Personalkosten	3112000 40121000			51.440	51.440	51.440
Personalkosten	3518000 40121000			16.494	16.494	16.494
Sachkosten	3518000 42221000	-29.000	-29.000	-29.000	-29.000	-29.000
Sachkosten	3518000 42613000	-13.200				

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Ist-Stand (gesetzliche Grundlagen, bisherige Praxis)

- elektronisches Fachverfahren mit Aktenführung in Papierform für die Leistungsgewährung nach SGB XII sowie Asylbewerberleistungsgesetz

2. bisheriges Ausgabevolumen bzw. bisheriger Stellenumfang

- jährlich werden ca. 450.000 Blatt per Hand kopiert bzw. versendet
- zzt. ca. 4.300 laufender Aktendeckelbestand, der jährlich um ca. 50% erneuert wird, Kosten pro Akte 1,50 €, gesamt 3.225 €
- jährliche Wartung und Pflege der 132 Hängeregistratorschränke
- Raumkapazitäten für Archiv notwendig
- Wegfall von Archivierungsaufwand für Altakten

3. interkommunaler Vergleich

- papierlose elektronische Aktenführung wird bisher nur in wenigen Kommunen praktiziert (z. B. Bremerhaven, Konstanz, Magdeburg)

4. Umfang und Wirkungskreis der Veränderung

- wesentliche Vereinfachung der Arbeitsabläufe bei der Leistungsbearbeitung einschl.

- der Bearbeitung des Postein- und -ausgangs
- Abwesenheitsvertretungen sind zeitsparend und einfach zu praktizieren
  - Wegfall von Transportwegen (Papierunterlagen, Akten)
  - erhebliche Minimierung der Bürokosten (Wegfall von Papier, Schränken, Aktendeckeln)
  - Wegfall von Archivfläche und künftig ggf. anfallender zusätzlicher Raummieten für Archiv
  - daraus resultiert eine mögliche Reduzierung von Stellen (2,5 AE) durch Einsparung von bisher erforderlicher Kapazität für die Sachbearbeitung und Archivierung

5. innovativer Ansatz

- wesentlicher Beitrag zur Vereinfachung verwaltungsinterner Abläufe
- papierlose elektronische Aktenführung wird bisher in Chemnitz noch nicht praktiziert, auch bundesweit sind nur wenige Beispiele vorhanden
- Musterprozess für die Einführung e-Government in der SVC

**Umsetzungsbedingungen:**

- Einführung der entsprechenden Software und ergänzender Hardware (Scanner, Bildschirme), Investitionskosten 190.400 € und 13.200 € für Anwenderschulung im Jahr 2011
- jährliche Pflegekosten in Höhe von 29.000 € ab dem Jahr 2011 (siehe Pkt. Konsolidierungsbeitrag)
- Investition für Sammeldruck und Kuvertierung (zentral in der Verwaltung zu planen)
- teilweise Umstellung der Arbeitsorganisation

	Maßnahme- nummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen	3518000902001	190.400				
Zuschüsse						

**Umsetzungsfolgen:**

Betriebliches Gesundheitsmanagement erforderlich (Bewegungsarmut entgegenwirken, Beispiel: Bundesagentur für Arbeit)



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 50/09

**Amt:** 50

**Maßnahmebezeichnung:** Rückübertragung einer Aufgabe an die Landesdirektion Chemnitz

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 35180

Bezeichnung: Sonstige soziale Angelegenheiten örtlicher Träger

**Kurzbeschreibung:**

- Landesdirektion führt diese Landesaufgabe in der Erstaufnahmeeinrichtung selbst aus

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 22.870

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	3518000 40121000	22.870	22.870	22.870	22.870	22.870
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Ist-Stand (gesetzliche Grundlagen, bisherige Praxis)

- Aufgabenerledigung durch die Kommune ohne Kostenerstattung
- Vorgespräche mit der Landesdirektion zu dem Vorhaben sind bereits erfolgt

2. bisheriges Ausgabevolumen bzw. bisheriger Stellenumfang

- 0,5 AE für die Erledigung der Aufgaben

3. interkommunaler Vergleich

- entfällt, da keine Vergleichsmöglichkeiten

4. Umfang und Wirkungskreis der Veränderung

- intern: - Einsparung von 0,5 AE und von Verwaltungsaufwand
- extern: - klare Strukturen in der Leistungsgewährung an Asylbewerber in Landeseinrichtung
- Maßnahme entspricht auch dem Vorschlag der Fraktion DIE LINKEN: "Rationalisierung der Verwaltungsarbeit durch Aufgabenkritik"

5. innovativer Ansatz

- entfällt -

**Umsetzungsbedingungen:**

- Rücknahme der Aufgabe durch den Freistaat

**Umsetzungsfolgen:**

- Wegfall der Aufgabenerledigung bei der Stadt



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 50/10

**Amt:** 50

**Maßnahmebezeichnung:** Bedarfsschließung Wohneinrichtungen für Wohnungslose

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 31540  
 Bezeichnung: Soziale Einrichtungen für Wohnungslose, Aussiedler und Ausländer

**Kurzbeschreibung:**

- Schließung einer angemieteten Einrichtung zur Unterbringung von Wohnungslosen (betreutes Wohnen) aufgrund sinkender Fallzahlen (Bedarfsanpassung)
- raschere Vermittlung in eigenen Wohnraum durch Ausbau d. Fallmanagements (s.M 50/6)
- höhere Auslastung der verbleibenden Einrichtungen

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 124.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	3154000 43181110	62.000	124.000	124.000	124.000	124.000

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Ist-Situation

- Gesetzliche Grundlage bilden §§ 67 bis 69 SGB XII
- Bisher werden 4 Einrichtungen für Wohnungslose vorgehalten

2. bisheriges Ausgabevolumen bzw. bisheriger Stellenumfang

- 266 T€ für Sachkosten

3. interkommunaler Vergleich

- entfällt -

4. Umfang und Wirkungskreis der Veränderung

- Schließung der Einrichtung für Wohnungslose Heinrich-Schütz-Str. 84 bis 30.06.2011
- gezieltere und raschere Vermittlung von Wohnungslosen in eigenen Wohnraum
- Aufnahme von tatsächlich unterzubringenden Personen in einer zusammengeführten Wohneinrichtung (Maßnahmenummer: 50/11)

5. innovativer Ansatz

- Hilfen unter einem Dach verringern notwendige Schnittstellen und hohen Abstimmungsbedarf

**Umsetzungsbedingungen:**

- Herstellung der Voraussetzungen zur Rückgabe des zu schließenden Mietobjektes
- Kündigung des bestehenden Mietvertrages H.-Schütz-Straße
- Veränderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem betreibenden freien Träger
- Fertigstellung der KP II-Maßnahme Altendorfer Str.

**Umsetzungsfolgen:**

- höhere Flexibilität bei kurzfristigem Unterbringungsbedarf
- kürzere Wege, bessere Abstimmungen möglich



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 50/11

**Amt:** 50

**Maßnahmebezeichnung:** Zusammenführung von Wohneinrichtungen für Wohnungslose

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 31540

Bezeichnung: Soziale Einrichtungen für Wohnungslose, Aussiedler und Ausländer

**Kurzbeschreibung:**

- Zusammenführung von zwei Einrichtungen zur Unterbringung von Wohnungslosen in einem kommunalen Objekt und Schließung des verbleibenden angemieteten Objektes
- Umstrukturierung des Clearings- und Erstaufnahmeverfahrens
- veränderte Aufgabenteilung öff./fr. Träger
- raschere Vermittlung in eigenen Wohnraum durch Ausbau d. Fallmanagements (s.M 50/6)

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 130.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	3154000 40121000	26.606	53.212	53.212	53.212	53.212
Sachkosten	3154000 42411100	29.656	59.311	59.311	59.311	59.311
SK - Miete	3154000 42311000	8.738	17.477	17.477	17.477	17.477

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Ist-Situation

- Gesetzliche Grundlage bilden §§ 67 bis 69 SGB XII
- Bisher werden 4 Einrichtungen für Wohnungslose vorgehalten

2. bisheriges Ausgabevolumen bzw. bisheriger Stellenumfang

- 180 T € für Sachkosten
- 200 T € für Personalkosten-

3. interkommunaler Vergleich

- entfällt -

4. Umfang und Wirkungskreis der Veränderung

- die kommunal betriebene Erstaufnahme- und Clearingeinrichtung Oberfrohaer Str. 21 (Mietobjekt) wird mit der bisher ebenso kommunal betriebenen Einrichtung für Wohnungslose und Migranten Altendorferstr. 98 (Eigentumsobjekt) zusammengelegt.
- Das Mietobjekt wird geschlossen.
- Das Eigentumsobjekt wird bis Ende 2010 über KP-II modernisiert und ab 2. Hj. 2011 an einen freien Träger zur Übernahme von Betriebs- und Betreuungsaufgaben

- übergeben .  
 - Das Clearingverfahren wird neu geordnet.

5. innovativer Ansatz

- Bündelung von Ressourcen für Betreuung und Unterstützung i.V.m. der Einsparung von Ressourcen für besondere Wohnformen (Personenzentrierung der Hilfen)
- Stärkung des präventiven Ansatzes

**Umsetzungsbedingungen:**

- Kündigung des bestehenden Mietvertrages Oberfrohaer Str. 21
- Änderung von Stellenbeschreibungen und Vereinbarungen mit freien Trägern
- Fertigstellung der KPII-Maßnahme Altendorfer Str. 98
- Verbessertes Fallmanagement i. d. Wohnungslosenhilfe beim öff. und bei fr. Trägern
- Investitionen in Höhe von 3.100 € für den Kauf von mobiler IT (Notebooks), Protokollierung der durchgeführten Sozialarbeit vor Ort

	Maßnahme- nummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen	3518000902001	3.100				
Zuschüsse						

**Umsetzungsfolgen:**

- weitere Senkung der Wohnungslosenzahlen
- zielgerichtete Hilfen in eigenem Wohnraum



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 50/13

**Amt:** 50

**Maßnahmebezeichnung:** Fokussierung des Chemnitz-Passes auf soziokulturelle Bedarfslagen und kalkulatorische Einbeziehung der Vergünstigungen in Entgelt- und Gebührenfestsetzungen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 35180

Bezeichnung: Sonstige soziale Angelegenheiten örtlicher Träger

**Kurzbeschreibung:**

- Unter der Voraussetzung angepasster gesetzlicher Leistungen nach dem SGB II für Kinder ab dem Jahr 2011 können bisherige kommunale Zuschüsse für Essengeld entfallen.
- Für schulische Arbeitsmittel werden bereits Bundesleistungen erbracht.
- Berücksichtigung der Vergünstigungen für CP-Inhaber bei den regulären Entgelt- und Gebührenkalkulationen der städtischen Ämter und Einrichtungen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 387.318

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	3518000 43392000	387.318	387.318	387.318	387.318	387.318

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Ist-Stand (gesetzliche Grundlagen, bisherige Praxis)

- freiwillige Leistung der Stadt im Rahmen der Verwaltungsrichtlinie Chemnitzpass
- Stadtratsbeschluss B-369/2004 vom 15.12.2004 zuletzt geändert mit B-146/2008 vom 09.07.2008
- Erteilung der Chemnitzpässe an den in der Verwaltungsrichtlinie Chemnitzpass genannten Personenkreis erfolgt im A 50
- Gewährung von Zuschüssen für Essengeld und schulische Arbeitsmittel neben den gesetzlichen Leistungen.

2. bisheriges Ausgabevolumen bzw. bisheriger Stellenumfang

- 384.000 € (Stand 2009) für Essengeld Schüler, Zuschuss für schulische Arbeitsmittel sowie Nachlässe und Vergünstigungen bei Eintritten und Gebühren entsprechend Entgelt- und Gebührenordnungen
- 1,0 AE für Gewährung des Chemnitzpasses

3. interkommunaler Vergleich

- entfällt

#### 4. Umfang und Wirkungskreis der Veränderung

- Die freiwilligen kommunalen Unterstützungsleistungen für Bedürftige bleiben grundsätzlich erhalten.
- Konkrete Vergünstigungen werden den geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst - insbesondere hinsichtlich der absehbaren gesetzlichen Veränderungen im SGB II infolge des Bundesverfassungsgerichtsurteils zu den Grundsicherungsleistungen für Kinder.
- Zuschüsse für schulische Arbeitsmittel sind bereits gesetzlich geregelt und die Regelleistungen für Ernährung etc. werden noch 2010 angepasst.
- In entgeltrechnenden Einrichtungen und Ämtern sind Entgelte und Gebühren unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten zu kalkulieren, um auch den Zugang spezifischer Personengruppen zu ermöglichen.
- Gesonderte verwaltungsinterne Erstattungsregelungen können somit entfallen.

#### 5. innovativer Ansatz

- entfällt -

#### **Umsetzungsbedingungen:**

- Das Urteil des BVerfG zu den Regelleistungen muss einfachgesetzlich durch den Bundesgesetzgeber umgesetzt sein.
- Die Verknüpfung zwischen den Anpassungen der gesetzlichen Leistungen und den Änderungen beim CP sind wirksam zu kommunizieren.
- Stadtratsbeschluss erforderlich

#### **Umsetzungsfolgen:**

- Bessere Grundversorgung der Leistungsempfänger aus den gesetzlichen Leistungen und weniger Bürokratieaufwand für Bürger und Verwaltung.
- Innere Verrechnungen für Nachlässe und Vergünstigungen entfallen.
- Art, Umfang und Höhe von Vergünstigungen anderer Ämter/Einrichtungen müssen zu eigenen Lasten geprüft und gewährt werden.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 50/14

**Amt:** 50

**Maßnahmebezeichnung:** Absenkung des Gesamtbudgets freie Wohlfahrtspflege um 20 %

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 33110

Bezeichnung: Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

**Kurzbeschreibung:**

- Anpassung des Budgets (Produktgruppe) Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege an aktuelle Erfordernisse unter den Gesichtspunkten sozialräumliche Angebotsüberschneidungen (EU-, Bundes u. a. Förderungen), Pflichtigkeit, notwendiger Bedarf (Einwohnerzahlen) und Erfolg.
- Quantitative Verringerung bestehender Angebote und vereinzelte Beendigung von Maßnahmen und Diensten.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 430.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	3311000 43181110		430.000	430.000	430.000	430.000

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Ist-Stand (gesetzliche Grundlagen, bisherige Praxis)
  - bestehende Vereinbarungen mit freien Trägern auf der Grundlage der Durchführungsrichtlinie zur Förderung sozialer Dienste vom 01.11.2007
2. bisheriges Ausgabevolumen bzw. bisheriger Stellenumfang
  - 2.193.000 € Ausgaben jährlich (Stand 2009)
3. interkommunaler Vergleich
  - Ausgaben je Einwohner:
  - Chemnitz 9,11 €
  - Wuppertal 15,31 €
4. Umfang und Wirkungskreis der Veränderung
  - Verringerung des Förderumfangs um 20 % durch:
    - ~ quantitative Verringerung bestehender Angebote
    - ~ Überprüfung von Standards
    - ~ vereinzelte Beendigung von Diensten unter Berücksichtigung der Gesamtheit der Angebote in der Stadt
  - Neufassung der bestehenden Vereinbarungen mit allen Leistungsanbietern

- substantieller Erhalt der Träger- und Dienstlandschaft

5. innovativer Ansatz

- entfällt -

**Umsetzungsbedingungen:**

- keine substantielle Beeinträchtigung, Sicherung der Trägerlandschaft
- Verhandlungen und Vereinbarungsänderungen in 2010 für 2011 und folgende Jahre
- Stadtratsbeschluss und ämterübergreifende Gleichbehandlung der Leistungsanbieter
- politische Durchsetzbarkeit im Stadtrat
- sozial vertretbare Standard- und Leistungsabsenkung

**Umsetzungsfolgen:**

- Verringerung der Öffnungszeiten, Beratungszeiten in der sozialen Angebotsstruktur
- Aufhebung von Dopplungen und Parallelangeboten
- Schließung einzelner Standorte dort, wo Kompensation mit Angeboten anderer Leistungserbringer durch Nutzung von Synergieeffekten verabredet wurden.

Achtung: - gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion/CDU-Ratsfraktion zur Sitzung am 26.01.2011 soll der Konsolidierungsbeitrag der Maßnahme 50/14 für das Jahr 2011 entfallen, die vorgeschlagene Kürzung erst ab 2012 in Kraft treten.



Dezernat: 5

Maßnahmenummer (Amt/Nr.): 51/01

Amt: 51

**Maßnahmebezeichnung:**

Abbau von kommunal betriebenen Küchen in Kindertageseinrichtungen der Stadt Chemnitz und Wegfall der Subventionierung der Verpflegung in freier und kommunaler Trägerschaft betriebenen Kindertageseinrichtungen sowie Abbau der kommunalen Leistungen der Näherinnen, Wäscherinnen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 3651000  
3652000  
Bezeichnung: Eigene Einrichtungen -Tageseinrichtungen für Kinder  
Zuschüsse freie Träger

**Kurzbeschreibung:**

I. Ausgliederung der kommunal betriebenen Küchen an private Anbieter

II. Subventionierung der Verpflegung von 0,50 € für alle Kindertageseinrichtungen in freier und kommunaler Trägerschaft, deren Eltern entsprechend § 90 Abs. 2 und 3 SGB VIII die Belastung nicht zuzumuten ist und gleichzeitig eine Elternbeitragsbefreiung besteht  
Bei der Vergabe der kommunal betriebenen Küchen sind die Qualitätskriterien der DGE für Kindertagesstätten als Grundlage zu betrachten

III. Abbau der kommunalen Leistungen der Näherinnen, Wäscherinnen

**Konsolidierungsbeitrag in €: 714.630**

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Mindereinnahmen Verpflegungs- entgelt	3651000 34217100		./. 776.769	./. 776.769	./. 776.769	./. 776.769
Personalkosten	40121		1.023.190	1.023.190	1.023.190	1.023.190
Sachkosten	3652000 43182210		265.362	265.362	265.362	265.362
	3651000 42715100		135.712	135.712	135.712	135.712
	3651000 42221000		6.735	6.735	6.735	6.735
	3651000 42223100		2.824	2.824	2.824	2.824
	3651000 42411100		53.286	53.286	53.286	53.286
	3651000 42611100		1.500	1.500	1.500	1.500
	3651000 42613000		2.790	2.790	2.790	2.790

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Maßnahme ist vollinhaltlich nur wirksam, wenn die Verpflegung der Kinder in den kommunalen Einrichtungen ohne kommunal beschäftigtes Personal realisiert wird. Eine Übergabe des Personals an einen privaten Anbieter nach § 613a BGB reduziert nicht die Subvention, da dem privaten Anbieter die zusätzlichen Personalkosten erstattet werden muss.

Erforderlich ist ein Abbau des Küchenpersonals in den kommunalen Kindertageseinrichtungen durch Umsetzung innerhalb der Stadtverwaltung mit Wirksamkeit 31.12.2011.

Im I. und II. Quartal 2011 erfolgt die Einbeziehung der Eltern der jeweiligen Kindertageseinrichtung zur Wahl des Anbieters und der Verpflegungsform. Mit der Umsetzung der Maßnahme und keiner Subventionierung der Verpflegungsleistungen ist von den Eltern über den Anbieter, die Qualität der Leistung, die Verpflegungsform und den Preis gemeinsam mit der Kindertageseinrichtung zu entscheiden.

Bis Ende 2011 erfolgt die Erarbeitung der Übergangsmodalitäten, der Vertragsgestaltung mit dem jeweiligen privaten Anbieter zur Nutzung der Räumlichkeiten und der sächlichen Übergabe. Eine eventuelle Personaleinstellung kommunaler Küchenkräfte zu den Konditionen des Anbieters ist zu prüfen.

- Umsetzung ab Januar 2012

- Der Abbau der kommunalen Leistung der "Näherinnen, Wäscherinnen" erfolgt in den Jahren 2014 und 2015.

**Städtevergleich zur Subventionierung des Essens:**

Stadt	Verpflegung	Maßnahme	Stützung pro Portion Mittagessen
Dresden	alles Catering	Dresden-Paß Anteil Eigenbetrieb an Servicepauschale	1,50 € 0,40 €
Leipzig	alles Catering	Leipzig-Paß Asylbewerber	0,70 € 1,00 €
Plauen	alles Catering (Thermoport)	sozialschwache Familien mit Eltern- beitragsermäßigung	0,97 €
Zwickau	alles Catering	für Hartz IV-Empfänger Mittagessen kostenfrei	keine Stützung durch die Stadt, aber Essenspreis max. 2 €

**Umsetzungsbedingungen:**

Beschlussfassung des Stadtrates zur Herbeiführung einer unternehmerischen Entscheidung bis Ende III. Quartal 2010

**Umsetzungsfolgen:**

- Stadtratsbeschluss als "unternehmerische Entscheidung" erforderlich
- hohes öffentliches Interesse
- die Bereitstellung der Verpflegung ist damit für alle Einrichtungen im Rahmen der Gleichbehandlung einheitlich geregelt



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 51/02

**Amt:** 51

**Maßnahmebezeichnung:**

Gleitende Übertragung von Kindertageseinrichtungen an freie Träger ohne Personalübertragung nach § 613a BGB im Umfang von 24,825 AE

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 3651000  
3652000

Bezeichnung: Eigene Einrichtungen -Tageseinrichtungen für Kinder  
Zuschüsse freie Träger

**Kurzbeschreibung:**

2011 werden im Bereich 51/12 die in Folge von ATZ freiwerdenden Stellen (24,825 AE) nicht wieder besetzt. Es erfolgt die gleitende Übertragung von zwei bis drei kommunal betriebenen Kitas mit einer Kapazität die ca. den AE entspricht. Eine Personalübertragung erfolgt nicht. Die übernehmenden Trägern stellen das erforderliche Personal ein.

Bei der Auswahl der Träger mit denen Übertragungsverhandlungen geführt werden, werden nur Träger berücksichtigt deren Haustarifstrukturen ortsübliche Einkommensbedingungen gewährleisten.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 336.857

**Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:**

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge						
Personalkosten	40121		1.131.257	1.131.257	1.131.257	1.131.257
Zuschuss freie Träger	3652000 43171000 3652000 43182210		./. 215000 ./. 579400	./. 215000 ./. 579400	./. 215000 ./. 579400	./. 215000 ./. 579400

**Darstellung der Maßnahme:**

~ Im Jahr 2011 werden MitarbeiterInnen im Bereich der Kindertageseinrichtungen und Horte in die Freizeitphase der Altersteilzeit wechseln. Diese Stellen (24,825 AE) sind nicht wieder zu besetzen. Die belegten Platzkapazitäten werden ohne pädagogisches Personal an freie Träger übertragen. Das kommunale Personal wird innerhalb der kommunalen Einrichtungen umgesetzt.

Der Träger stellt entsprechend der zu betreuenden Kinderzahl pädagogisches Personal selbst ein. Die Einstellung erfolgt nach dem Tarif des freien Trägers.

Da die kommunal Beschäftigten pädagogischen Mitarbeiter nicht zu einem einheitlichen Zeitpunkt in ATZ gehen sind für einen gleitenden Übergang der Kindertageseinrichtungen für einen befristeten Zeitraum Arbeitgeberüberlassungen (Träger/Stadt oder Stadt/Träger) notwendig. Die rechtlichen Erfordernisse sind zu prüfen.

Um zu verhindern, dass Kinder Bezugspersonen verlieren, sollen

- a) in der Regel Horteinrichtungen übertragen werden und soll
- b) durch Arbeitskraftüberlassungsvereinbarungen mit den übernehmenden Trägern ein geleiteter Wechsel der Bezugspersonen sichergestellt werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

~ Änderung des Stadtratsbeschluss über die Anpassung des Kindertagesstättenbedarfsplanes (B-010/2010 vom 27.01.2010)

Aufhebung der Betreuungsverträge

Mittelübertragung aus dem SN 1 in die Produktsachkonten 3652000.43171000 und 43182210

**Umsetzungsfolgen:**

- ~ - Politische Entscheidung des Stadtrates
- ~ - die Fortsetzung der Kita-Betreuung erfolgt durch Freie Träger



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 51/03

**Amt:** 51

**Maßnahmebezeichnung:**

Minimierung der Sachkosten von Kindertageseinrichtungen bei freien Trägern in Anlehnung an kommunale Einrichtungen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 36520000  
 Bezeichnung: Tageseinrichtungen für Kinder  
 Zuschüsse an freie Träger

**Kurzbeschreibung:**

Resultierend aus der Pauschalisierung der Sachkosten, auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zur Aufbringung der Betriebskosten, stehen den freien Trägern zur Betreuung der Kindertageseinrichtungen deutlich mehr Sachkosten als den kommunal betriebenen Einrichtungen zur Verfügung.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 476.534

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	3652000 43171000	132.238	132.238	132.238	132.238	132.238
	3652000 43182210	344.296	344.296	344.296	344.296	344.296

**Darstellung der Maßnahme:**

Im Rahmen der jährlichen Finanzpläne 2011 erfolgt eine Absenkung der Sachkostenzuschüsse gemäß des Stadtratbeschlusses

**Umsetzungsbedingungen:**

Die Absenkung erfolgt unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen. Dazu wird die Möglichkeit einer Konsensfindung der Verwaltung mit den Trägern von Kindertageseinrichtungen und der Liga der freien Wohlfahrtsverbände unter Einbindung der Stadträte erfolgen.

**Umsetzungsfolgen:**

Für die Kinder in den Einrichtungen freier Träger entstehen gegenüber den in kommunalen Einrichtungen betreuten Kindern keine Nachteile.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 51/05-1

**Amt:** 51

**Maßnahmebezeichnung:**

Anpassung der Projektförderung an die veränderte demografische Entwicklung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 3632001

Bezeichnung: Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie

**Kurzbeschreibung:**

Für die Förderung von Angeboten nach § 16 SGB VIII ist bis 2015 ein Einsparvolumen von 35.000 € vorgegeben, welches im Zeitraum 2011 bis 2015 durch jährliche Kürzungen des Fördervolumens erreicht werden soll.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 35.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	3632001 43181110	3.500	9.100	16.100	24.500	35.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Reduzierung der Förderung von Maßnahmen in der Familienförderung von 290.000 € auf 255.000 €. Das ergibt eine Einsparsumme von 35.000 €.

Städtevergleich zum Haushaltplan 2010 und zum Haushaltplanentwurf 2011 im Bereich Projektförderung §§ 11-16 SGB VIII

2010	Chemnitz	Dresden	Leipzig	Konsolidierungs- vorschlag
Anzahl der Kinder und Jugendlichen unter 27 Jahren	56.586	143.534	131.753	
§ 11 SGB VIII	4.145.801 €	6.929.300 €	5.457.574 €	801.500 € *

§ 12 SGB VIII	168.502 €	586.000 €	246.182 €	*
§ 13 SGB VIII	1.527.239 €	2.524.600 €	2.687.508 €	563.500 €**
§ 14 SGB VIII	730.778 €	243.300 €	380.942 €	**
§ 16 SGB VIII	290.816 €	508.000 €	482.675 €	35.000 €
kommunal vorgehaltene Leistungen	keine	650.000 €	3.408.700 €	
<b>Gesamt:</b>	<b>6.863.137 €</b>	<b>11.441.200 €</b>	<b>12.663.581 €</b>	
Planentwurf 2011 (ohne Jugendpauschale)	<b>6.749.616 €</b>	<b>11.850.000 €</b>	<b>12.900.000 €</b>	
EKKO 2015				<b>1.400.000 €</b>

(\* Konsolidierungssumme §§ 11 und 12 SGB VIII

\*\* Konsolidierungssumme §§ 13 und 14 SGB VIII)

Eine Angleichung der Förderung pro Chemnitzer Kind oder Jugendlichen (0 bis 27 Jahre) von gegenwärtig 119,28 € auf das Leipziger Niveau in Höhe von 98,47 € pro Kind oder Jugendlichen (0 - 27 Jahre) rechtfertigt eine Kürzung in Höhe von 1.177.592,57 €.

#### **Umsetzungsbedingungen:**

Langfristige Investitionsverträge sowie Mietverträge lassen eine mittelfristige Projekteinstellung nur dann zu, wenn die Objekte weiterhin für soziale Zwecke genutzt werden.

#### **Umsetzungsfolgen:**

Beschluss des Jugendhilfeausschusses erforderlich.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 51/05-2

**Amt:** 51

**Maßnahmebezeichnung:** Anpassung der Projektförderung an die veränderte demografische Entwicklung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 3621004

Bezeichnung: Jugendarbeit

**Kurzbeschreibung:**

Für die Förderung von Angeboten nach § 11 SGB VIII ist bis 2015 ein Einsparvolumen von 801.500 € vorgegeben, welches im Zeitraum 2011 bis 2015 durch jährliche Kürzungen des Fördervolumens erreicht werden soll.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 801.500

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Personalkosten						
Sachkosten	3621004 43181110	185.500	276.500	451.500	661.500	801.500

**Darstellung der Maßnahme:**

Maßnahme 1:

Reduzierung der Förderung der Angebote der außerschulischen Jugendbildung, von 1.100.000 € auf 925.000 €. Das ergibt eine Einsparsumme von 175.000 €.

Maßnahme 2:

Reduzierung der Förderung der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen von 2.600.000 € auf 2.003.500 €. Das ergibt eine Einsparsumme von 596.500 €.

Maßnahme 3:

Reduzierung der Förderung von Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung, Projekt „Verreiser“ von 105.000 € auf 75.000 €. Das ergibt eine Einsparsumme von 30.000 €.

Städtevergleich zum Haushaltplan 2010 und zum Haushaltplanentwurf 2011 im Bereich  
Projektförderung §§ 11-16 SGB VIII

<b>2010</b>	<b>Chemnitz</b>	<b>Dresden</b>	<b>Leipzig</b>	<b>Konsolidierungs- vorschlag</b>
Anzahl der Kinder und Jugendlichen unter 27 Jahren	56.586	143.534	131.753	
§ 11 SGB VIII	4.145.801 €	6.929.300 €	5.457.574 €	801.500 € *
§ 12 SGB VIII	168.502 €	586.000 €	246.182 €	*
§ 13 SGB VIII	1.527.239 €	2.524.600 €	2.687.508 €	563.500 €**
§ 14 SGB VIII	730.778 €	243.300 €	380.942 €	**
§ 16 SGB VIII	290.816 €	508.000 €	482.675 €	35.000 €
kommunal vorgehaltene Leistungen	keine	650.000 €	3.408.700 €	
<b>Gesamt:</b>	<b>6.863.137 €</b>	<b>11.441.200 €</b>	<b>12.663.581 €</b>	
Planentwurf 2011 (ohne Jugendpauschale)	<b>6.749.616 €</b>	<b>11.850.000 €</b>	<b>12.900.000 €</b>	
EKKO 2015				<b>1.400.000 €</b>

(\* Konsolidierungssumme §§ 11 und 12 SGB VIII)

\*\* Konsolidierungssumme §§ 13 und 14 SGB VIII)

Eine Angleichung der Förderung pro Chemnitzer Kind oder Jugendlichen (0 bis 27 Jahre) von gegenwärtig 119,28 € auf das Leipziger Niveau in Höhe von 98,47 € pro Kind oder Jugendlichen (0 - 27 Jahre) rechtfertigt eine Kürzung in Höhe von 1.177.592,57 €.

**Umsetzungsbedingungen:**

In Chemnitz leben 240 629 Menschen (Stand: 31.12.2009), davon 54 684 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 27 Jahre. Die Zielgruppe 0 bis 6 Jahre wird ausschließlich im Leistungsangebot der Familienbildung bedient. Die Bevölkerungsgruppe der Kinder und Jugendlichen stellt in ihrer Gesamtheit kein homogenes Gebilde dar. Das Minimum der Bevölkerungskohorten liegt derzeit bei der Altersgruppe der 14- bis unter 16-Jährigen. Das heißt, die geburtenschwachen Jahrgänge "wachsen" durch die Altersbereiche durch. Davon am stärksten betroffen wird bis 2015 die Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen sein, diese Altersgruppe reduziert sich um ca. 30 %. Der Altersbereich der 10- bis 18-Jährigen wird sich stabilisieren bzw. wieder zunehmen. Daher erscheint es verantwortbar, für den Zeitraum der nächsten 5 Jahre das Zuschussbudget abzusenken.

**Umsetzungsfolgen:**

Beschluss Jugendhilfeausschuss erforderlich.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 51/05-3

**Amt:** 51

**Maßnahmebezeichnung:**

Anpassung der Projektförderung an die veränderte demografische Entwicklung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 3631001

Bezeichnung: Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

**Kurzbeschreibung:**

Für die Förderung von Angeboten nach §§ 13 und 14 SGB VIII ist bis 2015 ein Einsparvolumen von 563.500 € vorgegeben, welches im Zeitraum 2011 bis 2015 durch jährliche Kürzungen des Fördervolumens erreicht werden soll.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 563.500

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	3631001 43181110	73.500	171.500	283.500	420.000	563.500

**Darstellung der Maßnahme:**

Maßnahme 1:

Reduzierung der Förderung von Maßnahmen der Mobilen Jugendarbeit von 600.000 € auf 460.000 €. Das ergibt eine Einsparsumme von 140.000 €.

Maßnahme 2:

Reduzierung der Förderung von Maßnahmen der Jugendberufshilfe von 660.000 € auf 478.000 €. Das ergibt eine Einsparsumme von 182.000 €.

Maßnahme 3:

Reduzierung der Förderung von Maßnahmen im Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz von 905.000 € auf 688.000 €. Das ergibt eine Einsparsumme von 217.000 €.

Maßnahme 4:

Einstellung der Förderung von Schulsozialarbeit an den Grundschulen von 538.000 € auf 513.500 €. Das ergibt eine Einsparsumme von 24.500 €.

Von der o. g. Maßnahme 1 ist das Angebot aus einem ehemaligen Übertragungsvertrag nicht betroffen.

**Städtevergleich zum Haushaltplan 2010 und zum Haushaltplanentwurf 2011 im Bereich Projektförderung §§ 11-16 SGB VIII**

<b>2010</b>	<b>Chemnitz</b>	<b>Dresden</b>	<b>Leipzig</b>	<b>Konsolidierungsvorschlag</b>
Anzahl der Kinder und Jugendlichen unter 27 Jahren	56.586	143.534	131.753	
§ 11 SGB VIII	4.145.801 €	6.929.300 €	5.457.574 €	801.500 € *
§ 12 SGB VIII	168.502 €	586.000 €	246.182 €	*
§ 13 SGB VIII	1.527.239 €	2.524.600 €	2.687.508 €	563.500 €**
§ 14 SGB VIII	730.778 €	243.300 €	380.942 €	**
§ 16 SGB VIII	290.816 €	508.000 €	482.675 €	35.000 €
kommunal vorgehaltene Leistungen	keine	650.000 €	3.408.700 €	
<b>Gesamt:</b>	<b>6.863.137 €</b>	<b>11.441.200 €</b>	<b>12.663.581 €</b>	
Planentwurf 2011 (ohne Jugendpauschale)	<b>6.749.616 €</b>	<b>11.850.000 €</b>	<b>12.900.000 €</b>	
EKKO 2015				<b>1.400.000 €</b>

(\* Konsolidierungssumme §§ 11 und 12 SGB VIII

\*\* Konsolidierungssumme §§ 13 und 14 SGB VIII)

Eine Angleichung der Förderung pro Chemnitzer Kind oder Jugendlichen (0 bis 27 Jahre) von gegenwärtig 119,28 € auf das Leipziger Niveau in Höhe von 98,47 € pro Kind oder Jugendlichen (0 - 27 Jahre) rechtfertigt eine Kürzung in Höhe von 1.177.592,57 €.

**Umsetzungsfolgen:**

Beschluss des Jugendhilfeausschusses ist erforderlich.



Dezernat: 5

Maßnahmenummer (Amt/Nr.): 51/06

Amt: 51

**Maßnahmebezeichnung:**

Neugliederung der Immobilienverwaltung der Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung und Jugendfreizeiteinrichtungen

I

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 36200  
36750  
36520

Bezeichnung: übrige Leistungen Amt für Jugend und Familie

**Kurzbeschreibung:**

Beabsichtigt ist die klare Aufgabenabgrenzung für Baumaßnahmen (Invest und Instandhaltung) im Bereich der Kindertagesstätten und o. g. anderen Aufgaben der Jugendhilfe zwischen kommunalen Einrichtungen und Einrichtungen, die von freien Trägern betrieben werden.

**Konsolidierungsbeitrag in €: 114.040**

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	*** 40121		51.440 €	51.440 €	51.440 €	51.440 €
Sachkosten	3621004.42111000	9.000 €	9.000 €	9.000 €	9.000 €	9.000 €
	3675000.42111000	6.500 €	6.500 €	6.500 €	6.500 €	6.500 €
	3652000.42111000	46.500 €	46.500 €	46.500 €	46.500 €	46.500 €
	3636000.42613000	600 €	600 €	600 €	600 €	600 €
*** Voraussetzung für Einsparung dieser Stelle: unbefristete Weiterbeschäftigung Inhaber Stelle 5101300040!						

**Darstellung der Maßnahme:**

- Alle kommunalen Einrichtungen sollen von der SE 17 voll bewirtschaftet werden.
- Die Bewirtschaftung der Einrichtungen freier Träger wird auf alle Bauleistungen erweitert, wobei die Koordinierung der finanziellen und fachlichen Belange durch das Amt 51 erfolgt.
- Die Gesamtsteuerung der Haushaltplanung zwischen SE 17 und dem Amt 51 erfolgt im Zusammenhang mit der zentralen Fördermittelbewirtschaftung.

**Umsetzungsbedingungen:**

Mit dem Vorschlag soll eine Regelung gefunden werden, die zukünftigen Anforderungen weitgehend gerecht wird. Das heißt eine Verbesserung der bestehenden Verfahrensweise soll unter Berücksichtigung von Einführung der Doppik, beabsichtigter Zusammenführung der Immobilienverwaltung (Vollbewirtschaftung aus einer Hand/ DE- 005/2010) sowie den bevorstehenden hausrelevanten Einsparungsnotwendigkeiten erfolgen. Erforderlich ist dazu die notwendige Anpassung der einschlägigen Dienstanweisungen.

Die Einsparung von 1,000 AE erfordert zwingend die unbefristete Weiterbeschäftigung des derzeitigen Stelleninhabers der zweiten Stelle SB Jugendhilfeplanung, Bau im Amt 51.

Die freien Träger sind rechtzeitig mit der neuen Verfahrensweise vertraut zu machen.

Erforderlich ist die Aufsplittung der entsprechenden Haushaltspositionen auf Basis des Bedarfes (z. B. Übersicht des Sanierungsrückstaus an Kindertagesstätten u. A.).

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 51/07

**Amt:** 51

**Maßnahmebezeichnung:**

Aufgabe der Außenstellenstruktur des Sachgebietes Allgemeiner Sozialdienst

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 36330

Bezeichnung: Allgemeiner Sozialdienst

**Kurzbeschreibung:**

Aufgabe der Außenstellenstruktur des Sachgebietes Allgemeiner Sozialdienst

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 22.192

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	40121	16.000,00	16.000,00	16.000,00	16.000,00	16.000,00
Sachkosten	3636000.44317300	2.585,00	2.585,00	2.585,00	2.585,00	2.585,00
	3636000.44314100	1.028,00	1.028,00	1.028,00	1.028,00	1.028,00
	3636000.44313000	1.235,00	1.235,00	1.235,00	1.235,00	1.235,00
	3636000.42711000	1.344,00	1.344,00	1.344,00	1.344,00	1.344,00

**Darstellung der Maßnahme:**

- personelle, organisatorische und räumliche Zusammenführung der bisherigen drei ASD- Außenstellen
- Bildung von zwei ASD-Teams ab Oktober 2010 mit zukünftigem Sitz im BVZ 1 „Moritzhof“

**Umsetzungsbedingungen:**

- Bereitstellung der Rahmenbedingungen im BVZ 1 „Moritzhof“ ab 01.10.2010 oder zunächst je zur Hälfte im BVZ 1 „Moritzhof“ und im BVZ 2 „Technisches Rathaus“ einschl. der Umsetzung der IuK-Technik durch Amt 18. Bereitstellung der Mittel für die Umzüge einschl. erforderlicher Maler- und Fußbodenarbeiten
- Freizug der Immobilie und Aufgabe des Standortes Bruno-Granz-Straße 2

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 51/08

**Amt:** 51

**Maßnahmebezeichnung:** Sicherung der Kosteneffizienz von Hilfen nach SGB VIII

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 36330

Bezeichnung: Hilfen zur Erziehung

**Kurzbeschreibung:**

Die Maßnahme beinhaltet die Zustimmung zum Ergebnis der Kostenverhandlung zwischen dem öffentlichen Träger für Jugendhilfe und den Leistungserbringern für das Jahr 2011.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 920.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrages:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	36330.(Deckungsring)	920.000	920.000	920.000	920.000	920.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Verhandlungen der Entgelte erfolgen auf Basis des § 78a ff SGB VIII. Damit schreibt der Gesetzgeber vor, dass die Leistung, die Qualität und die Kosten zu vereinbaren sind. Dies betrifft nur die im Gebiet des örtlichen Trägers der Jugendhilfe tätigen Träger.

**Umsetzungsbedingungen:**

Eine Absenkung wurde bisher ausschließlich für 2010 vereinbart. Die Senkung um 5,87 % bedeutete eine Kosteneinsparung 2010 von 748.881 €. Der Betrag kann nicht administrativ für 2011 und die Folgejahre seitens der Verwaltung fortgeschrieben und festgelegt werden, sondern kann nur im Einvernehmen mit den Trägern der Leistungen erneut verhandelt werden.

Das Verhandlungsergebnis für 2011 sieht vor, dass als Bezugsgröße für die Berechnung der neuen Entgelte im Jahr 2011 die jeweils ungekürzten Entgelte des jeweiligen Trägers aus dem Jahr 2010 heranzuziehen sind. Auf diese sind pauschal 1,2 % Tarifsteigerung (nur Personalkosten) anzurechnen und die nunmehr vereinbarten 4,87 %igen Absenkungsbeiträge abzurechnen.

Es ist vorgesehen, die Absenkung der Entgelte für 2011 fortzuschreiben. Gemeinsam mit den freien Trägern sollen beginnend im Jahr 2012 einheitliche Fachleistungsstundensätze für die Leistungen im ambulanten Bereich ausgehandelt werden.

**Umsetzungsfolgen:**

Neuverhandlung gemäß § 78a ff SGB VIII mit allen Leistungsanbietern



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 51/09-1

**Amt:** 51

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung von Personalkosten im Haus der Familie

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 3675000

Bezeichnung: Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung von Personalkosten durch Abbau von 2,000 AE

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 129.300

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	40121				129.300	129.300

**Darstellung der Maßnahme:**

Es erfolgt eine Personalkostenreduzierung durch Abbau von 2,000 AE im Haus der Familie.

**Umsetzungsbedingungen:**

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, ein Angebot in beiden Leistungsbereichen des Hauses der Familie selbst vorzuhalten oder aber durch eine entsprechende zusätzliche Mittelbereitstellung im Zuschuss-Budget und einen Betriebsübergang nach § 613 a BGB eine Leistungserbringung durch einen freien Träger abzusichern.

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 51/09-2

**Amt:** 51

**Maßnahmebezeichnung:** Aufgabe der Immobilien - Haus der Familie, Parkstraße 26, der der ehemaligen Kindertageseinrichtung Sonnenstr. 42 und der Jugendfreizeiteinrichtung "Würfel", Wilhelm-Firl-Str. 23

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 3675000  
6121000

Bezeichnung: Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungstellen  
Jugendfreizeiteinrichtungen

**Kurzbeschreibung:**

Verkauf der Einrichtungen und damit verbundener Umzug in ein anderes Objekt

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 34.933

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	3675000.42111000				7.760	7.760
	3675000.42416100				491	491
	3675000.42613000				1.200	1.200
	3675000.44312100				200	200
	3675000.44317300				282	282
	6121000.45171000				10.000	10.000
	6121000.45171000				15.000	15.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Durch den Umzug der verbleibenden Arbeitskräfte in Struktureinheiten des Amtes 51 wird das Haus der Familie freigezogen und steht für eine Veräußerung zur Verfügung, ebenso die bisher als Kindertages- bzw. Jugendfreizeiteinrichtungen genutzten und von den bewirtschaftenden freien Trägern freigegebenen Objekte.

**Umsetzungsbedingungen:**

Akquisition entsprechender Räumlichkeiten und Bereitstellung der Umzugskosten.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, dem Verkauf des Hauses Parkstr. 26 nur unter der Bedingung zuzustimmen, dass die Leistungen des Hauses der Familie in einer anderen geeigneten Immobilie erbracht werden.

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 51/10

**Amt:**

**Maßnahmebezeichnung:** Konsolidierungsprozess Bereich Bildung

**Produktuntergruppe:**

Nr. :

Bezeichnung: Bildung

**Kurzbeschreibung:**

Der Konsolidierungsprozess bei der Entstehung des Bereiches Bildung soll durch eine Organisationsuntersuchung des Amtes 18 mit dem Ziel einer Kostenersparnis in Höhe von 150.000 € begleitet werden.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 150.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	40121			150.000	150.000	150.000
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Durch Aufgabenverdichtung im Bereich Bildung soll durch den Personalabbau Konsolidierungsbeitrag erbracht werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

Organisationsuntersuchung entweder durch das Amt 18 oder durch externe Beratungskapazität.

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 51/12

**Amt:** 51

**Maßnahmebezeichnung:** Konsolidierungsprozess Abteilung Jugendarbeit

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 3621004

Bezeichnung: Jugendarbeit

**Kurzbeschreibung:**

Parallel zur Absenkung des Zuschussbudgets §§ 11 - 16 SGB VIII wird der Personalbestand in der Fachberatung und im Zuschussbereich angepasst.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 110.100

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	40121			106.240	106.240	106.240
Sachkosten	3636000.44311000			1.000	1.000	2.000
	3636000.42613000					1.860

**Darstellung der Maßnahme:**

Durch Aufgabenverdichtung in der Abteilung Jugendarbeit soll durch den Personalabbau von insgesamt 2 AE ein Konsolidierungsbeitrag erbracht werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

Tatsächliche Absenkung des Zuschussbudgets und des entsprechenden Bewirtschaftungsaufwandes.

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 52/01

**Amt:** 52

**Maßnahmebezeichnung:**

Erhöhung der Gebühren für die Benutzung der kommunalen Bäder

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 42421 / 42422  
 Bezeichnung: Hallenbäder / Freibäder

**Kurzbeschreibung:**

Differenzierte Erhöhung der Gebühren nach Abschnitt I. der Gebührensatzung (individuelle Benutzung von Bädern der Stadt Chemnitz und deren Sondereinrichtungen) um durchschnittlich 20 %.

Die Benutzung der Bäder durch sonstige Nutzer gemäß Abschnitt II. der Gebührensatzung (z. B. Sportvereine und Sportverbände) ist davon nicht betroffen.

Ziel: Einnahmeerhöhung, Verbesserung des Kostendeckungsgrades

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 298.600

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	4242101.33211220	189.850	189.850	189.850	189.850	189.850
Erträge	4242101.33211320	33.050	33.050	33.050	33.050	33.050
Erträge	4242102.33211220	1.730	1.730	1.730	1.730	1.730
Erträge	4242102.33211320	2.170	2.170	2.170	2.170	2.170
Erträge	4242103.33211220	5.300	5.300	5.300	5.300	5.300
Erträge	4242103.33211320	6.700	6.700	6.700	6.700	6.700
Erträge	4242104.33211220	11.870	11.870	11.870	11.870	11.870
Erträge	4242104.33211320	5.930	5.930	5.930	5.930	5.930
Erträge	4242204.33211220	23.400	23.400	23.400	23.400	23.400
Erträge	4242205.33211220	8.900	8.900	8.900	8.900	8.900
Erträge	4242206.33211220	9.700	9.700	9.700	9.700	9.700
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Sportstätten einschließlich Bädern der Stadt Chemnitz (Sportstättengebührensatzung) wurde letztmals zum 01.01.2004 geändert.

Die Erhöhung der Gebühren trägt den gestiegenen Betriebs- und Personalkosten Rechnung. Die Höhe der Gebühr wird individuell für jede Tarifstelle/Leistung festgelegt.

Im Konsolidierungspotential sind neben der Gebührenerhöhung auch der Wechsel eines Teils der Besucher aus den zu schließenden Saunen der Schwimmhallen Gablenz und Am

Südring in die Saunen des Stadtbades sowie die Annahme einer 1%-igen Steigerung der Besucher des Stadtbades integriert.

**Umsetzungsbedingungen:**

Zur Umsetzung der Maßnahme ist ein Beschluss des Stadtrates zur Neufassung der Sportstättengebührensatzung erforderlich.

**Umsetzungsfolgen:**

Die finanzielle Belastung für die Benutzer der Bäder erhöht sich um durchschnittlich 20 %. Davon sind die Benutzer der Schwimmhallen, Freibäder, Saunen und Solarien sowie die Teilnehmer an Schwimm- und Aquafitness-Kursen betroffen.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 52/02

**Amt:** 52

**Maßnahmebezeichnung:** Erhöhung der Gebühren für die Nutzung der kommunalen Sportstätten um 5 %

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 21110 Grundschulen  
 21510 Mittelschulen  
 21710 Gymnasien, Kollegs  
 21810 Gemeinschaftsschulen  
 22120 Förderschulen Hörgeschädigte  
 22150 Förderschulen für Lernförderung  
 22160 Sprachheilschulen  
 22170 Förderschulen für Erziehungshilfe  
 23110 Berufliche Schulen  
 42410 Sportstätten und Sporteinrichtungen  
 42421 Hallenbäder

Bezeichnung:

**Kurzbeschreibung:**

Pauschale Erhöhung der Gebühren nach Abschnitt II. der Gebührensatzung (Benutzung der Sportstätten durch sonstige Nutzer) um 5 %.

Ziel: Einnahmeerhöhung/Verbesserung des Kostendeckungsgrades

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 15.180

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrages:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	2111000.33211120	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
Erträge	2151000.33211120	1.170	1.170	1.170	1.170	1.170
Erträge	2171000.33211120	280	280	280	280	280
Erträge	2181000.33211120	100	100	100	100	100
Erträge	2212000.33211120	80	80	80	80	80
Erträge	2215000.33211120	190	190	190	190	190
Erträge	2216000.33211120	220	220	220	220	220
Erträge	2217000.33211120	120	120	120	120	120
Erträge	2311000.33211120	410	410	410	410	410
Erträge	4241001.33211310	270	270	270	270	270
Erträge	4241002.33211310	420	420	420	420	420
Erträge	4241003.33211310	430	430	430	430	430
Erträge	4241004.33211210	1.090	1.090	1.090	1.090	1.090
Erträge	4241004.33211310	590	590	590	590	590
Erträge	4241005.33211310	1.040	1.040	1.040	1.040	1.040
Erträge	4241006.33211310	1.750	1.750	1.750	1.750	1.750
Erträge	4242101.33211210	460	460	460	460	460
Erträge	4242102.33211210	3.840	3.840	3.840	3.840	3.840
Erträge	4242103.33211210	340	340	340	340	340
Erträge	4242104.33211210	380	380	380	380	380

**Darstellung der Maßnahme:**

Einnahmeerhöhung bei gleichbleibender Leistung.

**Umsetzungsbedingungen:**

Zur Umsetzung der Maßnahme ist ein Beschluss des Stadtrates zur Neufassung der Sportstättengebührensatzung erforderlich.

**Umsetzungsfolgen:**

Die finanzielle Belastung für die Benutzer der Sportstätten erhöht sich um durchschnittlich 5 %. Die Mehrbelastung ist durch die Vereine aufzubringen.



Dezernat: 5

Maßnahmenummer (Amt/Nr.): 52/03

Amt: 52

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung der direkten Sportförderung um 5 %**Produktuntergruppe:**

Nr. : 42110

Bezeichnung: Allgemeine Förderung und Verwaltung des Sports

**Kurzbeschreibung:**

Senkung des Fördervolumens/Verminderte Zuwendungen an Sportvereine.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 88.370

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	4211001.43181110	91.970	88.370	88.370	88.370	88.370

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Berechnung der vorgeschlagenen Konsolidierung erfolgte unter dem Aspekt der Verantwortung der Stadt für

- den Breitensport (unter besonderer Beachtung des Kinder- und Jugendsports)
- die Unterhaltung der Sportstätten (BK, WE, PK)
- die Sicherung der Tätigkeit des SSBC e. V.

Mit 20 % weniger Fördermittel läge die Sportförderung knapp unter dem Niveau von 2008 und deutlich über dem von 2007, wobei aber jetzt über 300.000 € durch die Trainerstellen gebunden sind, die in den Vorjahren für die anderen Bereiche der Sportförderung zur Verfügung standen.

**Städtevergleich (Angaben 2009):**

	Chemnitz	Leipzig
<b>Gesamthaushalt</b>	752.569.975 €	1.498.909.580 €
<b>Sportförderung insgesamt</b>	2.796.731 €	3.229.600 €
<b>Anteil Sportförderung am Gesamthaushalt</b>	0,37 %	0,22 %
<b>Einnahmen aus Sportstättennutzung</b>	2.128.788 €	212.000 €
<b>Einwohner</b>	241.344	515.469
<b>Sportförderung pro EW</b>	11,59 €	6,27 €
<b>Vereine</b>	208	362
<b>Mitglieder Stadtsportbund (Kinder/Jugendliche)</b>	32.028 (9.628)	77.143 (20.849)
<b>Organisationsgrad</b>	13,27 %	14,97 %
<b>Sportförderung pro Mitglied SSB</b>	87,32 €	41,87 €

Von der Stadt Dresden lagen aufgrund der Eigenbetriebsstruktur keine vergleichbaren Angaben vor, so dass die Einbeziehung von Dresden in den Städtevergleich nicht möglich war.

**Umsetzungsbedingungen:**

Erörterung der Konsolidierungsmaßnahme mit dem SSBC e. V. von 5 % notwendig.

**Umsetzungsfolgen:**

Die Absenkung des Fördervolumens wird zu einer geänderten Prioritätensetzung bei der Sportförderung durch den Stadtsportbund führen.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 52/04

**Amt:** 52

**Maßnahmebezeichnung:** Änderung der freien Vermietung im Haus der Athleten

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 42110

Bezeichnung: Allgemeine Förderung und Verwaltung des Sports

**Kurzbeschreibung:**

Wegfall der freien Vermietung (Trainingslager usw.) und damit Einsparung der dafür eingesetzten Mitarbeiterin; im Gegenzug dafür anderweitige Vermietung als dauerhafte Unterkünfte an Kadersportler des Olympiastützpunktes Chemnitz Dresden e. V. (OSP)

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 44.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	4211004.34111310	-2.200	-13.300	-13.300	-13.300	-13.300
Erträge	4211005.34111110	0	0	21.600	21.600	21.600
Personalkosten	42110xx.40xxxxxxx	5.950	35.700	35.700	35.700	35.700
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Wegfall der freien Vermietung (Mindereinnahme 13,3 T€)

Anderweitige Vermietung an Sportvereine/-verbände (Einnahmen 21,6 T€)

Freisetzung einer AE 1,00 mit altersbedingtem Ausscheiden (rd. 35,7 T€ PK-Reduzierung)

**Umsetzungsbedingungen:**

Der derzeitige Zustand der Zimmer lässt eine unmittelbare Vermietung an Kader-Sportler nicht zu. Aus diesem Grund sind entsprechende Umbaumaßnahmen notwendig, um den Ausstattungsstandard der bereits bestehenden Zimmer (4. Etage - Haus der Athleten) zu erreichen und eine entsprechende Vermietung zu gewährleisten.

	Maßnahme- nummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen	4211005012002		125.000			
Zuschüsse						

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 52/05

**Amt:** 52

**Maßnahmebezeichnung:** Gebrauchsüberlassung Sportstätte Neubauernweg

**Produktuntergruppe:**

Nr. :	42410	/	42110
Bezeichnung:	Sportstätten und Sporteinrichtungen		Allgemeine Förderung und Verwaltung des Sports

**Kurzbeschreibung:**

Übertragung der Sportstätte; Einsparung von Bewirtschaftungskosten; Freisetzung von Personal

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 40.500

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	4241006.33211310	-3.200	-3.200	-3.200	-3.200	-3.200
Personalkosten	4241006.40xxxxxx	0	0	15.950	38.300	38.300
Sachkosten	4241006.42111000	7.510	7.510	7.510	7.510	7.510
Sachkosten	4241006.42211000	440	440	440	440	440
Sachkosten	4241006.42411100	13.350	13.350	13.350	13.350	13.350
Sachkosten	4241006.42414000	500	500	500	500	500
Sachkosten	4211001.43181130	-16.400	-16.400	-16.400	-16.400	-16.400

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Objektbetreuung der kommunalen Sportstätte erfolgt nicht mehr durch die Stadt Chemnitz, sondern durch einen Sportverein.

**Umsetzungsbedingungen:**

1. Abschluss eines Gebrauchsüberlassungsvertrages mit dem Hauptnutzer der Sportstätte (Chemnitzer FC) notwendig.
2. Die einzusparenden Bewirtschaftungs- und Bauunterhaltungskosten sind teilweise der direkten Sportförderung zuzuführen, da der Verein mit der GÜL entsprechende Sportförderung für die Betreuung und Unterhaltung berechtigt beantragen wird.

**Umsetzungsfolgen:**

Der Verein entscheidet auf Grundlage des Gebrauchsüberlassungsvertrages künftig eigenverantwortlich über die Betreuung und Bewirtschaftung der kommunalen Sportstätte. Umsetzung des Beschäftigten in das Sportforum zum Zeitpunkt des altersbedingten Ausscheidens des Stelleninhabers 52 03 100 150 – dann Wegfall der Stelle 5203 200 070, die jetzt in der Sportstätte Neubauernweg eingesetzt ist.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 52/06

**Amt:** 52

**Maßnahmebezeichnung:** Gebrauchsüberlassung Sportstätte Röhrsdorf

**Produktuntergruppe:**

Nr. :	42410	/	42110
Bezeichnung:	Sportstätten und Sporteinrichtungen		Allgemeine Förderung und Verwaltung des Sports

**Kurzbeschreibung:**

Übertragung der Sportstätte; Einsparung von Bewirtschaftungskosten; Freisetzung von Personal

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 40.400

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	4241006.33211310	-2.100	-2.100	-2.100	-2.100	-2.100
Personalkosten	4241006.40xxxxxx	0	0	31.900	38.300	38.300
Sachkosten	4241006.42111000	5.050	5.050	5.050	5.050	5.050
Sachkosten	4241006.42211000	250	250	250	250	250
Sachkosten	4241006.42411100	24.480	24.480	24.480	24.480	24.480
Sachkosten	4241006.42414000	120	120	120	120	120
Sachkosten	4211001.43181130	-25.700	-25.700	-25.700	-25.700	-25.700

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Objektbetreuung der kommunalen Sportstätte erfolgt nicht mehr durch die Stadt Chemnitz, sondern durch einen Sportverein.

**Umsetzungsbedingungen:**

1. Abschluss eines Gebrauchsüberlassungsvertrages mit einem potentiellen Verein notwendig.
2. Die einzusparenden Bewirtschaftungs- und Bauunterhaltungskosten sind teilweise der direkten Sportförderung zuzuführen, da der Verein mit der GÜL entsprechende Sportförderung für die Betreuung und Unterhaltung berechtigt beantragen wird.

**Umsetzungsfolgen:**

Der Verein entscheidet auf Grundlage des Gebrauchsüberlassungsvertrages künftig eigenverantwortlich über die Betreuung und Bewirtschaftung der kommunalen Sportstätte. Umsetzung des Beschäftigten in das Sportforum zum Zeitpunkt des altersbedingten Ausscheidens des Stelleninhabers 52 03 100 040 – dann Wegfall der Stelle, die jetzt in der Sportstätte Röhrsdorf eingesetzt ist.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 52/07

**Amt:** 52

**Maßnahmebezeichnung:** Gebrauchsüberlassung Sportstätte Wittgensdorf

**Produktuntergruppe:**

Nr. :	42410	/	42110
Bezeichnung:	Sportstätten und Sporteinrichtungen		Allgemeine Förderung und Verwaltung des Sports

**Kurzbeschreibung:**

Übertragung der Sportstätte; Einsparung von Bewirtschaftungskosten; Freisetzung von Personal

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 33.500

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	4241006.33211310	-2.900	-2.900	-2.900	-2.900	-2.900
Erträge	4241006.34111110	-1.600	-1.600	-1.600	-1.600	-1.600
Personalkosten	4241006.40xxxxxx	0	0	22.330	38.300	38.300
Sachkosten	4241006.42111000	2.210	2.210	2.210	2.210	2.210
Sachkosten	4241006.42411100	14.230	14.230	14.230	14.230	14.230
Sachkosten	4241006.42414000	330	330	330	330	330
Sachkosten	4241006.42416100	130	130	130	130	130
Sachkosten	4211001.43181130	-17.200	-17.200	-17.200	-17.200	-17.200

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Objektbetreuung der kommunalen Sportstätte erfolgt nicht mehr durch die Stadt Chemnitz, sondern durch einen Sportverein.

**Umsetzungsbedingungen:**

1. Abschluss eines Gebrauchsüberlassungsvertrages mit einem potentiellen Verein notwendig.
2. Die einzusparenden Bewirtschaftungs- und Bauunterhaltungskosten sind teilweise der direkten Sportförderung zuzuführen, da der Verein mit der GÜL entsprechende Sportförderung für die Betreuung und Unterhaltung berechtigt beantragen wird.

**Umsetzungsfolgen:**

Der Verein entscheidet auf Grundlage des Gebrauchsüberlassungsvertrages künftig eigenverantwortlich über die Betreuung und Bewirtschaftung der kommunalen Sportstätte. Umsetzung des Beschäftigten in das Sportamt zum Zeitpunkt des altersbedingten Ausscheidens eines der Stelleninhaber 52 03 100 010 – dann Wegfall der Stelle, die jetzt in der Sportstätte Wittgensdorf ist.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 52/08

**Amt:** 52

**Maßnahmebezeichnung:** Gebrauchsüberlassung Turnhalle Kieselhausenstraße

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 42410

Bezeichnung: Sportstätten und Sporteinrichtungen

**Kurzbeschreibung:**

Übertragung der Sportstätte, Einsparung von Bewirtschaftungskosten; Freisetzung von Personal

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 8.500

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	4241006.33211310	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
Erträge	4241006.34111110	-3.900	-3.900	-3.900	-3.900	-3.900
Personalkosten	4241006.40xxxxxx	12.700 € Realisierung nach 2015				
Sachkosten	4241006.42111000	880	880	880	880	880
Sachkosten	4241006.42411100	12.060	12.060	12.060	12.060	12.060
Sachkosten	4241006.42414000	460	460	460	460	460

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Objektbetreuung der kommunalen Sportstätte erfolgt nicht mehr durch die Stadt Chemnitz, sondern ab 1. Dezember 2010 durch die SG Handwerk Rabenstein e. V.

**Umsetzungsbedingungen:**

1. Abschluss eines Gebrauchsüberlassungsvertrages mit der SG Handwerk Rabenstein e. V. (erfolgte am 3. November 2010)
2. Die einzusparenden Bewirtschaftungs- und Bauunterhaltungskosten sind teilweise der direkten Sportförderung zuzuführen, da der Verein mit der GÜL entsprechende Sportförderung für die Betreuung und Unterhaltung berechtigt beantragen wird.

**Umsetzungsfolgen:**

Der Verein entscheidet auf Grundlage des Gebrauchsüberlassungsvertrages künftig eigenverantwortlich über die Betreuung und Bewirtschaftung der kommunalen Sportstätte.

Die 0,33 AE werden mit der Übergabe des Objektes in Gebrauchsüberlassung zwar freigesetzt, sind aber innerhalb der Verwaltung/Sportamtsbereich in anderen Sportstätten für gleiche Tätigkeiten einzusetzen.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 52/09

**Amt:** 52

**Maßnahmebezeichnung :** Aufrechterhaltung des Badebetriebes im Freibad Bernsdorf

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 42422  
Bezeichnung: Freibäder

**Kurzbeschreibung:**

Der Badebetrieb wird aufrechterhalten.

**Konsolidierungsbeitrag (neu) in €:** 8.400

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	424201.42111000	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400

**Darstellung der Maßnahme:**

Durch die Verwaltung ist das Konsolidierungspotential hinsichtlich

- einer Beteiligung privater Unternehmen an den Kosten der Betriebs des Freibades durch Sponsoring (Geld- und Sachleistungen)
  - der Übertragung des Bades an einen Verein unter angemessener finanzieller Beteiligung der Stadt Chemnitz
- zu prüfen.

**Umsetzungsbedingungen:**

Dazu sind entsprechende Gespräche mit potentiellen Partnern zu führen.

**Umsetzungsfolgen:**

Der o. g. Konsolidierungsbetrag ergibt sich aus der vom Freundeskreis signalisierten Bereitschaft, die Leistungen in Hinblick auf die jährliche Beckenreinigung zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund können zunächst Aufwendungen in Höhe von 8.400 € konsolidiert werden.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 52/10

**Amt:** 52

**Maßnahmebezeichnung:** Schließung der Sauna in der Schwimmhalle Gablenz

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 42421  
Bezeichnung: Hallenbäder

**Kurzbeschreibung:**

Schließung der Sauna in der Schwimmhalle Gablenz; Einstellung des öffentlichen Saunabetriebs

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 63.800

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	4242103.33211220	-37.300	-37.300	-37.300	-37.300	-37.300
Personalkosten	4242103.40xxxxxx	17.800	17.800	17.800	17.800	17.800
Personalkosten	4242103.40xxxxxx	35.700	35.700	35.700	35.700	35.700
Sachkosten	4242103.42411100	47.600	47.600	47.600	47.600	47.600

**Darstellung der Maßnahme:**

Vor dem Hintergrund, dass insbesondere freiwillige Leistungen vor allem im defizitären Bereich auf den Prüfstand zu stellen sind und in Anbetracht des Vorhandenseins von privaten Anbietern, wird die Sauna in der Schwimmhalle Gablenz geschlossen und der öffentliche Saunabetrieb eingestellt.

**Umsetzungsbedingungen:**

Zur Schließung der Sauna in der Schwimmhalle Gablenz ist ein Stadtratsbeschluss erforderlich.

**Umsetzungsfolgen:**

Das Angebot entfällt ersatzlos (80 Stunden pro Woche).

Besucher pro Jahr: 8.600 (2009)

Ausweichmöglichkeiten: Stadtbad (2,6 km Luftlinie)



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 52/11

**Amt:** 52

**Maßnahmebezeichnung:** Schließung der Sauna in der Schwimmhalle "Am Südring"

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 42421  
Bezeichnung: Hallenbäder

**Kurzbeschreibung:**

Schließung der Sauna in der Schwimmhalle "Am Südring"; Einstellung des öffentlichen Saunabetriebs

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 58.100

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	4242104.33211220	-39.400	-39.400	-39.400	-39.400	-39.400
Personalkosten	4242104.40xxxxxx	71.400	71.400	71.400	71.400	71.400
Sachkosten	4242104.42411100	26.100	26.100	26.100	26.100	26.100

**Darstellung der Maßnahme:**

Vor dem Hintergrund, dass insbesondere freiwillige Leistungen vor allem im defizitären Bereich auf den Prüfstand zu stellen sind und in Anbetracht des Vorhandenseins von privaten Anbietern wird die Sauna in der Schwimmhalle "Am Südring" geschlossen und der öffentliche Saunabetrieb eingestellt.

**Umsetzungsbedingungen:**

Zur Schließung der Sauna in der Schwimmhalle "Am Südring" ist ein Stadtratsbeschluss erforderlich.

**Umsetzungsfolgen:**

Das Angebot entfällt ersatzlos (82,5 Stunden pro Woche)  
Besucher pro Jahr: 10.500 (2009)  
Ausweichmöglichkeiten: Stadtbad (5,1 km Luftlinie)



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 52/12

**Amt:** 52

**Maßnahmebezeichnung:** Erweiterung des eigenen Angebotes an Aquafitness-Kursen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 42421  
Bezeichnung: Hallenbäder

**Kurzbeschreibung:**

Das Angebot des Sportamtes an Aquafitness-Kursen wird um ca. 20 % erweitert.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 16.300

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	4242101.33211320	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000
Erträge	4242101.33211210	-800	-800	-800	-800	-800
Erträge	4242102.33211320	1.900	1.900	1.900	1.900	1.900
Erträge	4242103.33211320	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400
Erträge	4242103.33211210	-400	-400	-400	-400	-400
Erträge	4242104.33211320	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600
Erträge	4242104.33211210	-400	-400	-400	-400	-400
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Der zeitliche Umfang sowie die Inhalte der Angebote werden neu gestaltet, um eine Erhöhung der Teilnehmerzahl und somit der Einnahmen von ca. 20 % zu erreichen.

**Umsetzungsbedingungen:**

Änderung in der Vergabe der Schwimmhallen notwendig, um zusätzliche Zeiten bereitstellen zu können. Zeiten, in denen Vereine trainieren, müssen ggf. reduziert werden.

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 52/13

**Amt:** 52

**Maßnahmebezeichnung:** Nichtwiederbesetzung von altersbedingt frei werdenden Stellen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 4241004 / 4242101  
 Bezeichnung: Sportforum Stadtbad

**Kurzbeschreibung:**

Ausgewählte, im Konsolidierungszeitraum altersbedingt frei werdende Stellen, werden nicht wieder besetzt.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 73.600

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	4241004.40xxxxxx	0	21.430	51.440	51.440	51.440
Personalkosten	4242101.40xxxxxx	0	0	12.780	19.180	22.160
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Stelleninhaber der folgenden Stellen scheidern altersbedingt aus der SVC aus:

5202 100 120 Handwerker mit 0,5 AE per 05/2013

5202 210 050 Kartenverkäufer mit 1,0 AE per 12/2015

5203 000 060 SB Fahrzeugeinsatz mit 1,0 AE per 08/2012

Diese Stellen werden im Rahmen des HSK nicht wieder besetzt.

Ab dem Jahr 2016 wird sich der Konsolidierungsbeitrag auf 106.300 € belaufen.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 52/14

**Amt:** 52

**Maßnahmebezeichnung:** Errichtung einer Wasseraufbereitungsanlage in der Sauna im Stadtbad

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 42421  
Bezeichnung: Hallenbäder

**Kurzbeschreibung:**

Die Sauna Kalt- u. Warmbecken werden derzeit mit zu großen Anteilen an Frischwasser befüllt. Dies liegt daran, dass keine korrekte Wasseraufbereitungsanlage in diesem Bereich des Stadtbades existiert.

Mit Errichtung einer neuen DIN-konformen Wasseraufbereitungsanlage in den Bereichen der Sauna Kalt- u. Warmbecken würden sich zukünftig beachtliche Einsparpotentiale im Bereich der Sachkosten ergeben

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 110.500

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	4242101.42411100	110.500	110.500	110.500	110.500	110.500

**Darstellung der Maßnahme:**

Um die hygienisch geforderte Wasserqualität in den Kalt- und Warmwasserbecken der Sauna im Stadtbad gewährleisten zu können, werden derzeit große Mengen an Frischwasser zugeführt. Dies liegt daran, dass keine technisch sinnvolle Wasseraufbereitungsanlage in diesem Bereich des Stadtbades existiert. Mit der Errichtung einer neuen DIN-konformen Wasseraufbereitungsanlage und den damit verbundenen Schnellfiltern würden sich zukünftig beachtliche Einsparpotentiale im Bereich der Sachkosten ergeben.

Nach Umsetzung der Baumaßnahme würden sich durch die reduzierte Frischwasserzuführung, und die somit in gleichem Umfang entfallenden Abwassergebühren, Kosten von ca. 77.300 € (entspricht 36.280 m<sup>3</sup>) jährlich einsparen lassen. Des Weiteren würden sich im Bereich der Warmwasserbecken die Kosten der Wassererwärmung (Fernwärme) um ca. 33.200 € reduzieren, da das zu erwärmende Wasser auf Grund der Wiederverwendung und des geringeren Frischwasseranteils eine höhere Ausgangstemperatur besitzt.

Bei guter Vorbereitung und Planung der Maßnahme müsste es möglich sein, die erforderlichen Installationen während des laufenden Badebetriebes vorzunehmen und die erforderlichen Umschlüsse in 7 bis 10 Werktagen inklusive Inbetriebnahme umzusetzen.

Die in den Jahren 2009 und 2010 umgesetzten Maßnahmen zur Abwasseraufbereitung (Konjunkturprogramm II) und Badewasseraufbereitung wirken ausschließlich in den Wasserkreisläufen der 25m- bzw. 50m-Halle und stehen somit in keinem unmittelbaren Zusammenhang zur hier dargestellten Maßnahme.

**Umsetzungsbedingungen:**

Grundvoraussetzung zur Umsetzung dieser Maßnahme ist die Bereitstellung der Finanzierungsmittel / Investition.

	<b>Maßnahme- nummer</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Investitionen	4242101012007	300.000				
Zuschüsse						

**Umsetzungsfolgen:**

Durch die Umsetzung dieser Maßnahmen würde sich die Verkehrssicherheit des Bades erhöhen und die Wirtschaftlichkeit des Stadtbades optimieren. Weiterhin können Sachkosten im erheblichen Maße in den Folgejahren eingespart werden.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 52/15

**Amt:** 52

**Maßnahmebezeichnung:**

Verzicht auf Wiederbesetzung von potentiell frei werdenden Stellen bei Inanspruchnahme der Altersteilzeitregelung

**Produktuntergruppe:**

Nr. :	42110	42410	42421
Bezeichnung:	Allgemeine Förderung und Verwaltung des Sports	Sportstätten und Sporteinrichtungen	Hallenbäder

**Kurzbeschreibung:**

Ausgewählte, im Konsolidierungszeitraum durch Inanspruchnahme der Altersteilzeitregelung potentiell frei werdende Stellen, werden nicht wieder besetzt.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 112.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	42xxxxx.40xxxxxxx	19.040	19.040	19.040	19.040	112.000
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Stelleninhaber von sieben Stellen fallen potentiell in die Altersteilzeitregelung. Es wird eingeschätzt, dass aufgrund der Rahmenbedingungen ein Teil dieser Beschäftigten diese Regelung in Anspruch nehmen wird. Welche Beschäftigte diese Option tatsächlich wählen, kann gegenwärtig noch nicht benannt werden, so dass diese Maßnahme gegenwärtig noch nicht mit konkreten Stellen untersetzt werden kann. Vorbehaltlich des Abschlusses der Alterszeitverträge werden maximal drei der Stellen freigegeben und auf eine Wiederbesetzung verzichtet.

Sofern die Verträge abgeschlossen werden, könnte ab dem Jahr 2015 ein Konsolidierungsbeitrag von 112.000 € erzielt werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

Voraussetzung ist der tatsächliche Abschluss von Altersteilzeitverträgen.

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 53/01

**Amt:** Gesundheitsamt

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung von Stellen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 4141000  
Bezeichnung: Gesundheitspflege

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung um 0,875 AE der Stelle 53 00 200 010 - Leiter - (für die derzeitige Stelleninhaberin beginnt am 01.06.11 die Freizeitphase bei Altersteilzeit) durch Einbindung des Bereiches Gesundheitsförderung, Gesundheitsberichterstattung in die Verwaltungsabteilung. Mit der Umstrukturierung sind erhebliche Aufgabenumverteilungen in der Verwaltung verbunden.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 51.122

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	Leiter	29.821	51.122	51.122	51.122	51.122
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Optimierung der Struktur, Antrag Stellenplanänderung, Aufgabenumverteilungen innerhalb 53.1, Korrektur der Stellenbeschreibungen, Reduzierung bei übertragener Pflichtaufgabe Patientenaltaktenarchiv

**Umsetzungsbedingungen:**

Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Stelle SB Gesundheitsberichterstattung, Epidemiologie auf 1,0 AE, erhebliche Aufgabenumverteilungen innerhalb der Abteilung 53.1, Änderungen von Arbeitsabläufen, Aufgabenbeschreibungen, Weiterbildung von Mitarbeitern erforderlich

**Umsetzungsfolgen:**

1. Die Koordinierung der Gesundheitsförderung sowie der Eigenanteil des Öffentlichen Gesundheitsdienstes werden eingeschränkt.
2. Die Besetzung des Patientenaltaktenarchivs ist nur noch eingeschränkt möglich. Für den Erhalt von medizinischen Akten aus Vorwendezeiten kommt es für die anfragenden Bürger zu wesentlich längeren Wartezeiten (bis zu 4 Wochen).



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 53/02

**Amt:** Gesundheitsamt

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung von Stellen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 4141000

Bezeichnung: Gesundheitspflege

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung um 0,875 AE der Stelle 53 02 100 030 - Arzthelferin amtsärztlicher Dienst. Die Stelleninhaberin beginnt am 01.11.2011 mit der Freizeitphase bei ATZ. Die Aufgabe wird anteilig einer MTA/L übertragen, die gegenwärtig die Qualifikation zur Fachkraft für den öffentlichen Gesundheitsdienst absolviert.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 35.570

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	Arzthelferin	5.928	35.570	35.570	35.570	35.570
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Änderung von Arbeitsabläufen und Aufgabenumverteilungen im Sachgebiet amtsärztlicher Dienst.

**Umsetzungsbedingungen:**

Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Stelle MTA/Labor von derzeit 0,75 AE auf 0,875 AE, Aufgabenumverteilungen im Sachgebiet, Vergabe von Laborleistungen an Fremdanbieter  
Änderungen von Arbeitsabläufen, Antrag auf Änderung Stellenbezeichnung, Korrekturen der Aufgabenbeschreibungen, Weiterbildung von Mitarbeitern.

**Umsetzungsfolgen:**

Reduzierung des Leistungsangebotes im Labor des Gesundheitsamtes.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 53/05

**Amt:** Gesundheitsamt

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung von Stellen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 4141000

Bezeichnung: Gesundheitspflege

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung um 0,75 AE der Stelle 53 02 300 070 - Sozialarbeiter Tbk-Fürsorge (derzeitige Stelleninhaberin beginnt am 01.12.2011 mit Freizeitphase bei ATZ) Aufgabenanteile müssen den MTA/Röntgen mit den Stellenplannummern 53 02 300 080 und 53 02 300 090 zu jeweils 0,125 AE übertragen werden.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 43.592

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	Sozialarbeiterin	3.633	43.592	43.592	43.592	43.592
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Änderung von Arbeitsabläufen sowie Aufgabenumverteilungen innerhalb des Sachgebietes Spezieller Infektionsschutz.

**Umsetzungsbedingungen:**

Voraussetzung zur Durchsetzung der Maßnahme ist die Erhöhungen der wöchentlichen Arbeitszeit der MTA's von derzeit je 30 auf 35 Stunden (= insgesamt 0,25 AE), Änderung in der Stellenverteilung, Korrekturen der Aufgabenbeschreibungen, spezifische Weiterbildung der Mitarbeiterinnen. Eine Mitarbeiterin hat bereits die Ausbildung zur Fachkraft für den ÖGD begonnen.

**Umsetzungsfolgen:**

1. Reduzierung von Aufgaben der Tuberkulosefürsorge (Pflichtaufgaben nach Weisung), Hausbesuche und Medikamenteneinnahmekontrollen sind nur noch eingeschränkt möglich.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 53/06

**Amt:** Gesundheitsamt

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung von Stellen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 4141000

Bezeichnung: Gesundheitspflege

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung um 0,250 AE der Stelle 53 04 200 050 - Psychologe Krisenberatung (der derzeitige Stelleninhaber beginnt am 01.03.2011 mit Freizeitphase bei ATZ).

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 17.145

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	Psychologe	14.288	17.145	17.145	17.145	17.145
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Zur Sicherung der Aufgaben im Sozialpsychiatrischen Dienst ist eine Wiederbesetzung der Stelle mit mindestens 0,750 AE erforderlich.

**Umsetzungsbedingungen:**

Wiederbesetzung mit einem ausgebildeten Diplom-Psychologen, möglichst mit Erfahrungen in der gemeindenahen Psychiatrie, fachspezifische Weiterbildungen erforderlich.

**Umsetzungsfolgen:**

1. Reduzierung des psychologischen Beratungsangebotes auf 30 Stunden/Woche.
2. Reduzierung des Landeszuschusses an den PK entsprechend Förderrichtlinie Psychiatrie



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 53/08

**Amt:** Gesundheitsamt

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung von Stellen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 4141000

Bezeichnung: Gesundheitspflege

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung um 0,25 AE der Stelle 53 02 300 030 - Krankenschwester STD-Beratung (die derzeitige Stelleninhaberin erreicht im Mai 2012 die Altersgrenze), die verbleibenden 0,75 AE sind wieder zu besetzen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 11.120

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	Krankenschwester	0	6.487	11.120	11.120	11.120
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Zur Sicherung der Aufgaben im Sachgebiet Spezieller Infektionsschutz, STD-Beratung ist der Einsatz einer Krankenschwester unverzichtbar. Die derzeitige Vollzeitstelle muss zum o. g. Zeitpunkt mit mindestens 0,75 AE neu besetzt werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

Besetzung der Stelle mit einer ausgebildeten Krankenschwester bzw. einer Arzthelferin mit Erfahrungen im gynäkologisch venerologischen Bereich erforderlich.

**Umsetzungsfolgen:**

Reduzierung der Besetzung der STD-Beratungsstelle mit Verringerung des Sprechstundenangebotes.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 53/10

**Amt:** Gesundheitsamt

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung von Stellen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 4141000

Bezeichnung: Gesundheitspflege

**Kurzbeschreibung:**

Realisierung eines KW-Vermerkes - Abbau der Stelle MA Verwaltung Stellenplannummer - 53 04 200 120.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 28.771

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	MA Verwaltung	28.771	28.771	28.771	28.771	28.771
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Stelleninhaberin wurde bereits mit KW-Vermerk an der Stelle in das Amt übernommen.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Der Verlust an Arbeitsvermögen muss durch die Mitarbeiterin Abteilungsleiter Stellenplannummer 53 04 000 020 abgefangen werden.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 53/11

**Amt:** Gesundheitsamt

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung von Stellen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 4141000

Bezeichnung: Gesundheitspflege

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung um 0,90 AE der Stelle 53 04 100 050 - Sozialarbeiter Sozialmedizin mit dem Schwerpunkt der Beratung von Tumorkranken. Der Aufgabenanteil von 0,1 AE muss der Sozialarbeiterin Sozialmedizin - Stellenplannummer 53 04 100 040 mit dem derzeitigen Aufgabenschwerpunkt der Beratung von körperlich Behinderten und chronisch Kranken übertragen werden.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 7.982

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	Sozialarbeiterin	0	0	0	0	7.982
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Mit dem Abbau der 0,9 AE ist eine Reduzierung des Angebotes der Beratung und Betreuung von Tumorkranken von derzeit 2,0 AE auf 1,1 AE verbunden.

**Umsetzungsbedingungen:**

Um die Aufgaben der Tumorberatung noch anteilig wahrnehmen zu können, sind Umverteilungen innerhalb des Sachgebietes Sozialmedizin erforderlich. Voraussetzung zur Durchsetzung ist die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit der Sozialarbeiterin Sozialmedizin Stellenplannummer 53 04 100 040 von derzeit 0,7 AE auf 0,8 AE. Gegenwärtig liegt der Aufgabenschwerpunkt dieser Mitarbeiterin bei der Beratung und Betreuung von körperlich Behinderten und chronisch Kranken.

**Umsetzungsfolgen:**

Reduzierung von Aufgaben der Beratung und Betreuung von Tumorpatienten. Die Durchführung von Hausbesuchen, die infolge des Krankheitsbildes dringend erforderlich sind, müssen eingeschränkt werden.



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 53/12

**Amt:** 53

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung von Sachkostenzuwendungen im Ergebnishaushalt

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 4141000

Bezeichnung: Gesundheitspflege

**Kurzbeschreibung:**

Kürzung/Minderung des Ergebnishaushaltes (Basis 2010) um 5 Prozent. Dies soll durch Aufwandskürzungen bei ausgewählten PSK erfolgen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 42.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Sachkosten	4141000 42711000	1.000	7.000	7.000	7.000	7.000
Sachkosten	4141000 43181110	9.000	35.000	35.000	35.000	35.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Das Gesamtbudget des Amtes wurde pauschal gekürzt. Im Verlauf der Umsetzung muss in Abhängigkeit mit der pflichtigen Aufgabenerfüllung operativ und nach Ermessen differenziert zur Minderung von Aufwendungen entschieden werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

Anpassung der Vereinbarung mit der Poliklinik GmbH Chemnitz, Mietverhandlungen zum Objekt Altaktenarchiv (ZGB/A53), Analyse ausgewählter Ansätze und Reduzierung von Leistungen.

**Umsetzungsfolgen:**

Kürzung bedeutet, dass mit dem verfügbaren Budget nur noch Leistungen finanziert werden können, die nicht im Zuge der Aufgabenkritik als "pflichtig mit disponiblen Anteil" betrachtet wurden. Damit besteht aus heutiger Sicht keinerlei finanzieller Spielraum mehr für Sonderaufgaben bzw. übertragbare Aufgabenzuwächse (sh.u.a. Absonderungskosten für nicht behandlungswillige Tuberkulosepatienten - BKH Parsberg/Bayern).



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 53/13

**Amt:** 53

**Maßnahmebezeichnung:** Kürzung der Zuschüsse für freie Träger der Wohlfahrtspflege (um 20 Prozent)

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 4141000

Bezeichnung: Gesundheitspflege

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung von Zuschüssen für die Erledigung von übertragenen Pflichtaufgaben durch freie Träger der Wohlfahrtspflege

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 76.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	4141000 43181110	0	76.000	76.000	76.000	76.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Differenzierte bzw. pauschalierte Kürzung des bisher verfügbaren Fördervolumens insgesamt (Basis 2010), für die Bezuschussung übertragener pflichtiger Aufgaben bzw. von den freien Trägern vorgehaltenen Beratungsangeboten, mit Ausnahme der Förderung von Suchtberatungs- und Behandlungsstellen (Stadtmission und AWW Chemnitz), keine Kürzung des Fördervolumens in 2011 gegenüber 2010.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Differenzierte Reduzierung von Beratungsangeboten gegenüber dem Bürger. Mögliche verkürzte Öffnungs- und Beratungszeiten. Einschränkungen bei der Bereitstellung von Landesfördermitteln. Verminderung von Gesundheitshilfen im Rahmen der Prävention und Betreuung.



**Dezernat:** D5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** TIETZ/01

**Amt:** Das TIETZ/SBC

**Maßnahmebezeichnung:** Überarbeitung der städtischen Bibliotheksstruktur

**Produktuntergruppe:**

Nr. :

Bezeichnung: Stadtbibliothek - Medien und Information, Medienkompetenz

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung der Öffnungszeiten der Stadtteilbibliotheken (StB) - Tandemlösung;  
Umsetzung des Personals in die Zentralbibliothek zur Kompensierung der  
Personalreduzierung

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 243.480

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge		./. 10.000	./. 10.000	./. 10.000	./. 10.000	./. 10.000
Personalkosten		117.860	185.000	194.550	194.550	252.980
Sachkosten			500	500	500	500

**Darstellung der Maßnahme:**

- keine Wiederbesetzung von 1,5 AE frei werdender Stellen
- Festschreibung von Teilzeitverträgen
- Umsetzung einer Mitarbeitern innerhalb des EB, Umsetzung Personal StB in ZB

**Umsetzungsbedingungen:**

- Personalumsetzung
- Altersteilzeit
- keine Weiterbeschäftigung von Jungfacharbeitern
- Teilzeitverträge nicht mehr befristen

**Umsetzungsfolgen:**

- Reduzierung der Öffnungszeiten der StB Yorck + Vita von 4 auf 3 Öffnungstage -  
Absicherung der ÖZ durch Personaleinsatz im Tandemverfahren
- Einschränkungen in der medienpädagogischen Arbeit und im Beratungsdienst



**Dezernat:** D5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** TIETZ/03

**Amt:** DASTietz/VHS

**Maßnahmebezeichnung:** Entgelterhöhung

**Produktuntergruppe:**

Nr. :

Bezeichnung:

**Kurzbeschreibung:**

Erhöhung der Entgelte einschließlich verbessertem Marketing

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 155.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge		155.000	155.000	155.000	155.000	155.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Entgelte werden um ca. 20 % erhöht.

Durch verbessertes Marketing wird eine Mehreinnahme von 30.000 € erwartet.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

- Anstieg des Eigenanteils für Weiterbildung
- sinkende Teilnehmerzahl (geschätzt: 10 %)



**Dezernat:** 5

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** Theater/01

**Amt:**

**Maßnahmebezeichnung:** Zuschuss an die Städtische Theater gGmbH

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 26110

Bezeichnung: Beteiligung an Theatern

**Kurzbeschreibung:**

Festschreibung des Zuschuss für die Folgejahre an die STC gGmbH auf Basis 2010

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 4.300.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	2611000.43151208	858.000	1.512.000	2.097.000	1.300.000	4.300.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Begrenzung des kommunalen Zuschusses für die gemeinnützige Gesellschaft, mit der Zielstellung der Erschließung neuer Potentiale bei grundlegender Sicherung des Niveaus der Angebote.

**Umsetzungsbedingungen:**

Zur Umsetzung sind Abstimmungen mit dem Unternehmen notwendig.

**Umsetzungsfolgen:**

Der Gesellschaft stehen weniger finanzielle Mittel für die Geschäftstätigkeit zur Verfügung. Infolge sind Aufgabenanpassungen erforderlich.

# **Bereich Dezernat 6**



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 60/01

**Amt:** Amt für Baukoordination

**Maßnahmebezeichnung:** Neuorganisation PZE

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 51120

Bezeichnung: Förderung Städtebau

**Kurzbeschreibung:**

Neue Aufgabenstrukturierung zwischen den Ämtern 60 und 11.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 25.720

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	5112024.40121000			25720	25720	25720
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Personalzeiterfassung wird im Amt für Baukoordination durchgeführt. Mit der vom Amt 11 vorgesehenen Einführung einer EDV-gestützten, von jedem Beschäftigten am eigenen PC (und damit dezentral) durchführbaren Möglichkeit, Korrekturen selbstständig durchzuführen, kann die Aufgabe in D 6 entfallen.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 61/01

**Amt:** 60/ 61/ 66

**Maßnahmebezeichnung:** Organisationsoptimierung im Baudezernat

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5112000 & 5111000

Bezeichnung: Förderung Städtebau & Orts- und Regionalplanung

**Kurzbeschreibung:**

Neuzuordnung der Aufgaben des Amtes für Baukoordination.  
Zusammenführung des Stadtbaumanagement und der Städtebauförderung im Amt 61.  
Zuordnung der Gewerbegebietsförderung zum Amt 66 und Aufbau einer Stabsstelle Baudezernatssteuerung.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 375.621

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	5111000.40112000			18.156	54.469	54.469
Personalkosten	5111000.40121000	75.706	85.524	193.517	193.517	193.517
Personalkosten	5112000.40111000	54.469	54.469	54.469	54.469	54.469
Personalkosten	5112000.40122000				73.166	73.166
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Im Zuge der Neustrukturierung der Aufgabenzuordnung wird das Amt 60 aufgelöst.

Die jetzigen Hauptaufgaben des Amtes werden in das Amt 61 überführt. Die stellenkonkrete Zuordnung zu den einzelnen Abteilungen wird in einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der jetzigen Abteilungsleiter der Ämter 61 und 60 und des Amtsleiters 61 konkretisiert.

Die Neuordnung zum Amt 66 ist analog in der Maßnahme "Neuordnung der Entwicklung und Vermarktung städtischer Gewerbeflächen" aufgeführt.

Jetzige im Amt 60 angesiedelte Steuerungsaufgaben für das gesamte Baudezernat werden in einer der Leitung des Dezernates direkt unterstellten Stabsstelle Baudezernatssteuerung zusammengeführt. Aufgaben des jetzigen Amtes 60 zu Widerspruchsbearbeitungen und Revisionsbelangen sind ebenfalls neu zuzuordnen. Die anteilig bisher der Stelle SB Öffentlichkeitsarbeit im Amt 61 (0,6 AE) zugeordneten Aufgaben werden der Stabsstelle zugeordnet. Die Stelle im Amt 61 entfällt.

Im Rahmen der Neustrukturierung werden im Einzelnen auch nachfolgende Stellen entfallen und zwei Stellen nach Freiwerden im Amt 67 zur Umsetzung vorgeschlagen:

Derzeit gibt es im Amt 60 zwei Abteilungen mit je 6 Mitarbeitern. Die Leiterin 60.2 beginnt im Dezember 2011 mit der aktiven Phase der ATZ. Mit Umsetzung der KW-Stelle in 60.2 wird die Struktur so verändert, dass eine Leiterstelle eingespart werden kann.

Im Aufgabengebiet des Amtes 61 werden die Verfahren in der Bauleitplanung gem. BauGB betreut, die Akten geführt und Akteneinsicht gewährt. Alle Vorlagen des Amtes 61 im RIS/Session werden hier erstellt. Durch den Rückgang der Anzahl von Verfahren kann Personal eingespart werden; ein erneuter Anstieg des Arbeitsumfanges ist unwahrscheinlich. Die Vertretung ist neu zu regeln. Die Rückführung einer temporär dem Amt 65 zugeordneten Stelle des Amtes 61 ist Voraussetzung.

Dem Stadtplanungsamt obliegt derzeit die konzeptionelle und gestalterische Aufbereitung von Ausstellungen für die Ämter des D6, das Ausstellungsmanagement (v.a. im Foyer des Technischen Rathauses), die Betreuung und Aktualisierung von Dauerausstellungen (z.B.: "Chemnitz baut die Innenstadt", "Chemnitz baut Eigenheime mittendrin") sowie die Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen, Messen und Publikationen zur Stadtentwicklung. Diese freiwillige Aufgabe der Stelle 6104 300010 wird weitestgehend entfallen.

Durch die Stelleninhaberin 6104 300030 werden die fotografischen Arbeiten des Amtes 61 und des D 6 ausgeführt, z.B. Dokumentation von Ausstellungen, Kunst im öffentlichen Raum, Baugebieten, aktuellem Baugeschehen, Rückbau. Ferner werden fotografische Aufnahmen als Grundlage für städtebauliche Planungen erstellt. Ein umfangreiches analoges und digitales Bildarchiv wird verwaltet.

Die Stelle unterstützt die Aufgaben der Kunst im öffentlichen Raum und Öffentlichkeitsarbeit. Es handelt sich hierbei um freiwillige Aufgaben, die auch nicht zur Kernkompetenz eines Stadtplanungsamtes gehören. Diese freiwillige Aufgabe entfällt daher ersatzlos im Amt 61.

Das Umweltzentrum mit seinen umfangreichen Aufgaben in Partizipationsprozessen und der Umweltbildung sowie der Betreuung des Agenda-Beirates des Stadtrates ist weiterzuführen, hier bieten sich im Jahr 2012 strukturelle Optimierungsmöglichkeiten.

Durch eine Zusammenführung der Aufgaben im Botanischen Garten kann dort das Schulbiologie- und Naturschutzzentrum zu einem Schulbiologie- und Umweltzentrum weiterentwickelt werden. (Umsetzung des Leiters des Umweltzentrums, Stelle 6110 000010, auf die Stelle SGL 67.34 nach dessen Arbeitszeitende und zeitgleiche Versetzung der Mitarbeiterin Umweltberatung, Stelle 6110 000020.)

#### **Umsetzungsbedingungen:**

Ausarbeitung der stellenkonkreten Neuordnung der Stellen des Amtes 60 unter Einbeziehung der Abteilungsleiter und Abteilungsleiterinnen aus den Ämtern 60 und 61. Die vollständige Konzepterstellung ist bis spätestens Oktober 2010 vorgesehen.

#### **Umsetzungsfolgen:**

Mit o.g. Vorschlag werden 7 AE eingespart. Den frei zu meldenden Mitarbeitern sind anderweitige Stellen innerhalb der Stadtverwaltung anzubieten.

Mit der Zusammenführung von Aufgaben des Amtes 60 und 61 liegen die Zuständigkeit und die Verantwortung für städtebauliche Projekte in einem Amt.

Mit der Neuordnung der Entwicklung der Gewerbegebiete wird auch die Zuständigkeit für entsprechende Förderanträge in einem Amt, hier Amt 66 zusammengeführt.

Mit Bildung einer Stabstelle Baudezernatssteuerung werden bisher im Amt 60 befindliche Controllingaufgaben direkt der Dezernatsleitung unterstellt.

#### **Hinweis:**

Mit diesem Vorschlag der Verwaltung werden die Vorschläge der Fraktion Die Linke. und der SPD-Fraktion zur Anpassung und Optimierung interner Organisationsstrukturen berücksichtigt.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 61/02

**Amt:** 61

**Maßnahmebezeichnung:** Aufgabenverlagerung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5111000  
 Bezeichnung: Orts- und Regionalplanung

**Kurzbeschreibung:**

Verlagerung der Aufgabe "Kunst im öffentlichen Raum"

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 23.370

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	5111000 40xxx	23.370	23.370	23.370	23.370	23.370
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Das Stadtplanungsamt pflegt derzeit das Bestandsverzeichnis der Kunst im öffentlichen Raum; es nimmt die fachliche Beurteilung bei Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen vor sowie die Ausschreibung und Vergabe von Bauleistungen für Reparaturen. Darüber hinaus wurden in den vergangenen Jahren Kunstprojekte im öffentlichen Raum initiiert und in der Durchführung begleitet, z.B. "InSicht" oder "Kunst im Stadtumbau".

Die Initiierung neuer Kunstprojekte entfällt als freiwillige Aufgabe ersatzlos. Die Pflege bestehender kommunaler Kunstwerke im öffentlichen Raum ist aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht eine Pflichtaufgabe. Diese Aufgabe wird per 01.01.2011 - doppisch aufbereitet - verlagert: Die Ämter, auf/in deren Liegenschaften sich Kunstwerke befinden, übernehmen alle o. g. Aufgaben (Ämter 17, 23, 40, 41, 48, 52, 66, 67 bzw. 65 als bauausführendes Amt für die Bauherrenämter). Es findet kein Personal- und/oder Mittelübergang statt.

Im Städtevergleich ist festzustellen, dass die Betreuung der Kunst im öffentlichen Raum in anderen Stadtplanungsämtern nicht verankert ist.

**Umsetzungsbedingungen:**

Im Amt 61 stehen keine Mittel für Kunstreparaturen zur Verfügung, die bei Verlagerung der Aufgabe umverteilt werden könnten.

**Umsetzungsfolgen:**

Bei der im Amt 61 entfallenden Aufgabe handelt es sich um Stellenanteile einer Vollzeitstelle (s.a. Maßnahme 61/1). Der Vollzug der Maßnahmen 61/2 und 61/1 hat personalwirtschaftliche Auswirkungen; die Verlagerung und Streichung von Aufgaben zur Stelleneinsparung hat zur Folge, dass für eine Stelleninhaberin neue Aufgabengebiete auf freien Stellen innerhalb der Stadtverwaltung zu finden sind.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 62/01

**Amt:** 62

**Maßnahmebezeichnung:** Personaleinsparung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5121000

Bezeichnung: Flächen- u. Grundstücksbezogene Daten und Grundlagen

**Kurzbeschreibung:**

Einsparung von Personal auf Grund von durchgängigem Einsatz der Datenverarbeitung

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 227.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	5121000-40121000	123.000	123.000	123.000	227.000	227.000
Sachkosten		0	0	0	0	0

**Darstellung der Maßnahme:**

In den vergangenen Jahren wurden in allen Abteilungen des Amtes 62 konsequent die Möglichkeiten der Rationalisierung durch den Einsatz von DV-Verfahren genutzt. Dadurch sind vorwiegend Aufgaben in den unteren Entgeltgruppen weggefallen. Soweit nicht schon geschehen, werden diese Stellen eingespart.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 62/02

**Amt:** 62

**Maßnahmebezeichnung:** Datenmanagement

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5121000

Bezeichnung: Flächen- u. Grundstücksbezogene Daten und Grundlagen

**Kurzbeschreibung:**

Datenlieferungen an die SWC und GGG.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 35.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	5121000-3311111000	15.000	15.000	35.000	35.000	35.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Über die bislang schon vertraglich vereinbarten Datenlieferungen werden ab 2011 an die GGG und ab 2013 an die SWC weitere Geobasisdaten geliefert. Die Entgelte dafür stellen dauerhafte Mehreinnahmen dar.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** D6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 63/01

**Amt:** 63

**Maßnahmebezeichnung:** Optimierung der Verfahrensabläufe

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5211000  
Bezeichnung: Bauordnung

**Kurzbeschreibung:**

Wegfall von Stellen im Bereich Bauordnung

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 93.800

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	40121000	0	0	0	0	95.000*
Sachkosten	42221000	-1200	-1200	-1200	-1200	-1200

\* Durch diese Maßnahme entfallen real Personalkosten in Höhe von 188.195,- € (95.000,- € + 93.195,- € = 3 AE). Bei 1,5 AE ist das Konsolidierungspotential in Höhe von 93.195,- € jedoch bereits im SN 1 berücksichtigt, da es sich um Stellen mit KW-Vermerk handelt und die Stelleninhaber von der Altersteilzeit Gebrauch gemacht haben.

**Darstellung der Maßnahme:**

Es handelt sich um folgende Aufgaben:

Durch Optimierung der Verfahrensabläufe (Beteiligung anderer Ämter und Einrichtungen im Genehmigungsverfahren) können 2 Beschäftigte eingespart werden.

Durch Rückgang der Antragsverfahren kann 1 Beschäftigter eingespart werden.

Im Vergleich mit anderen Bauaufsichtsbehörden ist festzustellen, dass die Ämter mit annähernd der gleichen Anzahl von AE pro 10.000 Einwohner ausgestattet sind:

Chemnitz: 1,09 AE pro 10.000 EW (nach EKKO)

Halle: 0,91 AE pro 10.000 EW

Mainz: 1,05 AE pro 10.000 EW

Karlsruhe: 0,84 AE (ohne zentrale Annahmestelle) pro 10.000 EW

Braunschweig: 1,12 AE pro 10.000 EW

Kennzahlen

Vorgangsart	2006	2007	2008	2009
Bauantrag	716	727	657	635
Wohnabgeschlossenheit	104	68	59	35
Bauvoranfrage	152	129	143	138
Fliegende Bauten	45	43	51	34
Abnahme von Versammlungsstätten	24	26	28	24

Befreiungen / Ausnahmen	31	26	24	17
Prüfung von Vorhaben (BlmschG)	13	14	20	10
Durchgeführte Wiederkehrende Prüfungen	59	49	37	66
Baurechtliche Maßnahmen	92	79	45	79
Objektprüfung (Standicherheit)	58	41	42	58
Prüfung Standicherheit Ruinen	35	42	38	38
Beauftragung Prüferingenieure	63	106	120	95
Prüfung Vollst. Bauvorlagen bei Baubeginn	516	391	392	365
Ortseinsicht Fertigstellung Rohbau	75	69	78	42
Ortseinsicht Nutzungsaufnahme	171	194	201	166
Anordnung wegen Mängeln	172	193	203	121
Stellungnahmen	733	559	613	611
Bauakteneinsicht, Service	320	408	382	326
<b>Summe</b>	<b>3.379</b>	<b>3.164</b>	<b>3.133</b>	<b>2.860</b>

Auswertung der Kennzahlen:

Der Rückgang der Fallzahlen im Bereich

Bauantrag/Wohnabgeschlossenheit/Bauvoranfrage/Objekteinsichten/Anordnung wegen Mängeln in der Baudurchführung in 2008/2009 resultiert aus der Wirtschaftskrise.

Prognose:

Abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt wird die Fallzahlenentwicklung auf dem Niveau von 2009 prognostiziert. Durch den Anstieg von ruinösen Gebäuden in der Stadt wird mit einer Steigerung der Fallzahlen im Bereich „Baurechtliche Maßnahmen“ gerechnet. Bei der Durchführung von Wiederkehrenden Prüfungen von Sonderbauten ist keine Reduzierung zu erwarten.

#### **Umsetzungsbedingungen:**

Dem Konsolidierungspotential, welches bereits im SN 1 berücksichtigt wurde, stehen Sachkosten zur Beschaffung der entsprechenden Software zur Verfahrensoptimierung (ca. 10.000,- €) sowie Wartungskosten (ca. 1.200,- €) gegenüber.

Weiterhin entstehen Sachkosten zum verstärkten Einsatz von E-Government. Diese können derzeit noch nicht beziffert werden.

Weiteres Konsolidierungspotential in Höhe von 1, 5 AE wird möglich sein, wenn die Rahmenbedingungen für E-Government in der SVC geschaffen sind.

Dies setzt voraus, dass die technischen Voraussetzungen für Verfahrensoptimierungen eingerichtet sind; so zum Beispiel:

#### **Ausbau der Online-Auskünfte**

Über den Internetauftritt der Stadt Chemnitz müssen die wesentlichen Baurechtszustände (Flächennutzungsplan, Bebauungspläne, Denkmale etc.) dem Bürger zur Verfügung stehen und brauchen nicht mehr in der Behörde abgefragt werden.

#### **Medienbruchfreie Verwaltungsleistungen**

Die papierlose Bearbeitung von Verfahren muss eingeführt und die technischen und rechtlichen Voraussetzungen hierfür geschaffen werden.

Zur Umsetzung dieser Maßnahme ist weitere Organisationsarbeit erforderlich, um die geschätzten Einsparpotentiale zu konkretisieren.

Abhängig von der Einführung der technischen und rechtlichen Voraussetzungen zur Einführung des E-Governments wird mit einer Realisierung des Konsolidierungspotentials im Jahre 2015 gerechnet.

Weiterhin ist die Entwicklung der o. g. Kennzahlen zu beobachten.

	Maßnahme- nummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen	63/01	10000				
Zuschüsse						

**Umsetzungsfolgen:**

Der Vollzug der Konsolidierungsmaßnahme von drei Beschäftigten, die stellenkonkret benannt werden können, kann ohne personalwirtschaftliche Maßnahmen durch Renteneintritt der Stelleninhaber erfolgen.

Der Vollzug von weiteren 1,5 AE kann noch nicht untersetzt werden.

**Hinweis:**

Der Konsolidierungsvorschlag entspricht dem Maßnahmenvorschlag der Fraktion DIE LINKE: Rationalisierung der Verwaltungsarbeit durch Aufgabenkritik



**Dezernat:** 1/6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 65/01

**Amt:** 17/65

**Maßnahmebezeichnung:** Energiekosten - Senkung der Strompreise für alle Verbrauchsstellen der SVC

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1113400

Bezeichnung: Hochbauverwaltung

**Kurzbeschreibung:**

Nutzung der Handlungsoptionen eines kommunalen Großverbrauchers.

Einordnung eines Konsolidierungsbeitrags des Stromlieferers über verbesserte Preisgestaltung.

Alternativ bzw. begleitend: Abhängig vom Verlauf der Verhandlung - Ausschreibung der Stromlieferverträge am Strommarkt. Für eine Ausschreibung sind 2011 ca. 50.000 € erforderlich.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 135.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Personalkosten		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Sachkosten		-50.000 €	135.000 €	135.000 €	135.000 €	135.000 €

**Darstellung der Maßnahme:**

Es wird entsprechend eines Marktvergleiches angenommen, dass die Strompreise um ca. 5% minimiert werden können. Die Verhandlungen werden Anfang 2011 aufgenommen, da der jetzige Rahmenvertrag am 31.12.2011 ausläuft. Es besteht eine Kündigungsfrist von drei Monaten vor Ablauf des Vertrages.

**Umsetzungsbedingungen:**

**Umsetzungsfolgen:**

Die Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens kostet ca. 50.000 €.



**Dezernat:** 1/6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 65/02

**Amt:** 17/65

**Maßnahmebezeichnung:** Energiekosten - Senkung der Fernwärmekosten in der Sommerperiode

**Produktuntergruppe:**

Nr. : Fernwärmeversorgte Einheiten - 1113400

Bezeichnung: Hochbauverwaltung

**Kurzbeschreibung:**

Die Verhandlung von Sommerpreisen für Fernwärme und Verzicht auf thermische Solaranlagen bei fernwärmeversorgten Objekten.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 400.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Sachkosten		400.000 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €

**Darstellung der Maßnahme:**

In bilateralen Gesprächen zwischen der SVC und den Stadtwerken sind unter Mitwirkung der Verwaltungsspitze o. g. Ziele zu verfolgen.

Eine Verhandlungsbereitschaft wurde bereits zuvor von den Vertragspartnern signalisiert.

Die Verhandlungen können umgehend eingeleitet werden, da zu diesem Marktsegment kein Rahmenvertrag besteht.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Alternativ verfolgt die SVC Optionen, welche die Abhängigkeit vom Fernwärmebezug im Sommer reduzieren.



**Dezernat:** 1/6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 65/03

**Amt:** 17/65

**Maßnahmebezeichnung:** Energiekosten - Senkung Elektroenergiebedarf durch Intracting-Maßnahmen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1113400

Bezeichnung: Hochbauverwaltung

**Kurzbeschreibung:**

Senkung des Stromverbrauches durch Intracting-Maßnahmen (Eigeninvestitionen in intelligente, technische Steuerungssysteme)  
Planung und Realisierung technischer Steuerungssysteme in ausgewählten Objekten, u. a. Schwimmbäder, Schulen, Rathäuser.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 150.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Personalkosten		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Sachkosten		0 €	126.000 €	150.000 €	150.000 €	150.000 €

**Darstellung der Maßnahme:**

Energie- und Kosteneinsparung durch Einsatz von Spannungsstabilisierungsanlagen und Einsatz von kleinen Blockheizkraftwerken (Mini-BHKW)

In ca. 35 kommunalen Liegenschaften sind hohe elektrische Leistungen und Dauerlasten vorhanden. Beispielhaft seien Schwimmhallen und Berufsfeuerwehrgebäude genannt. Zur Einsparung ohne Komfortverzicht können technische Systeme zur Anwendung kommen, die sich in relativ kurzer Zeit amortisieren. Bei Spannungsstabilisierungsanlagen liegen von anderen Kommunen schon Ergebnisse vor, die Amortisationszeiten von 3 - 5 Jahren erreichen. Im Gymnasium Einsiedel wurde ein Mini-BHKW bereits installiert und liefert Strom und Wärme an das Gebäude (Gesamtkosten 35 T€ brutto, Förderung durch KII). Mit einer Investitionssumme von 400 T€ könnten insgesamt ca. 17 Anlagen technisch mit Spannungsstabilisierungsanlagen aufgerüstet werden und eine Einsparung von 126 T€ (2012) erzielt werden.

Im Folgejahr werden aus den Einsparungen 85 T€ für den Umbau weiterer 8 Anlagen eingesetzt. Das heißt, im 1. Jahr ist eine Einsparung von ca. 65 T€ und in den Folgejahren von ca. 150 T€ gegeben.

Aufgrund der Komplexität der technischen Einzelheiten muss zu jedem Objekt eine detaillierte Kosten-Nutzen-Analyse erarbeitet werden.

Umsetzungsfolgen : Senkung des Stromverbrauches.

**Umsetzungsbedingungen:**

Es entsteht ein einmaliger Investitionsaufwand von ca. 485.000 €, welcher sich nach ca. 3 Jahren amortisiert. Bei Zuführung der Mittel (auch teilweise) noch im Jahr 2010 ist ein früherer Rückfluss (Konsolidierungsbetrag) möglich.

	Maßnahme- nummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen		400.000 €	85.000 €	0 €	0 €	0 €
Zuschüsse		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

**Umsetzungsfolgen:**

Investition von 485.000 € in 2011 und 2012.



**Dezernat:** 1/6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 65/04

**Amt:** 17/65

**Maßnahmebezeichnung:** Energiekosten - Senkung der Energieverbräuche durch Nutzercontrolling (Fernwärme, Gas, Elt) durch ein verbessertes Controlling vor Ort

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 1113400

Bezeichnung: Hochbauverwaltung

**Kurzbeschreibung:**

Schaffung einer Planstelle für ein energetisches Nutzercontrolling.  
Stellenbesetzung mit einem geeigneten, entsprechend ausgebildeten Mitarbeiter.  
Durchführung von permanenten Vor-Ort-Kontrollen an Heizungsanlagen und Haustechniksystemen. Spezifische Regelungen an Arbeitstagen und Wochenenden bzw. Feiertagen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 250000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Personalkosten		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Sachkosten		250.000 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €

**Darstellung der Maßnahme:**

Energie- und Kosteneinsparung durch Einfluss auf Nutzerverhalten.

In zahlreichen Städten wurden zur Einsparung von Energie und letztendlich von Kosten Modelle entwickelt und umgesetzt, die erhebliches Einsparpotential aktivieren.

Als Grundlage der Berechnung dienten uns 3 Vergleichstädte die allein mit „Schulen sparen Energie“ große Einsparungen nachweislich erzielt haben.

Stadt Nürnberg	(500.000 Einwohner)	~ 600 T €/a
Stadt Frankfurt/M	(650.000 Einwohner)	~ 420 T €/a
Stadt Hannover	(520.000 Einwohner)	~ 500 T €/a

Des Weiteren wurden aktuelle Einstellungen in verschiedenen Gebäuden der Stadt Chemnitz in den letzten Jahren analysiert.

Bei einer Hochrechnung der erzielten Einsparungen ergibt sich für Chemnitz ein Potential von mindestens 250 T €/a. Dieses ist jedoch wie auch in den anderen Städten praktiziert, nur durch zusätzliche qualifizierte Arbeitskräfte möglich. Nicht unerheblich sind die Gewinne bei der CO<sub>2</sub>-Vermeidung und der klimaschonenden Ressourcennutzung.

Generierung von kostenwirksamen Energieeinsparungen ohne investive Vorleistungen  
Erhöhung des Kostenbewusstseins bei Gebäudenutzern.

Verbesserung des Qualifikationsniveaus der mit der Regelung von Haustechnikanlagen betrauten Mitarbeitern.

**Umsetzungsbedingungen:**

Schaffung einer Stelle

**Umsetzungsfolgen:**

Umsetzung eines Energieberaters



**Dezernat:** 1/6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 65/05

**Amt:** 17/65

**Maßnahmebezeichnung:** Vereinfachung der Verwaltungsabläufe - durch Zusammenlegung der Ämter SE 17 und A 65

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 11134.xxx

Bezeichnung:

**Kurzbeschreibung:**

Durch die Zusammenlegung der SE 17 und des Amtes 65 ist geplant, bei der Bearbeitung von Aufträgen und Abrechnungen von Bauleistungen im Bereich des Bauunterhaltes Synergieeffekte zu erzielen. Eine Ämterübergreifende Bearbeitung durch mehrere Mitarbeiter mit unterschiedlichen Zuständigkeiten in verschiedenen Ämtern soll damit optimiert werden.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 177.740

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Personalkosten		0 €	0 €	0 €	66.000 €	177.740 €
Sachkosten		0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

**Darstellung der Maßnahme:**

Auf Grund der umfassenden Strukturänderung und der Neuaufteilung der Arbeitsaufgaben kann sich die geplante Effektivitätssteigerung nicht sofort einstellen. Hierfür wird ein längerer Einarbeitungszeitraum und Optimierungsprozess erforderlich. Mit der erwarteten Effektivitätssteigerung könnte eine Kapazitätsanpassung in 2014 um 1 AE und ab 2015 um zwei weitere AE erfolgen.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Die Vereinfachung wird den Abbau von drei AE ermöglichen. Die Zusammenlegung der SE 17 und des Amtes 65 zum zentralen Gebäudemanagement wird zeitnah umgesetzt und Arbeitseinheiten mit den betreffenden Aufgaben bei der Auftrags- und Abrechnungsbearbeitung aus den Bauherrenämtern der ZGB zugeführt.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/01

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Bearbeitung von Schadensfällen an öffentlichen Verkehrsflächen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5491000

Bezeichnung: Sonstige Leistungen der Straßenbaulastträger

**Kurzbeschreibung:**

Gegenwärtig ist im Amt 66 eine Mitarbeiterin für die Bearbeitung von Anfragen des Amtes 30 zu Schadensfällen zwischengeschaltet. Die Mitarbeiterin bezieht die verantwortlichen Bearbeiter des Amtes 66 ein, koordiniert die Beantwortung, prüft diese, sichert die terminliche Beantwortung an das Amt 30. Zukünftig sollte das Amt 30 die Anfragen direkt an die zuständigen Bearbeiter stellen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 40.651

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	549 1000.40121000	30.488	40.651	40.651	40.651	40.651
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Stelle 66 01 300 070 wird nach dem alterteilzeitbedingten Ausscheiden der Mitarbeiterin nicht wieder besetzt. Die Tätigkeiten in dem Sachgebiet müssen neu geordnet werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

**Umsetzungsfolgen:**

Mit der Maßnahme kann die Arbeitsorganisation innerhalb der Abteilung 66.1 effektiver gestaltet werden und somit eine Stelle auf Dauer eingespart werden.

Mit der direkten Zuständigkeit und Verantwortung für die Schadensfälle werden die Sachbearbeiterebene gestärkt und die Verwaltungswege verkürzt.

Ein Überblick aller Schadensfälle an zentraler Stelle im Amt 66 besteht jedoch dann nicht mehr. Die Mitarbeiter des Amtes A 30 müssen dann direkt mit den jeweiligen Mitarbeitern des Amtes 66 Kontakt aufnehmen. Eine weitere Verwaltungsebene entfällt somit.

Dieser Maßnahmepunkt berücksichtigt einen der Vorschläge der Fraktion DIE LINKE.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/02

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Wegfall zentrale Koordinierung von Ausschreibungen im Amt 66

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5491000

Bezeichnung: Sonstige Leistungen der Straßenbaulastträger

**Kurzbeschreibung:**

Die Ausschreibungen (VOB, VOL, VOF) werden im Amt 66 von einer Stelle zentral organisiert. (Einholung der Vergabenummer, Aufstellen Terminkette, Betreuung bis zur Auftragserteilung). Die Servicestelle zur zentralen Organisation wird im Amt 66 abgeschafft.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 54.469

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	549 1000.40111000	54.469	54.469	54.469	54.469	54.469
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Stelle 66 01 300 110 wird im Amt 66 reduziert. Der Stelleninhaber ist innerhalb der Stadtverwaltung umzusetzen.

**Umsetzungsbedingungen:**

**Umsetzungsfolgen:**

Mit der Neustrukturierung der Projektarbeit im Amt ist auch eine Konzentration von Arbeitsleistungen der inneren Verwaltungsarbeit auf die Projektebene geplant, um somit die Effektivität der Verwaltungsabläufe und die Durchsetzung von mehr Eigenverantwortung im unmittelbaren Projektablauf zu stärken.

Im Ergebnis dieses Schrittes ist eine weitere Zwischenebene im Verwaltungshandeln im Bereich der Abteilung 66.1 nicht mehr notwendig.

Weiterhin ist dann die vollständige Kontrolle der jeweiligen Arbeitsschritte unmittelbar in der Abteilung, welche für das Gesamtprojekt die Verantwortung trägt.

Der Vorschlag der Verwaltung berücksichtigt somit einen Vorschlag der Fraktion DIE LINKE und der SPD-Fraktion.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/03

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Stellungnahmen für Zufahrten/Ausgabe Bewohnerparkausweise

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5491000

Bezeichnung: Sonstige Leistungen der Straßenbaulastträger

**Kurzbeschreibung:**

Im Amt 66 ist eine Mitarbeiterin u. a. mit Stellungnahmen für Zufahrtsgenehmigungen und der Ausgabe von Parkausweisen beschäftigt. Die Stellungnahmen für Zufahrten werden auf wenige, eng begrenzte Sonderfälle reduziert. Die Ausgabe der Bewohnerparkausweise wird in der Abteilung durch Umverteilung von Arbeit sichergestellt.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 40.651

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	549 1000.40121000	40.651	40.651	40.651	40.651	40.651
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Stelle 66 04 000 130 wird im Amt 66 reduziert. Die Stelleninhaberin ist innerhalb der Stadtverwaltung umzusetzen.

**Umsetzungsbedingungen:**

	Maßnahme- nummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen		4000				
Zuschüsse						

**Umsetzungsfolgen:**

Die Verantwortung für die Erteilung von Zufahrten wird im Amt auf die Abteilung 66.1 verlagert.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/04

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Neuordnung der Entwicklung und Vermarktung städtischer Gewerbeflächen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5491000

Bezeichnung: Sonstige Leistungen der Straßenbaulastträger

**Kurzbeschreibung:**

Die Zuständigkeiten zur Neuerschließung und Vermarktung von städtischen Gewerbegebieten wurden gesamtstädtisch neu geregelt. Die Bearbeitung von Zuwendungsanträgen nach dem Entflechtungsgesetz für Straßen- und Ingenieurbaumaßnahmen und zur Erschließung von Gewerbegebieten werden im Amt 66 zentralisiert.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 58.425

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	549 1000.40121000	58.425	58.425	58.425	58.425	58.425
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Stelle 66 01 300 100 wird im Amt 66 nicht wieder besetzt.

Die Stelle des Amtes 60 SB Koordination Fördermittel wird (mit Stelleninhaber) in das Amt 66 umgesetzt.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Mit der Entscheidung zur Neuordnung der Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung bei der Neuerschließung und Vermarktung von städtischen Gewerbegebieten innerhalb der Verwaltung werden weitere Synergien im Arbeitsablauf des Amtes A 66 möglich. Neben der Förderung nach Entflechtungsgesetz kann in diesem Zusammenhang auch die GA-Förderung innerhalb D 6 konzentriert werden. Es ist einzuschätzen, dass in den Folgejahren das Fördervolumen in beiden Bereichen vorerst rückläufig sein wird. Aus diesem Grunde ist die Bearbeitung der Vorgänge mit einer Arbeitskraft realistisch.

Die geplante Wiederausschreibung der Stelle im Amt 66 wurde zurückgestellt und wird in diesem Zusammenhang nicht neu besetzt. Voraussetzung für die Einsparung im Amt 66 ist jedoch der Übergang der Stelle SB Koordination Fördermittel aus dem Amt 60.

Mit dem Vorschlag der Verwaltung wird ein Vorschlag der Fraktion DIE LINKE und der SPD-Fraktion berücksichtigt.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/05

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Bearbeitung Trassenbestätigungen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5491000

Bezeichnung: Sonstige Leistungen der Straßenbaulastträger

**Kurzbeschreibung:**

Die Trassenbestätigungen werden an mehreren Stellen im Amt 66 bearbeitet, damit fällt erheblicher Koordinierungsaufwand an. Der Bearbeitungsablauf ist zu optimieren.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 40.651

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	549 1000.40121000	40.651	40.651	40.651	40.651	40.651
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Stelle 66 02 200 050 wird im Amt 66 reduziert. Der Stelleninhaber ist innerhalb der Stadtverwaltung umzusetzen.

**Umsetzungsbedingungen:**

**Umsetzungsfolgen:**

Der Umfang und die Art und Weise der Trassenbestätigungen wurden innerhalb des Amtes 66 kritisch hinterfragt. Im Ergebnis ist festzustellen, dass mit einer zielgerichteten Koordinierung innerhalb der Fachabteilungen Arbeitsaufgaben gebündelt werden können.

Auch unter Berücksichtigung des zu erwartenden geringeren Umfanges im koordinierten Bauen in den nächsten Jahren, ist eine Konzentration der Arbeitsaufgaben realistisch. Die dauerhafte Einsparung der Stelle ist somit gegeben.

Mit dem Vorschlag der Verwaltung werden auch Vorschläge der Fraktion DIE LINKE und der SPD-Fraktion berücksichtigt.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/06

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Einführung moderner Aufnahmetechnik für Kontrollgänger

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5491000

Bezeichnung: Sonstige Leistungen der Straßenbaulastträger

**Kurzbeschreibung:**

Zur Zeit werden alle Schadensfälle durch die Kontrollgänger manuell aufgenommen und weiterbearbeitet. Mit der Einführung moderner Aufnahmetechnik erfolgt Zeit- und Papiereinsparung bei dem Erstellen, Registrieren und Bearbeiten der Schadensfälle. Damit kann eine Stelle Kontrollgänger eingespart werden.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 38.361

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	549 1000.40121000	38.361	38.361	38.361	38.361	38.361
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Das Sachgebiet besteht aus einem Leiter und 8 Kontrollgängern. Der Leiter (66 03 600 010) nimmt ab 10/2010 die Altersteilzeitregelung wahr. Im Rahmen der Personalentwicklung sollte sich ein Kontrollgänger auf die Leiterstelle bewerben. Nach Umsetzung kann eine Stelle Kontrollgänger 66 03 600 xxx entfallen.

**Umsetzungsbedingungen:**

	Maßnahme- nummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen		50.000				
Zuschüsse						

**Umsetzungsfolgen:**

Die Leistungen der Kontrollgänger stehen auch im unmittelbaren Zusammenhang mit den Anforderungen des Kommunalen Schadensausgleichs (KSA).

Mit der bisherigen Anzahl der Kontrollgänger und der praktizierten Arbeitsweise wurden die Mindestanforderungen des KSA durch die Stadt gesichert.

Die Arbeitsweise der Erfassung, Dokumentation und Beseitigung von Schadstellen basiert derzeit ausschließlich auf einer manuellen Basis.

Mit der Einführung einer modernen Aufnahmetechnik der Schadensfälle sind erhebliche Rationalisierungseffekte zu erwarten. Weiterhin sollte diese Technik auch die Möglichkeit bieten, dass auch andere Fachbereiche der Verwaltung an der Schadensfeststellung im öffentlichen Raum beteiligt werden können.

Hierzu sind in der Verwaltung weitere Abstimmung zur einheitlichen Datenerfassung zwischen den zuständigen Fachbereichen erforderlich.

Im Amt 66 wird eingeschätzt, dass mit der Einführung dieser Technik vorerst eine Stelle für Kontrollgänger eingespart werden kann.

Mit diesem Vorschlag der Verwaltung werden Vorschläge der Fraktion DIE LINKE und der SPD-Fraktion berücksichtigt.



Dezernat: 6

Maßnahmenummer (Amt/Nr.): 66/07

Amt: 66

**Maßnahmebezeichnung:** Aufbau einer Kolonne Verkehrstechnik**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5411000, 5441000, 5421000, 5431000

Bezeichnung: Gemeinde-, Bundes-, Kreis-, Staatsstraßen

**Kurzbeschreibung:**

Für die Wartung und Betreuung der Lichtsignalanlagen der Stadt müssen mit dem jeweiligen Errichter Wartungsverträge abgeschlossen werden. Diese haben damit eine Monopolstellung eine separate Ausschreibung der Leistung ist nicht möglich. Die Verwaltung hat keine Verhandlungsbasis mit dem jeweiligen Errichter.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 580.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten	5491000 40121000		-100.000	-200.000	-200.000	-200.000
Sachkosten	5411000.42215000 5441000.42215000 5421000.42215000 5431000.42215000		315.000 315.000 10.000 10.000	640.000 640.000 25.000 25.000	640.000 640.000 25.000 25.000	640.000 640.000 25.000 25.000
Weiterbildung	5491000 42613000		-15.000	-15.000		
Bedarf Sachkosten	5491000. 42211000		-275.000	-550.000	-550.000	-550.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Wartungsverträge mit den Fremdfirmen werden sukzessive aufgelöst. Es wird eine eigene Kolonne Verkehrstechnik mit insgesamt 4 Beschäftigten aufgebaut. Es wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2012 mit 2 Mitarbeitern begonnen wird. Die Sachkosten mit 550.000 € sind geschätzt. Auch die Personalkosten mit 200.000 € sind geschätzt.

**Umsetzungsbedingungen:**

	Maßnahmenummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen		100.000	40.000			
Zuschüsse						

**Umsetzungsfolgen:**

Begründung der Wirtschaftlichkeit

In Chemnitz werden die Wartung und das Störungsmanagement für 225 Lichtsignalanlagen (LSA) und sonstige techn. Anlagen der Verkehrstechnik (Parkleitsystem, Parkscheinautomaten) von Fremdfirmen durchgeführt.

Bisherige Jahreskosten

Summe Pauschalkosten aus Wartungsverträgen	990.000 €
Zusatzkosten für Reparaturen/ Beseitigung von Schadensfällen*	340.000 €
bisherige Jahreskosten gesamt	1.330.000 €

\* ... Jahresabschluss 2009

Zu beachten ist, dass die Preisgestaltung in der LSA-Branche zunehmend von der Monopolstellung einzelner Firmen bestimmt wird, wobei die Tendenz zur Konzentration anhält. So hat im letzten Jahr die SWARCO-Gruppe die Hersteller SB Huber und Dambach übernommen mit der Konsequenz, dass Dambach nicht mehr am „LSA-Markt“ tätig ist. Aktuell beschränkt sich in Chemnitz der Wettbewerb daher auf nur noch 3 Hersteller!

Nach einer aktuellen Marktanalyse wird bereits in mehr als der Hälfte aller deutschen Städte LSA-Eigenwartung betrieben. Während dies in Städten wie Leipzig, Dresden oder Erfurt schon immer so war, hat z.B. in jüngster Zeit die Stadt Augsburg komplett von Fremd- auf Eigenwartung umgestellt. Ein Erfahrungsaustausch mit Augsburg ist kurzfristig geplant.

Die beiden Firmen, die den Hauptanteil der Chemnitzer LSA betreuen (96% des Gesamtbestandes) setzen regelmäßig je 2 Arbeitskräfte vor Ort am Standort Chemnitz ein. Daraus ist die Zielstellung abzuleiten, dass bei Aufbau eines eigenen Bautrupps der gesamte Anlagenbestand einschließlich Parkleitsystem und Parkscheinautomaten perspektivisch von 4 städtischen Beschäftigten betreut werden könnte.

Die Erstellung eines Konzeptes für die Eigenwartung einschließlich Konkretisierung des Personal- und Mittelbedarfs wird vorbereitet, im Vorfeld dazu können folgende groben Schätzwerte angegeben werden.

Investitionen gesamt	140.000 €:
davon:	
Einsatzfahrzeug (Caddy)	20.000 €
Steigerfahrzeug	80.000 €
sonst. Betriebsmittel (Arbeitskleidung, ...) für 4 AK	40.000 €

gesamt: 170.000 €

Prognose Jahreskosten:

4 Arbeitskräfte (Meister, Techniker, je 50 T€)	200.000 €
Miete (100 qm a 10 €/ qm)	12.000 €
Unterhalt Fahrzeuge	7.000 €
Unterhalt Betriebsmittel	4.000 €
Ansatz Materialkosten (ca. 10 T€/ Woche)	520.000 €

Prognose Jahreskosten gesamt 743.000 €

Prognose Jahreskosten gesamt, gerundet	750.000 €
bisherige Jahreskosten gesamt	1.330.000 €
Einsparpotential	580.000 €

#### Ergänzende Erläuterung

Die den bisherigen maßgebenden LSA-Wartungsverträgen zugrunde liegenden Stundensätze betragen rund 70 € bis 77 € (siehe obger Hinweis zum Marktmonopol). Zum Vergleich liegen nach der DA 1008 der Stadt Chemnitz (Stand 2009) die Stundensätze der Entgeltgruppen 6 und 7 bei ca. 30 € und der Entgeltgruppe 8 bei ca. 34 €. Schon allein aus dieser Gegenüberstellung deutet sich erhebliches Einsparpotential an.

#### Zusätzliche Synergieeffekte

- örtliche Präsenz des Fachpersonals in Chemnitz (Hinweis: Signalbaufirmen ziehen sich zunehmend aus der Region zurück, Betreuung nur aus der Ferne von zentralen Stützpunkten wie z.B. Erfurt, Leipzig und Berlin), d.h., eigener Bautrup = Arbeitsplatzbeschaffung für Chemnitz),
- deutlich kürzere Reaktionszeiten bei Unfallschäden und Störungsbeseitigungen,
- Einsparung bei Fahrkosten durch Entfall teurer Anfahrtspauschalen der Fremdfirmen, die auch bei Fehleinsätzen (z.B. Fehlmeldungen infolge Bürgerhinweise) immer anfallen,
- flexiblere Handlungsspielräume bei kurzfristigen Aufträgen, langwierige Ausschreibungsverfahren für kleinteilige Leistungen entfallen,
- der LSA-Wartungs-Bautrup realisiert in „Pufferzeiten“ reguläre Wartungsarbeiten für Parkleitsystem, Parkscheinautomaten, Fußgängerüberwege, u.a.,
- elektronische Standardbauteile müssen nicht mehr vom „Monopolist“ bezogen werden, sondern zum günstigeren Einkaufspreis im Großhandel (z.B. Batterien und Vorschaltgeräte),
- weitere Materialeinsparung durch optimale Ersatzteilverwertung (Hinweis: durch Abbau und Umrüstungen an LSA fallen oft nicht mehr benötigte, aber noch intakte Bauteile an; die Verwendung solcher Bauteile lehnen die Fremdfirmen aufgrund ihrer Herstellerinteressen i.d.R. mit Hinweis auf Garantieprobleme zugunsten des Verkaufs neuer Bauteile ab),



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/08

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Neugestaltung der Allgemeinen Bedingung für die Entsorgung von Abwasser im Gebiet der Stadt Chemnitz (AEEBAbwasser) und der Allgemeinen Bedingungen für die Nutzung der öffentlichen Abwasseranlagen der Stadt Chemnitz (ABAbwasseranlagennutzung)

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5411000  
Bezeichnung: Gemeindestraßen

**Kurzbeschreibung:**

Die vom Amt 66 an den ESC und die SWC AG zu zahlenden Beträge resultieren aus der noch gültigen Satzungen. An den ESC sind jährlich 4.023 T€ und an die SWC AG 1.430 T€ zu zahlen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 540.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5411000.42417300	150.000	150.000	300.000	300.000	300.000
	5411000.42417200	120.000	120.000	240.000	240.000	240.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Da der Kalkulationszeitraum abläuft, ist laut Satzung 2010 eine neue Kalkulation zu erstellen. Der ESC hat den Auftrag erhalten, gemeinsam mit der SWC AG eine Neuordnung der Kalkulationsgrundlage zu erstellen und durch das Ausschöpfen kommunalabgaberechtlicher und betriebswirtschaftlicher Spielräume eine Reduzierung des städtischen Anteils zu erreichen.

**Umsetzungsbedingungen:**

Stadtratsbeschluss zur Satzung

**Umsetzungsfolgen:**

Die Umsetzung der Neuordnung erfolgt in zwei Etappen.

In Abstimmung mit dem ESC / SWC AG kann eine Einsparung in den Jahren 2011 und 2012 auf Grund einer turnusmäßigen Überprüfung der Kalkulationsgrundlagen in der Höhe von 270 T€ erzielt werden.

Der geänderte Satzungsentwurf wird im August 2010 vorgelegt und im Oktober in den Stadtrat eingebracht. Somit kann die Einsparung ab dem 01.01.2011 für den Zeitraum für 2011 bis 2012 Jahre wirksam werden.

Als Grundlage für die zweite Etappe sind gezielte Überprüfungen zum öffentlichen Flächenbestandes und Festlegungen zur Einziehung von öffentlich gewidmeten Verkehrsflächen notwendig.

Auf dieser Basis ist dann im Rahmen der Neukalkulation für den Zeitraum 2013 bis 2015 eine gutachterliche Überprüfungen der Kalkulationsgrundlage zur weiteren Senkung des städtischen Anteils erforderlich. Ziel dabei ist es, in der zweiten Etappe das Einsparungspotential in der Höhe von ca. 540 T€ zu erreichen.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/09

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Überprüfung Satzung Straßenreinigung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5450000

Bezeichnung: Straßenreinigung Winterdienst

**Kurzbeschreibung:**

Die Straßenreinigungssatzung ist vom Stadtrat zu bestätigen. Die Stadt hat sich mit 25 %-igem Anteil öffentliches Interesse an den Kosten zu beteiligen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 110.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5451000 42416200	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Im Rahmen der aktuellen Überarbeitung der Straßenreinigungssatzung sind Vorschläge durch den ASR zu erarbeiten, die eine Reduzierung der Kostenbeteiligung der Stadt in geplanter Höhe ermöglichen. Gleichzeitig sollte dabei das "Scout Prinzip" für den öffentlichen Verkehrsraum Berücksichtigung finden.

**Umsetzungsbedingungen:**

Stadtratsbeschluss zur Satzungsänderung

**Umsetzungsfolgen:**

Mit der damaligen Bestätigung der noch gültigen Straßenreinigungssatzung erfolgte eine weitere Erhöhung der Kosten für die Stadt.

Ziel muss es sein, im Rahmen der Überarbeitung der aktuellen Straßenreinigungssatzung die Kostenbelastung der Stadt wieder auf das Niveau der vorhergehenden Straßenreinigungssatzung zu reduzieren.

Der ASR weist darauf hin, dass mit dem Umfang der Konsolidierungsmaßnahme betriebsbedingte Kündigungen nicht ausgeschlossen werden können. Die Maßnahmen führen zumindest teilweise zu kritischen Betriebsgrößen im ASR. Daher werden auch innerbetriebliche Re- bzw. Umstrukturierungen erforderlich. Diese können sich auch in

entgeltfähigen Mehrbelastungen im ASR auswirken. Es entstehen im ASR Überkapazitäten für Infrastruktur und Betriebsmittel.

Diese Konsequenzen könnten mit einer Übertragung weiterer Leistungen (Anliegerpflichten der jeweiligen Fachämter) an den ASR weitgehend ausgeglichen werden. Hierzu sind weitere Entscheidungen erforderlich.

Im Sinne einer betriebswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung der Einzelmaßnahmen ASR im Rahmen des EKKO 2015 ist dem ASR die Möglichkeit zu geben, eigene Vorschläge zur Umsetzung des Einsparpotentials vorzulegen. Die absolute Höhe des Konsolidierungsbeitrags entsprechend der Einzelmaßnahmen bleibt bestehen, es können sich jedoch aus den Vorschlägen des ASR Verschiebungen zwischen den Einzelmaßnahmen (66/09, 66/10 und 66/14) ergeben.

**Dezernat:** 6**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/10**Amt:** 66**Maßnahmebezeichnung:** Effizienzsteigerung bei der Gullyreinigung**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5411000  
 Bezeichnung: Gemeindestraßen

**Kurzbeschreibung:**

Die Gullyreinigung ist mit dem ASR mit einer Leistungsvereinbarung vertraglich gebunden. Die Gullyreinigung ist keine originär vom ASR zu erbringende Leistung.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 120.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5411000. 42417400	40.000	80.000	120.000	120.000	120.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Nach einer ersten Marktanalyse wird von einem Einsparpotential von mindestens 20 % ausgegangen. Diese Einsparung ist vom Wettbewerbsergebnis abhängig. Der Wettbewerb zur Vergabe an Firmen sollte mit Teilflächen des Stadtgebietes, bspw. der Eingemeindungsorte begonnen werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Die Abfrage bei einzelnen Bietern hat ergeben, dass hier bei der Ausschreibung der Leistungen eine erhebliche Kostenreduzierung für die Stadt zu erwarten ist. Die Gullyreinigung kann getrennt von dem weiteren Leistungsangebot des ASR vergeben werden. Es ist vorgesehen diese Ausschreibung schrittweise und gebietsbezogen vorzunehmen. Somit ist auch der ASR zeitlich in der Lage sich der neuen Situation anzupassen. Gleichzeitig ist zu prüfen, ob dem ASR die Möglichkeit geboten wird, sich mit seiner Tochtergesellschaft an den geplanten Ausschreibungen zu beteiligen. Der ASR weist darauf hin, dass der Umfang der Maßnahmen betriebsbedingte Kündigungen notwendig machen könnte. Die Maßnahmen führen zumindest teilweise zu kritischen Betriebsgrößen im ASR. Daher werden auch innerbetriebliche Re- bzw. Umstrukturierungen erforderlich. Es entstehen im ASR Überkapazitäten für Infrastruktur und Betriebsmittel. Im Sinne einer betriebswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung der Einzelmaßnahmen ASR im Rahmen des EKKO 2015 ist dem ASR die Möglichkeit zu geben, eigene Vorschläge zur Umsetzung des Einsparpotentials vorzulegen. Die absolute Höhe des Konsolidierungsbeitrags entsprechend der Einzelmaßnahmen bleibt bestehen, es können sich jedoch aus den Vorschlägen des ASR Verschiebungen zwischen den Einzelmaßnahmen (66/09, 66/10 und 66/14) ergeben.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/11

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Ausschreibung der mit der SWC AG gebundenen Leistung  
Stadtbeleuchtung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5411000

Bezeichnung: Gemeindestraßen

**Kurzbeschreibung:**

Die "Leistung Stadtbeleuchtung" wurde mit Vermögensübertragung an die SWC AG übertragen. Der Vertrag enthält eine Wartungspauschale (3.997.000 €) mit einer jährlichen Anpassungsklausel von 4% sowie einer vereinbarten Investitionspauschale (1.374.000 €) ebenfalls mit einer 4%-igen Steigerung.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 1.000.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5411000. 44561000			250.000	1.000.000	1.000.000
Sachkosten	5411000. 44318100	-100000	-100000			

**Darstellung der Maßnahme:**

Für die Stadt Chemnitz besteht aufgrund der rechtlichen Lage für die Zeit nach Vertragsende 08/2013 eine europaweite Ausschreibungspflicht (Ausschreibungskosten 200.000 €) für die Leistung „Stadtbeleuchtung Chemnitz“. Eine stillschweigende Weiterführung des Vertrags ist wegen unzureichender Eigentumsanteile der Stadt Chemnitz an der Stadtwerke Chemnitz AG nicht möglich (kein Inhouse-Geschäft).

Nach ersten Marktanalysen wird eine Contractinglösung bevorzugt. Hier sichert der Investor den vollumfänglichen Betrieb der Stadtbeleuchtung Chemnitz für einen bestimmten Zeitraum (15 Jahre mind.). Die Stadt Chemnitz vergütet dies mit einer definierten Pauschale und kontrolliert die vertraglich festgesetzte Umsetzung der Leistung Stadtbeleuchtung Chemnitz.

**Umsetzungsbedingungen:**

**Umsetzungsfolgen:**

Unter Berücksichtigung der aktuellen Gesetzgebung ist für die Aufgabenwahrnehmung im Bereich der öffentlichen Beleuchtung bei der Vergabe an einen privaten Dienstleister aufgrund der Überschreitung des Schwellenwertes eine europaweite Ausschreibung erforderlich.

Für die Ausschreibung der Leistungen ist ein vorheriger Rückkauf der Anlagen durch die Stadt vom jetzigen Betreiber nicht zwingend erforderlich. Die Ausschreibungsunterlagen sind entsprechend zu gestalten.

Gegenwärtig läuft im Auftrag der Stadt eine Marktanalyse einschließlich der Darstellung von Handlungsempfehlungen für eine öffentliche Ausschreibung. Die Analyse und der Statusbericht zur gegenwärtigen Betriebsführung liegen im Entwurf der Verwaltung bereits vor.

Hier sind im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung in den Bereichen

- Betriebsführung
- Energie
- Erneuerung und
- Steuern

erhebliche Einsparungen pro Lichtpunkt zu erwarten.

Gegenwärtig werden in der Stadt 23.171 Lichtpunkt mit elektrischer Energie und 424 Lichtpunkte mit Gas betrieben.

Ein erster Vorschlag zur Umsetzung des Ausschreibungsverfahrens liegt vor und ist bei dieser Maßnahme bereits zeitlich und kostenmäßig berücksichtigt.

Dieser Vorschlag der Verwaltung berücksichtigt einen Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/12

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Stromkosten Stadtbeleuchtung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5411000  
Bezeichnung: Gemeindestraßen

**Kurzbeschreibung:**

Der Strom für die Stadtbeleuchtung wird von der SWC AG bezogen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 177.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5411000. 42411100		177.000	177.000	177.000	177.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Durch teilweise Nachtabschaltung und Überprüfung des mit der SWC AG abgeschlossenen Stromlieferungsvertrages sollte eine Einsparung von 10 % der Stromkosten angestrebt werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Durch die Stadtverwaltung sind gemeinsam mit der SWC AG Möglichkeiten von weiteren Nachtabschaltungen festzulegen. Dabei sind die Standardanforderungen an die Beleuchtung im öffentlichen Verkehrsraum zu sichern.

Zusätzlich zu der Reduzierung des Beleuchtungsumfanges ist in den nächsten Verhandlungen zum Stromliefervertrag zwischen Stadt und SWC AG ein Einsparungspotential von ca. 10 % gegenüber der jetzigen Vertragssituation durchzusetzen.

Der Vorschlag der Verwaltung entspricht auch einem Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/13

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Wartung LSA

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5411000, 5441000, 5421000, 5431000

Bezeichnung: Gemeinde-, Bundes-, Kreis-, Staatsstraßen

**Kurzbeschreibung:**

Die Wartung der LSA erfolgt zur Reduzierung von Verkehrsbehinderungen ausschließlich nachts. Dafür wird ein Nachtzuschlag berechnet.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 20.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
	5411000.42215000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000
	5441000.42215000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000
	5421000.42215000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
Sachkosten	5431000.42215000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Festlegung, dass die Wartung der LSA ausschließlich nachts erfolgt, wird aufgehoben. Die Einsparung ist im Zusammenhang mit der Maßnahme 66/09 zu bewerten, bei Umsetzung der Maßnahme 66/09 entfallen die abgeschlossenen Wartungsverträge.

**Umsetzungsbedingungen:**

**Umsetzungsfolgen:**

Die bisherige Festlegung beruht auf einer internen Abstimmung zwischen den Mitgliedern der Verkehrskommission der Stadt.

Mit dieser Festlegungen, die Reparaturen an Lichtsignalanlagen auf die Nachtstunden zu verlagern, sollte eine Behinderung im Stadtverkehr grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Das gegenwärtige Verkehrsaufkommen im Stadtgebiet erfordert, bis auf wenige Standorte, keine Wartung der Anlagen in den Nachtstunden. Somit können die Zuschläge für diese Leistungen weitgehend reduziert werden.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/14

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Papierkorbentleerung/Reinigung der Haltestellen CVAG

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5451000

Bezeichnung: Straßenreinigung und Winterdienst

**Kurzbeschreibung:**

Die Leistungen sind Bestandteil der mit dem ASR jährlich abzuschließenden Leistungen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 40.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5451000. 42416300	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Einsparung kann teilweise durch Ausschreibung der Entsorgungsleistungen durch den ASR erreicht werden. Es müssen jedoch auch Papierkorbstandorte (außerhalb des Stadtzentrums) reduziert werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Die Umsetzung dieser Maßnahme soll durch folgende Teilleistungen erreicht werden.

Der ASR wird Entsorgungsleistungen neu ausschreiben. Hier ist mit einem Einsparvolumen in Höhe von ca. 20.000 € zu rechnen.

Weiterhin wird in Abstimmung zwischen Amt 66 und CVAG ein Konzept der Reduzierung der Standorte erarbeitet, das dem ASR eine effektivere Routenplanung ermöglicht.

Von der Reduzierung werden die Innenstadt und die angrenzenden Stadtteile nicht betroffen sein.

Im Sinne einer betriebswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung der Einzelmaßnahmen ASR im Rahmen des EKKO 2015 ist dem ASR die Möglichkeit zu geben, eigene Vorschläge zur Umsetzung des Einsparpotenzials vorzulegen. Die absolute Höhe des Konsolidierungsbeitrags entsprechend der Einzelmaßnahmen bleibt bestehen, es können sich jedoch aus den Vorschlägen des ASR Verschiebungen zwischen den Einzelmaßnahmen (66/09, 66/10 und 66/14) ergeben.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/15

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Reduzierung von Verkehrszeichen in der Stadt

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5411000, 5441000, 5421000, 543100

Bezeichnung: Gemeinde-, Bundes-, Kreis-, Staatsstraßen

**Kurzbeschreibung:**

In der Stadt Chemnitz sind ca. 29.000 Verkehrszeichen aufgestellt.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 60.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
	5411000.42215000	10.000	25.000	25.000	25.000	25.000
	5441000.42215000	10.000	25.000	25.000	25.000	25.000
	5421000.42215000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Sachkosten	5431000.42215000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Anzahl der in der Stadt Chemnitz vorhandenen Verkehrszeichen sollte um 600 Stück reduziert werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

**Umsetzungsfolgen:**

Durch die Untere Verkehrsbehörde wird ein Konzept erarbeitet, dass eine Reduzierung der Verkehrszeichen in der angedachten Höhe ermöglicht.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/16

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Berechnung Gebühren für Trassenbestätigungen/Erhöhung der Gebühr

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5491000

Bezeichnung: Sonstige Leistungen der Straßenbaulastträger

**Kurzbeschreibung:**

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 75.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	5491000 33111100	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Durchsetzung einer Gebühr gegenüber der SWC AG ist im Rahmen des aktuellen Konzessionsvertrages schwierig. In der Ausschreibung der neuen Konzessionen ist dieser Sachverhalt klar zu regeln. Für die anderen Versorger, einschließlich ESC, ist die Neugestaltung der Einnahme möglich. Die Erhöhung ergibt sich aus der Berechnung des tatsächlichen Aufwandes für die Erstellung der Trassenbestätigungen.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsergebnisse:**

Innerhalb des Amtes 66 erfolgte eine Überprüfung des tatsächlichen Verwaltungsaufwandes für die Erstellung von Trassenbestätigungen.

Gleichzeitig wurde auch die Effektivität des Verwaltungshandels in diesem Bereich untersucht.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass trotz teilweiser Neuordnung der Arbeitsabläufe, der tatsächlich notwendige Arbeitsaufwand für die Trassenbestätigungen den Antragstellern bisher nicht in voller Höhe in Rechnung gestellt wird.

Die Gebühren werden mit diesem Vorschlag auf den tatsächlich anfallenden Arbeitsumfang angepasst.

In dem Vorschlag sind alle Leitungs- und Infrastrukturträger, außer die SWC AG, berücksichtigt. Der noch laufende Konzessionsvertrag mit der SWC AG sieht Gebühren für diese städtischen Leistungen nicht vor. Mit den anstehenden Ausschreibungen der neuen Konzessionen soll hier eine klare Lösung gefunden werden.

Beim ESC sind die Entgelte als Baunebenkosten zu aktivieren; Steigerung des Entgeltsatzes ca. 0,1 Cent/m<sup>2</sup> p. a.)



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/17

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Erhöhung Parkgebühren

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5461000  
Bezeichnung: Parkeinrichtungen

**Kurzbeschreibung:**

Zurzeit werden Parkgebühren von 0,50 €/30 Minuten von Montag bis Freitag erhoben.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 570.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	5461000 33211110	285.000	285.000	400.000	400.000	570.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Auf der Basis eines abgestimmten Parkraummanagementes ist eine schrittweise Erhöhung der Parkgebühren geplant. Als erster Schritt wird die Wiedereinbeziehung des Samstages in die Gebührenpflicht umgesetzt.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Die schrittweise Einnahmeerhöhung bei Parkgebühren im öffentlichen Verkehrsraum ist unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung der Innenstadt und der Gebührenentwicklung im privaten Bereich umzusetzen.

Bisherige Analysen zum Parkraummanagement zeigen, dass als erster Schritt die Wiedereinbeziehung des Samstages in die Gebührenpflicht erfolgen sollte.

Als zweiter Schritt ist die Gebührenerhöhung im öffentlichen Parkraum, auch unter Berücksichtigung der Gebührenfestlegung privater Parkhausbetreiber, neu festzulegen.

Der interkommunale Vergleich zu den benachbarten Städten Dresden(0,50€/20 Minuten Montag bis Samstag) und Leipzig (0,50 €/30 Minuten Montag bis Sonntag) kann hier jedoch infolge der jeweils unterschiedlichen Gegebenheiten nur ein Anhaltspunkt sein.

Die derzeitigen Gebühren in den privaten Parkhäusern in der Stadt Chemnitz liegen im Bereich zwischen 0,40 Minuten bis 1 Stunde für 1 €.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/18

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Bewirtschaftung nicht gewidmeter Flächen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5461000  
Bezeichnung: Parkeinrichtungen

**Kurzbeschreibung:**

Nicht öffentlich gewidmete Flächen im Innenstadtbereich werden derzeit nicht vollständig bewirtschaftet. Die Möglichkeit der Bewirtschaftung ist in der Satzung der Stadt Chemnitz über die Regelung für Tages- und Dauerparker auf gesondert gekennzeichneten Parkplätzen geregelt.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 100.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	5461000 33211110	50.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Maßnahme soll schrittweise umgesetzt werden.  
Es handelt sich dabei um mehrere Einzelstandorte in der Innenstadt:

- Hartmannplatz (teilweise)
- Arndtplatz (ehemals Messehallen)
- Parkplatz Theunertstraße
- Parkplatz Mühlenstraße
- Parkplatz Karl-Liebknecht-Straße

Die Flächen haben ein Potential von 390 Stellplätzen.

Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage der Satzung der Stadt Chemnitz über die Regelung für Tages- und Dauerparker auf gesondert gekennzeichneten Parkplätzen.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Die betroffenen Standorte werden gegenwärtig unentgeltlich durch Pendler bzw. Dauerparker genutzt.

Bei Sperrung der nicht öffentlich gewidmeten Stellflächen kommt es zu erheblichen Parkproblemen im Umfeld dieser Standorte. Die Gebührenfestlegung sollte sich auf der Grundlage der Satzung der Stadt Chemnitz am unmittelbaren Bedarf der Zielgruppen orientieren.

Ziel ist es, mit Einzelstandorten zu beginnen und schrittweise unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen alle möglichen Standorte in das Parkraummanagement der Innenstadt einzubeziehen.

Der Bedarf ist aus Sicht der Verwaltung gegeben.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/19

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Erhöhung Sondernutzungsgebühren

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5491000

Bezeichnung: sonstige Leistungen Straßenbaulasträger

**Kurzbeschreibung:**

Die Gebührenerhebung erfolgt auf der Grundlage der Sondernutzungssatzung. Diese ist um 30 % zu erhöhen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 60.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	5491000 33211110	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Sondernutzungssatzung wird um 30 % erhöht.

**Umsetzungsbedingungen:**

Stadtratsbeschluss zur Satzung

**Umsetzungsfolgen:**

Erhöhung der Gebühr, bspw.: Umzug mit Möbellift alt: 25,56 € - neu: 33,23 €;  
 Containerstandort alt: 21,48 € - neu 27,90 €; Gerüst Standzeit 3 Wochen 16 qm alt: 48,96 € -  
 neu 63,84 €



Dezernat: 6

Maßnahmenummer (Amt/Nr.): 66/20

Amt: 66

**Maßnahmebezeichnung:** Erhöhung Verwaltungsgebühr StvO**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5491000

Bezeichnung: sonstige Leistungen Straßenbaulastträger

**Kurzbeschreibung:**

Die Gebühr wird auf der Grundlage der Verwaltungskostensatzung erhoben. Diese ist um 20 % zu erhöhen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 40000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	5491000 33111100	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Verwaltungskostensatzung wird um 20 % erhöht.

**Umsetzungsbedingungen:****Umsetzungsfolgen:**

Erhöhung der Gebühr, bspw.: Realisierung Hausanschluss mit Bauzeit 5 - 10 Tage alt: 55 € - neu 60 €; Leitungsverlegung Bauzeit über 1 Monat im Hauptstraßennetz alt: 80 € - neu 96 €



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/21

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Kontrolle nicht genehmigter Sondernutzungen

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5491000

Bezeichnung: sonstige Leistungen Straßenbaulasträger

**Kurzbeschreibung:**

Die Kontrolle nicht genehmigter Sondernutzungen erfolgt zurzeit eher sporadisch.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 20.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	5491000 33211110	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Kontrollen durch die Kontrollgänger des Amtes 66 und des Amtes 32 sind zu effektivieren. Dies ist im Zusammenhang mit der Einführung moderner Aufnahmetechnik (Maßnahme 66/08) zu betrachten.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 66/22

**Amt:** 66

**Maßnahmebezeichnung:** Erhöhung Gebühr Bewohnerparkausweise / Änderungsantrag  
SPD Fraktion

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 5491000

Bezeichnung: sonstige Leistungen Straßenbaulasträger

**Kurzbeschreibung:**

Anhebung der Gebühr für die Ausstellung eines Bewohnerparkausweises von 20 € auf 30 €.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 15.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	5461000 33211110	15000	15000	15000	15000	15000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Jährlich werden ca. 1500 Bewohnerparkausweise ausgestellt. Bei einer Gebührenerhöhung von 10 € ergeben sich Mehreinnahmen in Höhe von 15.000 €.

**Umsetzungsbedingungen:**

**Umsetzungsfolgen:**



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 67/01

**Amt:** 67

**Maßnahmebezeichnung:** Einnahmenerhöhung aus Rohholzverkauf

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 55510

Bezeichnung: Land- und Forstwirtschaft

**Kurzbeschreibung:**

Steigerung der jährlichen Einnahmen aus dem Rohholzverkauf

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 70.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	5551000.34219100	25.000	50.000	50.000	60.000	70.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Im Ergebnis der Finanz- und Wirtschaftskrise war auch die Nachfrage nach Rohholz weltweit rapide gesunken. Gegenwärtig zeichnet sich eine Erholung ab, die höhere Vertragsabschlüsse ermöglichen.

**Umsetzungsbedingungen:**

keine

**Umsetzungsfolgen:**

Erhöhung der Erträge durch den Verkauf von Rohholz



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 67/02

**Amt:** 67

**Maßnahmebezeichnung:** Einnahmeerhöhung aus Verpachtung

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 55510

Bezeichnung: Land- und Forstwirtschaft

**Kurzbeschreibung:**

Erhöhung des Pachtzinses je ha in Landwirtschaftspachtverträgen

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 10.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	5551000.34111110	2.000	3.000	5.000	8.000	10.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Im Zusammenhang mit der Nachfrage nach weiteren Produktionsflächen für nachwachsende Rohstoffe werden steigende Pachtpreise erwartet. 2010 werden für Grünland höchstens 60 EUR je ha und für Ackerland höchstens 165 EUR je ha eingenommen. Trotz der Konsolidierungsmaßnahme 67/3 sollen die Erträge aus der Landpacht von gegenwärtig 75.250 EUR bis 2015 auf 85.250 EUR gesteigert werden.

**Umsetzungsbedingungen:**

Vereinbarung eines höheren Pachtzinses bei bestehenden Landpachtverträgen und bei neuen Vertragsabschlüssen gemeinsam mit dem Liegenschaftsamt.

**Umsetzungsfolgen:**

Höhere Erträge aus der Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 67/03

**Amt:** 67

**Maßnahmebezeichnung:** Nutzung des Kapitaldienstes

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 55510

Bezeichnung: Land- und Forstwirtschaft

**Kurzbeschreibung:**

Nutzung des Kapitaldienstes aus Veräußerung von Flächen

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 75.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	6121000.45171000	3.400	27.300	47.700	68.200	75.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Aus dem Verkauf von ca. 200 ha unrentabler Kleinflächen zum Preis von 1,25 EUR je m<sup>2</sup>, die nicht für die Verwirklichung des Gewerbekonzeptes, incl. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und für die Walderweiterung vorgehalten werden müssen, kann der Kapitaldienst mit einem Zinssatz von 3 % eine jährliche Reduzierung des Zinsaufwandes von 75.000 EUR erbringen (= 2.000.000 m<sup>2</sup> x 1,25 EUR x 0,03)

**Umsetzungsbedingungen:**

Vermarktung durch das Liegenschaftsamt

**Umsetzungsfolgen:**

Erträge aus dem Kapitaldienst



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 67/04

**Amt:** 67

**Maßnahmebezeichnung:** Verringerung der Erstattung für kommunalen Friedhof

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 55310

Bezeichnung: Friedhofs- und Bestattungswesen

**Kurzbeschreibung:**

Reduzierung der Erstattung von Verwaltungs- und Betriebsaufwand an den Friedhofs- und Bestattungsbetrieb der Stadt Chemnitz (FBB)

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 20.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5531000.44551000			20.000	20.000	20.000

**Darstellung der Maßnahme:**

In der Beschlussvorlage zur Eigenbetriebsbildung (B-394/2001) war bereits eine weitere Reduzierung der Erstattungen vorgesehen. Mit der o. g. Konsolidierung verbleibt für den öffentlichen Anteil im kommunalen Friedhof eine Erstattung in Höhe von 30.000 EUR. Durch geändertes Flächenmanagement ist diese Maßnahme erreichbar.

Der Leiter des Eigenbetriebes plant die Umwandlung weiterer öffentlich geförderter Grünflächen als vergleichbar einem Friedwald gestalteten Urnengrabstätte und hat die Reduzierung des Zuschusses bereits im Wirtschaftsplan 2011 vorgesehen und bestätigt.

**Umsetzungsbedingungen:**

Berücksichtigung im Wirtschaftsplan des FBB 2013 ff.

**Umsetzungsfolgen:**

Reduzierte Erstattung von Verwaltungs- und Betriebsaufwand bei der Stadt / Kürzung der Ertragsposition "Öffentliches Grün" im FBB



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 67/05

**Amt:** 67

**Maßnahmebezeichnung:** Beendigung Zuschuss an nicht kommunale Friedhöfe

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 55310

Bezeichnung: Friedhofs- und Bestattungswesen

**Kurzbeschreibung:**

Einsparung des Zuschusses zur Unterstützung der Unterhaltung an nicht kommunale Friedhöfe (keine gesetzliche Pflicht)

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 10.100

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5531000.43181110	10.100	10.100	10.100	10.100	10.100

**Darstellung der Maßnahme:**

Resultierend aus o. g. Konsolidierungsvorschlag wird künftig kein städtischer Zuschuss mehr an nicht kommunale Friedhöfe ausgereicht. Von durchschnittlich 7 Antragstellern pro Jahr erhalten nur 4 eine Förderung, so dass der Anteil der Förderung gering ist.

**Umsetzungsbedingungen:**

Der Beschluss B-410/2009 - Förderrichtlinie zur Unterstützung nicht kommunaler Friedhöfe in der Stadt Chemnitz - muss mit Wirkung für 2011 ff aufgehoben werden.

**Umsetzungsfolgen:**

Die Einsparung des Zuschusses hat keine existenzielle Auswirkung auf die Friedhofsträger

**Dezernat:** 6**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 67/06**Amt:** 67**Maßnahmebezeichnung:** Optimierungspotential im Bereich Planung, Bau und Unterhaltung von öffentlichen Grünanlagen**Produktuntergruppe:**

Nr. : 54120, 55110

Bezeichnung: Planung, Bau und Unterhaltung von öffentlichen Grünanlagen

**Kurzbeschreibung:**

Einsparung durch Optimierung des Verhältnisses zwischen Eigenleistung und Vergabe auf der Grundlage der Einführung eines EDV - gestützten Katasters. Dieser Prozess ist einhergehend mit Personal- und Stützpunktanpassung und Stärkung der Objektplanung. Konzentration der Eigenleistung auf intensiv zu pflegende innerstädtische Anlagen und Bündelung der Fremdvergaben in den Außenbereichen.

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 1.242.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
	5412000.40121000					
	5412000.40122000					
	5511000.40121000					
Personalkosten	5511000.40122000	77.000	115.000	192.000	242.000	1.163.000
Sachkosten	5511000.44500000			79.000	79.000	79.000

**Darstellung der Maßnahme:**

1. Einführung EDV- gestütztes Kataster - Optimierung des Verhältnisses von Vergabeleistungen zu Eigenleistungen aufbauend auf EDV gestütztem Kataster, periphere Stadtbereiche in Vergabe, zentrumsnahe Bereiche und höherwertig zu pflegende Bereiche in Eigenleistung, aus 1. folgt Personalreduzierung um bis zu 30 Stellen im Jahr 2015\*
2. Nachfolgend Stützpunktreduzierung von 10 auf 4, unter vorheriger grundhaften Instandsetzung der verbleibenden vier Stützpunkte bis 2015 \*\*
3. Kapazitätssteigerung der Planung zur effizienteren Durchführung notwendiger Sanierungen und Standardumwandlungen \*\*\*
4. Vergabe des Winterdienstes und der Sommerreinigung (Anliegerpflichten bei straßenbegleitenden Gehwegen) an Dritte \*\*\*\*

Erläuterungen zu den Punkten 1 bis 4:

\* zu 1:

Die Einführung eines EDV - gestützten Katasters erfolgt umgehend 2010/2011, damit darauf aufbauend die Optimierung von Vergabeleistung und Eigenleistung in 2012 beginnen kann. Darauf basierend kann nachfolgend eine Personalreduzierung im Pflegebereich erfolgen. Die Sachkosten des Haushaltes der Produktgruppe werden für die Vergabe von Leistungen an Firmen eingesetzt.

\*\* zu 2:

Die investive Qualifizierung der verbleibenden Stützpunkte muss in den Jahren 2012-14 erfolgen. Abschließend kann bis 2015 die Stützpunktreduzierung auf o. g. Grundlagen durchgeführt werden.

\*\*\*zu 3:

Die Objektplanung ist gegenwärtig laut Städtevergleich nur mit ca. 50% der personellen Kapazitäten vergleichbarer Kommunen ausgestattet (Chemnitz: 5 Stellen, verglichene Kommunen: 8-19 Stellen Objektplanung). Planerische Eigenleistungen sind gegenwärtig nicht möglich, jedoch unter Gesichtspunkten der gegenwärtigen Konsolidierungserfordernisse bzw. der Grünpflegekonzeption verstärkt erforderlich. Flächenumwandlungen mit dem Ziel eines extensiveren Pflegebedarfs und somit geringerer Folgekosten sind zu konzipieren. Diesbezüglich ist eine amtsinterne Umsetzung einer Stelle vorgesehen.

\*\*\*\* zu 4:

Die Sommerreinigung kann kostengünstig in den Pflegelosen der Fachfirmen bzw. durch die Entgeltvariante des Sozialgesetzbuches erfolgen. Bezüglich des Winterdienstes und der Sommerreinigung als Anliegerpflichten wird geprüft, ob durch geschlossene Vergabe aller Anlieger der Stadtverwaltung an ASR oder freie Bieter eine noch günstigere Lösung gefunden wird.

Zusammenfassung: Aus der Personalreduzierung werden 1.163 T€ erspart. Der Verzicht auf den Einsatz von Zivildienstleistenden beinhaltet einen Konsolidierungsbeitrag von 79 T €. Aus den o. g. Maßnahmen ergibt sich für 2015 eine Konsolidierung von insgesamt 1.242 T €.

**Umsetzungsbedingungen:**

Als Ausgleich für den Wegfall der Eigenleistung müssen sämtliche Sachkosten des Ertragshaushaltes der Produktgruppe für die Vergabe von Leistungen eingesetzt werden.

Eine investive Qualifizierung der verbleibenden, zentrumsnahen Stützpunkte zur Sicherstellung der Forderungen der gültigen Arbeitsstättenverordnung ist erforderlich.

Es muss eine personelle Stärkung der Planungsabteilung zur Umsetzung notwendiger Sanierungen und eigener Objektplanungen im Sinne der Pflegeextensivierung vorgenommen werden. Dazu ist eine Stelle der EG 10 in die Objektplanung innerhalb des Amtes umzusetzen. Die räumliche Trennung (Teile des Amtes im Ausweichstandort) innerhalb des Kernbereiches des Amtes ist aufzuheben.

Es wird vorgeschlagen, jeweils Ende 2013 und Ende 2014 im Rahmen des PBUA über die Umsetzung und Auswertung der Vergaben der Grünanlagenpflege zu berichten.

	Maßnahme- nummer	2011	2012	2013	2014	2015
Investitionen	5511000062001		150.000	200.000	200.000	
Zuschüsse						

Hinweis: Die Spalte „Investitionen“ enthält die notwendigen Aufwendungen für den Umbau der Pflegestützpunkte, diese Mittel sind im Haushalt einzuplanen.

**Umsetzungsfolgen:**

Zentrumsnahe Bereiche werden in Eigenleistung mit dem Ziel ausreichender Qualität gepflegt. Die Pflege der stadtperipheren Bereiche wird vergeben.

Die Stärkung der Planung schafft Eigenleistungskapazität und ermöglicht die effizientere Unterstützung zur Wiederherstellung verschlissener Anlagen sowie der pflichtigen Bauherrenaufgaben.

Mit dieser Maßnahme ist der Erhalt des Pflegestandards generell im peripheren Bereich erneut zu definieren. Es ist bei Einhaltung der Verkehrssicherungsbedingungen verstärkt ein kostengünstiger Pflegestandard zu kommunizieren. Damit wird auch dem Stadtratsbeschluss zur Grünpflegekonzeption bezüglich weiterer Optimierung entsprochen.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 67/08

**Amt:** 67

**Maßnahmebezeichnung:** Neuorientierung Botanischer Garten/ Schulbiologie- und Naturschutzzentrum

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 25310

Bezeichnung: Botanischer Garten/ Schulbiologie- und Naturschutzzentrum

**Kurzbeschreibung:**

Neuorientierung Botanischer Garten

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 40.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	<b>Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
Erträge	2531000.33211110		5.000	5.000	5.000	5.000
Personalkosten	2531000.40121000 2531000.40122000	0	30.000	30.000	30.000	30.000
Sachkosten	2531000.44500000	0	5.000	5.000	5.000	5.000

**Darstellung der Maßnahme:**

Die Konsolidierungssumme wird auf 40.000 € pro Jahr ab dem Jahr 2012 festgelegt. Zur Erreichung des Konsolidierungsziels sind durch die Verwaltung

- die Erhebung von angemessenen Entgelten für Angebote des Botanischen Gartens unter Berücksichtigung der Zielgruppen

- die Übertragung von (Teil-)Aufgaben des Botanischen Gartens auf Vereine und damit verbunden die Erzielung von Entgelten durch diese

- eine angemessene finanzielle Beteiligung des Botanischen Gartens an den Einnahmen kommerzieller Veranstalter

- eine organisatorische Zusammenführung des Botanischen Gartens mit anderen städtischen Einrichtungen/Eigenbetrieben unter Beibehaltung des derzeitigen Standortes zu prüfen.

Über die Ergebnisse der Prüfung ist der Stadtrat spätestens bis zur Ausreichung des Haushaltsplanentwurfes 2012 schriftlich zu informieren.

**Umsetzungsbedingungen:**

Voraussetzung für die Umsetzung ist:

Regelungen zur Weiterbeschäftigung des abzubauenen Personals im Rahmen der Stadt Chemnitz

**Umsetzungsfolgen:**

Die vorgeschlagenen Maßnahmen bedeuten eine Umgestaltung des Botanischen Gartens gegenüber der gegenwärtig bekannten und vom Stadtrat 1997 (Konzeption B -5/97) beschlossenen Form sowie die Aufhebung der Gestaltungskonzeption von 2000.

Bezüglich des sanierungsbedürftigen Gebäudebestandes sind neue Vereinbarungen und Konzeptionen mit den nutzenden Vereinen zu erarbeiten, die einen Mindeststandard gewährleisten.



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 67/09

**Amt:** 67

**Maßnahmebezeichnung:** Pachterhöhung Kleingärten

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 55110

Bezeichnung: Öffentliches Grün/Landschaftsbau; Klein- und Erholungsgärten

**Kurzbeschreibung:**

Pachterhöhung Kleingärten

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 63.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	5511000.34111130				63.000	63.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Es wird eine Anhebung der Pacht ab dem Jahr 2014 um weitere 63.000 € angestrebt. Die Pachtanpassung um 2 Cent/m<sup>2</sup>/Jahr - von 14 Cent auf 16 Cent – kann frühestens im Jahr 2014 erfolgen. 1 Cent/m<sup>2</sup>/Jahr davon verbleibt beim jeweiligen Vertragspartner als Verwaltungspauschale bzw. zum Ausgleich sozialer Härten einzelner sozialschwacher Kleingärtner.

Derzeit verbleiben als Verwaltungspauschale bereits 0,6 Cent/m<sup>2</sup>/Jahr beim Vertragspartner (Verband, Verein). Damit wird durch die Stadt eine tatsächliche Pachterhöhung von 13,4 Cent/m<sup>2</sup>/Jahr auf 15 Cent/m<sup>2</sup>/Jahr erzielt.

**Umsetzungsbedingungen:**

Aufgrund der zum 01.01.2010 vorgenommenen Pachtanpassung ist eine nächste Pachtanpassung frühestens ab 2014 möglich. Grundlage für die Pachterhöhung ist § 5 Bundeskleingartengesetz (BKleingG).

**Umsetzungsfolgen:**

keine



**Dezernat:** 6

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** 67/11

**Amt:** 67

**Maßnahmebezeichnung:** Pachterhöhung Erholungsgärten

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 55110

Bezeichnung: Öffentliches Grün/Landschaftsbau; Klein- und Erholungsgärten

**Kurzbeschreibung:**

Pachterhöhung Erholungsgärten

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 78.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge	5511000.34111120			10.000	35.000	78.000
Personalkosten						
Sachkosten						

**Darstellung der Maßnahme:**

Es wird angestrebt, die Gartenpacht bis zum Jahr 2015 differenziert nach Lage- und Nutzungskriterien von 2 Cent/m<sup>2</sup> bis 5 Cent/m<sup>2</sup> zu erhöhen. Für Garagen wird eingeschätzt, dass eine Mietanhebung von derzeit 63 €/Jahr auf 120 €/Jahr möglich ist. Es gibt eine gute Vermietungssituation. Damit ist eine Mehreinnahme (Pachten von Erholungsgärten und Garagen) von derzeit 415.000 € um weitere 78.000 € ab 2015 möglich.

Benchmarking (Stand 03/2010): Chemnitz von 0,23 bis 0,46 €/m<sup>2</sup>/Jahr; Dresden von 0,75 bis 1,30 €/m<sup>2</sup>/Jahr; Magdeburg von 0,24 bis 1,50 €/m<sup>2</sup>/Jahr; Leipzig von 0,31 bis 0,61 €/m<sup>2</sup>/Jahr; Erfurt von 0,24 bis 0,75 €/m<sup>2</sup>/Jahr; Zwickau von 0,31 bis 0,92 €/m<sup>2</sup>/Jahr

**Umsetzungsbedingungen:**

Im Vorfeld der Pachterhöhung ist eine Erfassung der Lage- und Nutzungskriterien für diese Gärten erforderlich.

**Umsetzungsfolgen:**

- keine ersichtlich -

# Sonstige



**Dezernat:** 2

**Maßnahmenummer (Amt/Nr.):** Sonstige/01

**Amt:** 20

**Maßnahmebezeichnung:** Ausschüttung TGR/Reduzierung des Zuschusses an die CWE in 2011

**Produktuntergruppe:**

Nr. : 57110

Bezeichnung: Beteiligung an Wirtschaftsförderungsunternehmen

**Kurzbeschreibung:**

Ausschüttung der TGR an die Muttergesellschaft CWE. Reduzierung des Zuschusses an die CWE in 2011 um max. 400 T€

**Konsolidierungsbeitrag in €:** 400.000

Aufgliederung des Konsolidierungsbeitrags:

	Produktsachkonto (pro PSK eine Zeile)	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge						
Personalkosten						
Sachkosten	5711000.43151201	400.000				

**Darstellung der Maßnahme:**

Aufgrund der vorhandenen Liquidität der TGR erfolgte eine Prüfung der Ausschüttung an die Muttergesellschaft CWE. In Höhe des an die CWE ausgeschütteten Betrages kann eine Reduzierung der ohne diese Ausschüttung notwendigen Zuschüsse der Stadt an die CWE erfolgen. Der Geschäftsführer der TGR teilte mit, dass eine Ausschüttung an die CWE in Höhe von max. 400 T€ einmalig möglich ist, ohne die erforderliche Liquidität der Gesellschaft zu gefährden.

**Umsetzungsbedingungen:**

Um die Ausschüttung in 2011 zu vollziehen, ist in 2010 bzw. Anfang 2011 die Änderung des § 3 Gesellschaftsvertrages erforderlich. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird davon ausgegangen, dass die Ausschüttung in 2011 erfolgt.

**Umsetzungsfolgen:**

Reduzierung der Liquidität der TGR auf ein vertretbares Niveau.